

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Der Bergedorfer Gesprächskreis besteht nun seit 23 Jahren, und zum ersten Mal treffen wir uns heute in Berlin. Unsere Tagungen finden nicht nur in der Bundesrepublik statt, sondern wir waren auch in Moskau, Leningrad, Washington, Luxemburg, Zürich, Wien und Brüssel. Um so mehr freue ich mich, daß wir uns endlich in unserer alten Hauptstadt zusammenfinden. Lieber Herr von Weizsäcker, wir sind deshalb gern Ihrer Einladung hierher gefolgt. Sie haben persönlich am Zustandekommen dieses Gesprächskreises und am Thema aktiv mitgewirkt; Sie werden als Diskussionsvorgabe selbst das Einleitungsreferat halten, das nicht nur Berlin, die Bundesrepublik, sondern die deutsche Frage in Europa betrifft.

"Die deutsche Frage - neu gestellt", das ist ein Thema, das die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt und zunehmend beschäftigen wird. Und warum? Es ist nicht nur das heftig umkämpfte Problem der Nachrüstung, das die deutsche Außenpolitik nach Osteuropa in Anspruch nimmt. Trotz der anhaltenden Spannungen ist ein Interesse auch des Ostens erkennbar geworden, der deutschen Rolle in der europäischen Politik ein größeres Gewicht zuzumessen als bisher.

Wir wissen, daß es gefährlich wäre, dem Bären einen Honigtopf anzubieten; denn in der Machtpolitik ist nichts bedenklicher, als labil zu erscheinen. Gleichwohl müssen wir den Mut haben, gewisse kalkulierbare Risiken auf uns zu nehmen. Denn, lieber Herr von Weizsäcker, in Ihrem Buch "Die deutsche Geschichte geht weiter" legen Sie mit Recht das Schwergewicht der deutschen Politik nach Osteuropa auf die Zusammenarbeit. Eine isolierte Antwort auf die deutsche Frage wird es nicht geben. Ich bin daher gespannt, wie die Antwort im europäischen Rahmen, von der Sie sprechen, aussehen wird.

Ich will hinzufügen, daß wir uns im nächsten Jahr mit Vertretern aus der DDR zu einem weiteren Gesprächskreis in Dresden verabredet haben. Hoffen wir, daß uns die internationale Politik dabei keinen Strich durch die Rechnung macht. Für mich selbst - ich kann das nicht verhehlen - ist die Wahl dieser beiden Tagungsorte, Berlin und Dresden, besonders erfreulich; denn in beiden Städten habe ich ereignisreiche Jahre meines Lebens verbracht. Ich fühle mich in beiden Städten zu Hause und bin daher an einem Brückenschlag sehr interessiert.

Lassen Sie uns bei aller Notwendigkeit einer kritischen Diskussion der besonderen Verantwortung des heutigen Gesprächskreises hier Rechnung tragen. Wir wollen konstruktive Ideen entwickeln, nicht nur Schwächen unserer Situation bloßlegen. Unser Land braucht mehr denn je den Mut, in die Zukunft zu blicken. Unsere gesamte Politik, so meine ich, leidet an einer gefährlichen Ideenarmut. Nichts ist wichtiger, als tragfähige Konzeptionen zu entwickeln und bei alledem Disziplin und Augenmaß im politischen Denken zu bewahren. Gerade weil wir uns hier nicht parteipolitisch gegliedert und paritätisch organisiert zusammenfinden, sollten wir die aktuelle Mission dieser Diskussion gegenüber Politik und Öffentlichkeit ernst nehmen.

Herrn Kaiser danke ich, daß er sich bereit erklärt hat, die Moderation unserer Diskussion zu übernehmen.

## Freiherr von Weizsäcker

Ich möchte Sie alle herzlich willkommen heißen. Ich freue mich, daß Sie für unser Thema Berlin als Tagungsort gewählt haben. Für die Frage, mit der wir uns hier auseinandersetzen wollen, ist diese Stadt der geeignete Ausgangspunkt.

"Die deutsche Frage - neu gestellt" - ich hätte das vorgegebene Thema vielleicht anders formuliert, aber ich will mich ihm natürlich nicht entziehen. Wer stellt die Frage neu? Wie wird sie gestellt, und was ist daran neu? Das soll uns hier beschäftigen. Ich werde zunächst etwas über die Diskussion der deutschen Frage in Frankreich sagen, dann davon sprechen, wie sich dies aus der Sicht der Sowjetunion ausnimmt. Danach gehe ich auf die DDR ein und wende mich abschließend der Diskussion in der Bundesrepublik zu.

Die empfindlichsten und häufig auch vorschnellsten, die die deutsche Frage stellen und neu stellen, sind die Franzosen. Es gibt in Frankreich eine Art von Doppeltradition, einerseits das nationale französische Interesse darin zu sehen, die Teilung aufrechtzuerhalten und andererseits von der Überzeugung auszugehen, daß die Deutschen sich auf die Dauer mit der Teilung nicht abfinden werden. Schon beim Aushandeln des Viermächteabkommens war die französische Position, stärker als die britische oder die amerikanische, von dieser Überzeugung getragen, obwohl es auch ihrem Bedürfnis entsprach, zwei antagonistische Systeme in Europa als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zu perpetuieren.

Wenn man heute parteipolitische Äußerungen aus Frankreich hört, dann schimmert das auf die eine oder andere Weise immer durch. Da hört man von französischen Sozialisten, wenn sie ihre deutschen Genossen kritisieren, daß hinter den Auseinandersetzungen über die Raketen und der Friedensbewegung der Überdruß an der Spaltung stehe. Als Chirac vor kurzem zum ersten Mal in Berlin war, hat er sich in der ihm eigenen Geschwindigkeit öffentlich sofort die These zu eigen gemacht, daß sich ein Volk mit der Teilung nicht werde abfinden können und sollen.

Es gibt auch französische Analytiker und Journalisten, die in den letzten Monaten immer wieder offen die These vertreten haben, die Raketenfrage sei in Wahrheit eine Frage nach dem zukünftigen Schicksal Deutschlands. Einer hat gesagt, bei den Franzosen sei die Sorge vor der Wiedervereinigung, von der man glaube, daß sie doch irgendwann kommen werde, zweifellos größer als die Sorge vor neuen Raketen. Als der französische Außenminister Berlin besuchte, hat er sich mir gegenüber halb öffentlich zur Friedensbewegung in Deutschland in folgender Weise geäußert: Was den Frieden sichere, sei allein die Fähigkeit zur atomaren Abschreckung. Deshalb habe nur eine Regierung, die über atomare Abschreckungswaffen verfüge, das Recht, sich Friedensbewegung zu nennen.

Das mag eine gallische Form der Rationalität sein, ein schwieriges Problem darzustellen. Aber wenn man einen solchen Ausgangspunkt hat und darüber hinaus permanent fragt, was mit der deutschen Frage in einer geschichtlichen Perspektive weiter wird, dann wird verständlich, daß in Frankreich, unabhängig von parteipolitischen Positionen, hinter jeder Auseinandersetzung in Deutschland eine neue Stellungnahme zur deutschen Frage gewittert wird.

Was die Sowjetunion angeht, so glaube ich nicht, daß dort die deutsche Frage neu gestellt wird. Ich halte die Leitlinien der sowjetischen Westpolitik im Prinzip für unverändert, was sich wandelnde Entwicklungstendenzen nicht aus-, sondern einschließt. Die Westpolitik der Sowjetunion, die ganze Politik der Rüstungskontrolle, der Prozeß von Helsinki und vieles andere mehr, das ist aus dortiger Sicht Deutschlandpolitik gewesen, zwar nicht immer, aber häufig. Die Lage in Deutschland, die Lage in dem von den Deutschen bewohnten Zentraleuropa, hat in den letzten Jahren - das ist mein Eindruck - die Russen stets stärker beschäftigt als etwa die Lage in Polen. Die MBFR-Verhandlungen waren bekanntlich keine Erfindung der Sowjetunion, aber seit es in Wien diese Verhandlungen gibt, wird dort von der Sowjetunion im wesentlichen Deutschlandpolitik betrieben. Und für die INF-Verhandlungen in Genf wurde als Delegationsleiter ein Mann eingesetzt, dessen Vorkenntnisse sich stärker auf die Deutschen als auf die Raketen bezogen. Das alles sind Indizien für den deutschlandpolitischen Kerncharakter aller westpolitischen Aktionen der Sowjetunion, einschließlich der rüstungs- und rüstungskontrollpolitischen.

Der Bundesrepublik gegenüber hat die Sowjetunion in den letzten Jahren unverändert versucht, dazu beizutragen, den Zusammenhalt innerhalb des westlichen Bündnisses zu lockern. Die Politik des Atlantischen Bündnisses, die auf Harmel zurückgeht und auf den beiden Pfeilern Entspannung und Verteidigung beruht, möchte die Sowjetunion so beeinflussen, daß in Zukunft nur noch der

Entspannungsteil notwendig scheint, während die Verteidigungsanstrengungen angesichts des gewachsenen Friedens unnötig, zumindest in geringerem Maße nötig werden sollen. In diesem Sinne sind die Maßnahmen der Sowjetunion zur Lockung oder zur Bedrohung der Deutschen in der Bundesrepublik durch die Jahre hindurch ziemlich unverändert geblieben.

Heute stehen wir in einer Situation, in der die eine Supermacht uns klarmachen möchte, daß von Harmel nur noch die Entspannung übrigbleiben müsse, während die andere Supermacht offenbar gelegentlich mit dem Gedanken spielt, daß von Harmel nur noch die Verteidigungserfordernisse wichtig seien. Damit will ich natürlich keine unangemessene Gleichsetzung der beiden Mächte in ihren Zielen und Methoden oder in unserem Verhältnis zu ihnen vornehmen. Nur die eine ist unser Bundesgenosse und unsere Schutzmacht. Aber auch mit ihr ist es zur Zeit für uns nicht immer ganz einfach. Denn es ist meine Überzeugung, daß das Bündnis unverändert auf der immer von neuem zu belebenden Zusammengehörigkeit der beiden Harmel-Gesichtspunkte beruht.

Zur Zeit erleben wir eine sicherheitspolitische Koexistenz oder Nichtkoexistenz zwischen den beiden Supermächten bei einem Rüstungswettlauf, bei dem die Rüstungen und die sicherheitspolitischen Überlegungen im engeren Sinne nicht mehr eine Funktion der ganzen politischen Beziehungen sind, sondern diese die politischen Beziehungen ihrerseits dominieren. Damit verändert sich die deutsche Frage für die Sowjetunion jedoch nicht, allenfalls erhält sie einen geringeren Stellenwert.

In der DDR finde ich das Bild in mancher Hinsicht am interessantesten. Aber jeder Beobachter der DDR muß sich auf Entwicklungen einlassen und beschränken, die jeweils ambivalent sind und nicht zu großen Schlußfolgerungen oder fulminanten neuen Ideen einladen. Mein Eindruck ist, daß die Schritte, die man dort beobachten kann, stets einem Dominostein gleichen, der zwei Werte hat. Die beiden Werte bieten Anschluß nach jeweils zwei verschiedenen Richtungen, die gelegentlich nicht miteinander vereinbar sind. Einerseits setzt die SED und ihr Politbüro die Sprachregelung aus Moskau voll um. Friedensbewegungen in Westeuropa und vor allem in der Bundesrepublik sollen gestärkt werden. Auch dabei wirken Lockung und Drohung zusammen, wenngleich die Drohungen nicht sehr spezifiziert und auch nicht sehr scharf formuliert sind. Es gibt also eine durchaus im Eigeninteresse der SED liegende vollkommen paktloyale Einstellung in den friedens- und sicherheitspolitischen Fragen.

Freilich ist dies andererseits verbunden mit einem wachsenden Gewicht der DDR innerhalb des Warschauer Paktes, nicht allein ausgelöst durch, aber doch zeitgleich mit einem Rückgang des Gewichtes der polnischen Stimme im Warschauer Pakt. Die DDR besitzt heute einige Elemente dessen, was man "special relation" eines Warschauer Paktmitgliedes gegenüber der übrigen Welt, insbesondere gegenüber den westeuropäischen Staaten, nennen kann. Es ist das verständliche und legitime Ziel der Führung in der DDR, diese "special relation" in einer für den Pakt im ganzen nützlichen Weise einzusetzen, sie zugleich aber auch zur Stärkung des eigenen Gewichtes innerhalb des Paktes zu nutzen.

In diesem Punkt gibt es übrigens, zumindest partiell, eine Übereinstimmung in der Zielsetzung zwischen der DDR-Führung und der Bevölkerung. Dies war und ist für die Führung in der DDR sehr wichtig und war ja im Laufe der Nachkriegsgeschichte nicht gerade an der Tagesordnung. Jedenfalls nehmen die Menschen drüben ein wachsendes Gewicht, das ihre eigene Regierung in dieser Weise in die Waagschale werfen kann, gern hin. Das ist nach meinem Eindruck für die große Mehrzahl der Deutschen in der DDR zu konstatieren, ohne daß sie deshalb Anhänger der SED würden.

Die Friedensdiskussion im engeren Sinne in der DDR bedient sich, was mich nicht überrascht, auch mancher Ausdrücke einer "deutschen" Terminologie, etwa des seit langem bekannten Satzes, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Ich denke auch an den Brief von Honecker an den Bundeskanzler, in dem er auf "das deutsche Volk" zurückgreift, oder an das Kommuniqué, das vor kurzem in Ost-Berlin erschien zu der Frage, was die kommunistischen Parteien auf deutschem Boden zu tun hätten. Es ist von einer Koalition der Vernunft der Deutschen die Rede, und im "Neuen Deutschland" - aber nicht nur dort - taucht der Begriff von der "Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen" auf.

Das alles ist natürlich durchaus als Beitrag für eine propagandistisch wirksame Abrüstungskampagne gegenüber dem Westen gemeint. Aber es dürfte dabei einkalkuliert sein, daß dies daneben seine Wirkung auf die eigene Bevölkerung in der DDR hat, und zwar in diesem hochsensitiven Bereich der nationalen Terminologie, in dem die Politik der SED und die Auffassung der Menschen in der DDR nach wie vor stark differieren. Wenn man im Laufe dieses Jahres Gelegenheit hatte, mit Vertretern der Kirchen oder mit anderen Menschen in der DDR zu sprechen, dann konnte man in wachsendem Maße feststellen, daß viele drüben gerade den Begriff der Verantwortungsgemeinschaft durchaus für angemessen halten.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: Die Wirkung der Friedens- und Sicherheitspolitik der SED auf die eigene Bevölkerung, das heißt die Wirkung dessen, was die SED in den Medien und sonst öffentlich an Parolen ausgibt, ist fühlbar größer als die Wirkung anderer politischer Äußerungen der SED-Führung, etwa auf den Gebieten der Wirtschaft, der Erziehung oder der Ideologie.

Während der westdeutschen Luther-Feier in Worms vor einigen Tagen sprach der Vorsitzende des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR ein Grußwort. Das ist zur Zeit der sächsische Landesbischof, also der Bischof der bei weitem größten Landeskirche in der DDR. Viele kirchliche und nichtkirchliche Mitglieder der westlichen Staatengemeinschaft waren über dieses Grußwort erstaunt, teilweise schockiert, weil der Bischof in bezug auf die Nachrüstungs- und Raketenfrage einen Standpunkt vertrat, der sich objektiv mit der sowjetischen Verhandlungsposition in Genf deckte. Er sagte nämlich, worauf es im Augenblick ankäme, sei, zunächst einmal alles genauso zu lassen, wie es heute ist.

Wir würden aber einen großen Irrtum begehen, wollten wir annehmen, der Bischof, der diese Worte gesprochen hat, sei sozusagen durch die SED "gekauft" worden. Dieser Mann ist ganz gewiß nicht dem Verdacht ausgesetzt, ein Sprachrohr der SED zu sein oder zu "kollaborieren". Das zeigen viele öffentliche Äußerungen von ihm in der DDR. Er ist, wie das einem evangelischen Bischof ja auch zukommt, von Haus aus kein Politiker. Aber mit dem, was er sagt, gibt er etwas von der Stimmung der Menschen wieder, mit denen er zusammen ist und die sich bestimmt nicht dadurch auszeichnen, daß sie zur Basistruppe der SED gehören.

Da wurde deutlich, daß man sich drüben sagt: Wenn in Westdeutschland neue amerikanische Raketen aufgestellt werden, dann wird die Sowjetunion ihrerseits Raketen, welcher Reichweite auch immer, in der CSSR und in der DDR neu installieren. Dies bedeutet eine zusätzliche Verengung und Bedrängung des ohnehin sehr engen DDR-Territoriums durch weitere sowjetische Menschen und Materialien. Honecker selber geniert sich gar nicht, öffentlich darauf hinzuweisen, wie mißlich eine solche Zunahme sowjetischen Personals und Materials auf dem Boden der DDR ist.

Vom Standpunkt dieses Bischofs nahm sich das dann so aus, daß er sagte: Ihr könnt doch nicht damit zufrieden sein, wenn Eure Lage dadurch bedrohlicher wird, daß die Sowjets in der DDR mehr Raketen installieren. Wenn wir dann antworten, daß wir uns schon heute hinreichend bedroht fühlen und eine weitere Verschlechterung unsere Bedrohungslage für uns nicht das eigentliche Problem ist, dann meint er dazu: Gut, das sehen wir vielleicht von der DDR aus nicht so genau. Was wir aber befürchten, ist, daß diese Entwicklung in unserer eigenen Gesellschaft zusätzliche Belastungen nach sich zieht. In den ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen wird bei uns erneut zugunsten von zusätzlichen Leistungen für die Sicherheit umdisponiert werden müssen; das heißt, es wird zu neuen Belastungen für die Bevölkerung kommen, was für diese objektiv und subjektiv schwer zu ertragen sein wird.

Ich will dieses Thema jetzt nicht vertiefen, aber ich ziehe aus alledem den Schluß: Die friedens- und sicherheitspolitischen Äußerungen in der DDR - Propaganda, Rhetorik, wie immer Sie es nennen wollen beeinflussen zur Zeit das Verhältnis zwischen Führung und Bevölkerung etwas positiver als auf manchen anderen Gebieten. Die SED läßt zu, daß die eigene Bevölkerung daran denkt und darauf hofft, daß sich eine Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten nicht in der Sicherheitspolitik erschöpfen möge. Sie läßt zu, daß in der Bevölkerung die Hoffnung auf weitergehende Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten gehegt wird.

Wie in anderen Warschauer-Pakt-Staaten, so ist jetzt auch in der DDR seit einigen Jahren eine Rückbesinnung auf nationale Eigenheiten und auf nationale Unterscheidungsmerkmale zu beobachten. Damit läßt sich auch die eigene Identität gegenüber anderen besser beschreiben. Diese Identitätsfindung geschieht nicht primär zum Zweck der Abgrenzung gegenüber den anderen Deutschen, sondern vor allem zur Abgrenzung gegenüber den anderen Paktpartnern.

Die DDR knüpft in diesem Zusammenhang an Deutschland an. Preußen wird aufgearbeitet; ich denke an die Instandsetzung Berlins und an all das, was mit dem Luther-Jahr zusammenhängt. Die SED unternimmt den Versuch, ihren Staat in Geschichte und Kultur besser und ernsthafter als bisher zu verwurzeln und für ihn ein Fundament zu finden, von dem sowohl die SED-Führung als auch die Bevölkerung profitieren können. Wir müssen sehen, daß da mehr geschieht als nur Propaganda oder der Versuch, geschichtliche Werte für politische Gegenwartspositionen zu ideologisieren. Ich möchte behaupten, daß man in der DDR beginnt, ein stabileres, ernsthafteres und trotz aller Ideologisierungsversuchungen vielleicht partiell sogar wahrheitsgetreueres Bewußtsein von der deutschen Geschichte zu entwickeln, als dies in der ebenso freien, wie manchmal recht ratlosen, verunsicherten und instabilen Bundesrepublik Deutschland zu beobachten ist.

Nur ein kleines Beispiel dazu aus Berlin, obwohl es sicher nicht Pars pro toto gesehen werden darf. Wie Sie wissen, gibt es hier eine Diskussion über die Frage, ob und auf welche Weise und unter Wahrung der föderalistischen Verfassungsgrundsätze ein Museum für Deutsche Geschichte in Berlin errichtet werden kann. Zu allem Unglück streitet man sich dabei noch um ein bestimmtes Gebäude, auf das auch andere Interessengruppierungen immer schon lustvolle Augen gerichtet haben. Wenn ich mir die Geschichtspräsentation und die Diskussionen über Geschichte in der DDR und bei uns vor Augen führe, dann kann ich folgendes nicht verhehlen: Ein gutes, sozialistisch konzipiertes Zeughaus zum Zweck der Geschichtspräsentation - wenn man einmal vom Kapitel DDR absieht - von der Geschichte der französischen Revolution bis zum Ende der Weimarer Republik, dazu noch vor der Tür garniert mit dem Alten Fritz, mit Stein und Hardenberg und den Gebrüder Humboldt, ist irgendwie eindrucksvoller und partiell sogar wahrer als unsere freiheitliche Angst, die sich beispielsweise in der Frage äußert, ob es überhaupt zulässig sei, die Worte "deutsch" und "Geschichte" noch zu verwenden, ohne sich damit eines intellektuellen oder moralischen Verrats schuldig zu machen.

Insofern finde ich schon, ohne mir nun im geringsten eine Geschichtsideologisierung wie die Zeughausgeschichtskonzeption aus Ost-Berlin zu eigen machen zu wollen, daß in der Qualität des Umgangs mit der Geschichte in der DDR Elemente erkennbar sind, die in mancher Hinsicht unserer Fähigkeit überlegen sind. Honeckers Chance bei diesem Prozeß ist die bessere Verwurzelung auch kritischer Kreise der eigenen Bevölkerung; sein Risiko ist, daß man nie weiß, ob er sich nicht plötzlich in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfindet.

Im Verhältnis der SED-Führung zu den Kirchen - und hier ist in erster Linie die evangelische Kirche zu nennen, wegen ihres sehr viel größeren Volumens - hat das Luther-Jahr eine qualitative Änderung mit sich gebracht, deren fortdauernde Bedeutung noch nicht klar abzusehen ist. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß die teilweise "Freigabe" von Geschichte und Kultur einschließlich eines Phänomens wie Luther zu Erscheinungsformen in der DDR geführt hat, die es vor zwei, drei oder zehn Jahren zweifellos nicht gegeben hat. So werden heute in den Kirchen öffentliche Diskussionsveranstaltungen abgehalten, bei denen die Bischöfe Auskunft geben. Das westliche Fernsehen nimmt diese Auskünfte auf und televisioniert sie dann zurück in die DDR. Dabei wird beispielsweise gefragt, wie es eigentlich mit der Freiheit des Bildungs- und Erziehungssystems in der DDR bestellt sei. Darauf antwortet der Bischof von Berlin-Brandenburg: Die Schulen in der DDR sind eben marxistisch-leninistische Bekenntnisschulen, und da könnt Ihr Euch ja schon vorstellen, was dabei herauskommt. Oder er wird gefragt, ob es mit dem Christsein vereinbar sei, in der Nationalen Volksarmee zu dienen, und er antwortet: Das ist dann vereinbar, wenn es ein auf das Gewissen bezogenes Verweigerungsrecht gibt, woran es aber bisher noch fehlt. Solche Formen der öffentlichen Diskussion sind jedenfalls neu.

Oder halten Sie sich die Bilder von den evangelischen Kirchentagen und auch von der Luther-Schlußkundgebung in Eisleben vor Augen. Ich selber habe es in Wittenberg miterlebt, wo auf dem großen Marktplatz an die 15 000 Leute versammelt waren, darunter die offiziellen Vertreter der SED. Die beiden Türme der wittenbergischen Stadtkirche, also der lutherischen Predigtkirche, waren durch ein riesengroßes Transparent verbunden, auf dem geschrieben stand: "Gott über alle Dinge." So etwas wird nun mit Hilfe des Fernsehens über die ganze DDR ausgestrahlt. Ich behaupte nicht, daß sich damit der Charakter des politischgesellschaftlichen Systems in der DDR verändert. Ich will nur sagen, das sind neue Entwicklungen, bei denen man nicht vorhersagen kann, wohin sie führen.

Was nun die deutsche Frage selbst anbetrifft, so hat der Magdeburger Bischof Krusche sie auf die einfache, aber überzeugende Formel gebracht: Vom Standpunkt der evangelischen Christen in der DDR sei der Verzicht auf die staatliche Einheit der Preis der Deutschen für den Frieden. Aber die Hoffnung auf eine ungehinderte Gemeinschaft der Menschen in Deutschland sei unverändert lebendig und solle Schritt für Schritt in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Ich komme nun zur Lage in der Bundesrepublik. Sie werden sich erinnern, daß vor etwa anderthalb Jahren ein Buch erschien mit dem Titel "Die deutsche Einheit kommt bestimmt". Dieses Buch umfaßte Stellungnahmen von politischen Schriftstellern überwiegend aus dem linken, teilweise aber auch aus dem rechten Spektrum und sollte nachweisen, daß die sicherheitspolitische Diskussion Rückenwind für die Lösung der deutschen Frage in Richtung auf die deutsche Einheit bringen würde. In diesem Jahr gab es dann verschiedene Abrüstungskongresse, ein größerer fand im Mai hier in Berlin statt. Dort wurde ganz unumwunden versucht, die deutsche Frage für die Ziele der Friedensbewegung einzusetzen. Dabei gab es allerdings eine deutliche Kontroverse zwischen den national ausgerichteten und den europäisch orientierten Vertretern. Die "Europäer" vertraten energisch die Ansicht, es könne keinen eigenen Sonderfrieden für die Deutschen geben. Der Hintergedanke der Einheit Deutschlands wirke sich in der Friedensarbeit nur störend aus und erschwere die wachsende Zusammenarbeit in der europäischen Friedensbewegung.

Ich finde nun, daß in den letzten zwölf bis achtzehn Monaten die Einbeziehung der deutschen Frage in Friedensbewegungstendenzen in ihrer Wirkung eher wieder rückläufig ist. Man hat es probiert, ob die deutsche Frage hier ein wirksamer Motor sein kann, aber festgestellt, daß er - zumindest für den Augenblick - unergiebig ist, als man dies erwartet oder erhofft hatte.

### **Kaiser**

Unser Thema, die deutsche Frage, hat immer einen Doppelcharakter gehabt. Sie war stets die Frage der Demokratie in Deutschland und zugleich auch der politischen Organisation der Deutschen in Europa. In geschichtlicher Perspektive bedeutet dies, daß beide Aspekte immer auch europäische Fragen gewesen sind. Seit 1945 sind dies aber nicht nur Fragen des europäischen Staatensystems, sondern sogar zentrale Fragen des internationalen Systems, das mit dem Ost-West-Konflikt als Kristallisationspunkt entstanden ist.

Wen wundert es also, daß die deutsche Frage in diesen Tagen wieder ein sehr gewichtiges Thema geworden ist sowohl bei den uns befreundeten Nationen als auch bei den Deutschen selbst, und zwar in beiden deutschen Staaten.

Die französische Diskussion, die dabei ist, Deutschland gewissermaßen neu zu entdecken, ist verwirrt durch die Signale, die von hier kommen. Ich denke beispielsweise an die Bewegung, die das repräsentative System in Frage stellt, an die Vielfalt von Äußerungen, die darauf hinweisen, daß die Deutschen ihre Autonomie zu vergrößern suchen, und an Äußerungen zur Wiedervereinigung selbst. In Frankreich rührt diese Diskussion historische Traumata auf. In den USA wird die Frage gestellt, ob sich im Fundament des Eckpfeilers des internationalen Systems, das die USA in der Nachkriegszeit aufgebaut haben, etwas verändert. In der Bundesrepublik Deutschland, die augenblicklich die seit den großen Diskussionen der 50er Jahre wohl tiefgreifendsten Meinungsunterschiede erlebt, sind wir - stärker als in irgendeinem anderen Staat und ähnlich wie die DDR - tief besorgt über die Auswirkungen der verschärften Ost-West-Spannungen. In der Bundesrepublik wird die deutsche Frage "neu gestellt".

Richard von Weizsäcker hat seine politische Rolle in Berlin bisher mit Eigenschaften gespielt, von denen man wünscht, daß sie häufiger in der deutschen politischen Kultur anzutreffen sind. Er vollzieht in dem, was er sagt und tut, die Spannung zwischen Moral und Politik, kommt aber im Ergebnis stets auf der Seite der Verantwortungsethik heraus. Er hat immer Mut zur eigenen Meinung gehabt, und dies ist im modernen Parteiensystem mit seinem großen Anpassungsdruck und speziell angesichts der jetzigen Situation, in der ganze Parteien und große Bevölkerungsgruppen erhebliche Pendelschwingungen von Meinungen und Stimmungen durchlaufen, eine besonders wichtige Eigenschaft. In diesem Sinne hat er in der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte eine prägende Rolle als Anreger und Brückenbauer gespielt.

Er hat sein Referat mit einer Reflexion über das begonnen, was andere über dieses Problem denken, ist dann zur Lage in den beiden deutschen Staaten übergegangen und hat am Schluß die Frage behandelt, wie es weitergehen soll.

Mein Vorschlag wäre, daß wir uns zunächst einmal der grundsätzlichen Ausgangspositionen versichern, bevor wir uns mit einzelnen Aspekten unseres Themas beschäftigen.

### **Ehmke**

Ich kann fast völlig mit dem übereinstimmen, was Herr von Weizsäcker vorgetragen hat. Ich würde lediglich dem Rüstungsfaktor eine größere Rolle zumessen, als er es getan hat; denn an diesem Punkt ist ja die Entspannungspolitik steckengeblieben.

Ich habe Herrn von Weizsäcker so verstanden, daß in beiden deutschen Staaten der nationale Faktor zunehmende Bedeutung erhält. Das sei auch verständlich und richtig, und die Westdeutschen dürften nicht davor zurückschrecken, wenn die politische Entwicklung nicht erneut in die falsche Richtung gehen soll.

Die politische Aufgabe besteht darin, diesen Faktor auf beiden Seiten in vernünftigen Formen zueinander einzubringen. Für die DDR-Führung gilt das auch im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung; für beide deutsche Staaten zu ihren Nachbarn, und damit zur Überwindung der Teilung Europas. Dabei ist die Vorstellung abzulehnen, es gebe deutsche Sonderwege oder Einzelgänge. Die Annahme, irgend etwas könnte zur Aufhebung der deutschen Teilung geschehen, was nicht zugleich ein Beitrag zur Aufhebung der europäischen Teilung wäre, ist völlig illusorisch.

### **Löwenthal**

Beziehungsweise: ein Resultat.

### **Ehmke**

Ja, es kann beides sein.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Aus meiner Sicht besteht von unserem westdeutschen Standpunkt aus nicht nur keine Chance, sondern auch gar kein Wunsch, aus dem Bündnis auszuschneiden. Das Bündnis hat seine unersetzliche Funktion. Das setzt allerdings voraus, daß wir mit Schwächetendenzen im Bündnis künftig besser fertig werden als in den letzten Jahren. Zu den Schwächetendenzen auf unserer Seite gehört, innerhalb des Bündnisses nicht deutlich genug zu machen, daß wir - ich möchte es geographisch ausdrücken - sowohl der Osten des Westens als auch der Westen der Mitte sind.

Wir haben in der Mitte Zentraleuropas eine bestimmte Aufgabe wahrzunehmen. Unsere Partner sollten verstehen, daß das dem Bündnis nicht abträglich ist, sondern sogar seiner Lebenskraft dient. Es ist mit den sicherheitspolitischen Aufgaben des Bündnisses aber gewiß auch nicht vereinbar, wenn wir bestimmte Bündnispartner, insbesondere die Amerikaner, als mehr oder weniger unberechenbar hinstellen und wir uns den damit verbundenen Gefahren entziehen wollen.

Wir werden unserer zentraleuropäischen Aufgabe im Bündnis nicht gerecht, wenn wir in das Bündnis nur die Angst vor zusätzlichen sicherheitspolitischen Anstrengungen einbringen.

Inwieweit die DDR im Warschauer Pakt eine ähnliche Rolle spielt, will ich jetzt nicht untersuchen.

### **Hoppe**

Wie wird eigentlich die deutsche Frage neu gestellt? Entspringt das aus einem eigenen Lebensgefühl; ist das auch generationsspezifisch? Fragen sich die Deutschen immer wieder selbstkritisch: Wo ist diese Einheit der Nation, was fehlt, um die Trennung zu überwinden? So würde sich die Frage in einem geteilten Land neu stellen.

Oder wird diese Frage rein instrumentell gestellt, so wie Herr von Weizsäcker es unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" angedeutet hat? Wird der Ansatz in der Weise gesucht, daß man aus unseren jetzigen Bindungen, soweit sie uns durch die Bündnisverpflichtungen hüben und drüben auferlegt sind, ausbrechen will? Da es auch solche Stimmen gibt, ist es verständlich, wenn zum Beispiel die Franzosen so besorgt reagieren. Denn damit würden wir unsere damalige Entscheidung für das westliche Bündnis und für Europa wieder zur Disposition stellen. Damals jedenfalls hatten die Franzosen die Erwartung, daß unser Engagement für den Westen und für Europa total sei und wir für alle Zeit auf die Wiedervereinigung und das Spielen der rein deutschen nationalen Komponente verzichten würden. Deshalb ist die Sorge verständlich, ob die Deutschen heute dabei sind, ihre vormalige Entscheidung zu korrigieren.

Bei der DDR erleben wir im Augenblick in der Tat eine erstaunlich selbstbewußte Phase. Offenbar können sie uns inzwischen besser ausrechnen, weil sie das Gefühl haben, ihre Politik weit mehr strategisch konzeptionell angelegt zu haben. In der Bundesrepublik überlassen wir das gewissermaßen den Zufallsentscheidungen, gegebenenfalls in Einmannbetrieben, irgendwo in Bonn, Berlin oder München. Gerade in der Deutschlandpolitik und der deutschen Frage sieht die politische Führung in der DDR die Chance, auch in der eigenen Bevölkerung Verständnis zu wecken, anders als ihr das in den Anfängen möglich war.

Vorher gab es in der DDR allenfalls eine Identifikation nach dem Motto: "Ein bißchen Stolz auf die ausgefranste Hose." Wenn es uns schon schlecht geht, dann haben wir wenigstens in einigen Bereichen so etwas wie ein Erlebnisgefühl und sei es durch den Sport oder in anderen Dingen. Das ist jetzt breiter geworden. Es wird glänzend genutzt mit der Betonung der Geschichte, mit der Weckung von Geschichtsbewußtsein über Preußen bis hin zu dem, was jetzt im Luther-Jahr möglich ist.

Nun dürfen wir das, was in der DDR beispielsweise von Seiten der Kirchen an demokratischem Erleben sich zeigt, von uns aus nicht überladen und so tun, als sei die Evangelische Kirche in der DDR so etwas wie eine politische fünfte Kolonne, die wir in der deutschen Frage nur richtig zu nutzen brauchten. Hier ist Zurückhaltung geboten, wenn wir dort nicht überfordern oder gar provozieren wollen. Das kann eine neue Phase der Normalisierung sein, aber ein solcher Prozeß kann sich nur im Rahmen der Bündnisse entwickeln.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen, unsere Kritik an den Amerikanern enthielte auch ein Risikoelement. Auch die Amerikaner kämen eines

Tages nicht darum herum, ihre Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Das hätte zur Folge, daß sie auch ihren Verteidigungsetat überprüfen müßten, was möglicherweise Auswirkungen auf und in Europa hätte.

Darin könnte aber auch eine Chance liegen, die augenblicklichen Irritationen, die in der allgemein politischen, vor allem aber in der verteidigungspolitischen Diskussion vorhanden sind, aus der Welt zu bringen. Vielleicht kommen wir dann endlich von diesen leidigen Zahlen weg, die offenbar eine so große Faszination ausüben. Ich denke an die 0,7 Prozent in der Entwicklungspolitik und besonders an die fatalen drei Prozent reale Ausgabensteigerung pro Jahr im Verteidigungsbereich. Vielleicht gelingt es uns ja, nicht nur eine neue militärisch-strategische Konzeption zu entwickeln, sondern auch an die finanzielle Konzeption heranzugehen, wobei es darauf ankommt, sowohl unseren Bündnisverpflichtungen nachzukommen als auch unsere nationalen Vorstellungen, die auf eine Milderung und Überwindung der Spaltung abzielen, zu wahren.

Eine Abkehr vom Harmel-Prinzip gibt es aber nicht nur in der Bundesrepublik; wir sehen sie auch bei einflußreichen Kräften in den Vereinigten Staaten. Es gibt in der offiziellen amerikanischen Politik heute wesentliche Kräfte, die die Entspannungskomponente im Grunde genommen bestreiten, leugnen, wegwischen wollen, und diese Kräfte haben auf die tatsächliche Politik zwar einen schwankenden, aber immer wieder maßgeblichen Einfluß.

Das, was Sie als Besorgnis empfinden, Herr von Weizsäcker, könnte möglicherweise zu einem Instrument werden, um wieder eine gemeinsame Vertrauensebene zu schaffen - auch wenn das Vertrauen normalerweise nicht ausgerechnet beim Geld anfängt.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Das Vertrauen der Haushaltspolitiker in ihre Führungskraft.

### **Hoppe**

Das können sie natürlich nicht leisten; aber drei Prozent haben uns ja auch nicht die Haushaltspolitiker beschert, Herr von Weizsäcker.

### **Löwenthal**

Ich stelle zunächst fest, daß wir in der Bundesrepublik in den letzten Jahren eine Abkehr von dem erleben, was Herr von Weizsäcker als den notwendigen Grundkonsens skizziert hat. Dabei geht es - um bei dem zentralen Thema der Ost-West-Beziehungen zu bleiben - bei einem wichtigen Teil unserer Bevölkerung um eine Abkehr vom Harmel-Prinzip, das zugleich die Notwendigkeit der Verteidigung und der Entspannung oder Konfliktkontrolle beinhaltet.

Hier ist vor allem die Friedensbewegung zu nennen, die für den einseitigen Rüstungsverzicht eintritt und sich damit radikal in Widerspruch zu dem Konsens setzt. Dabei ist die Friedensbewegung keineswegs nur eine Randgruppe in unserer Gesellschaft wie die Grünen.

Diese beiden Bewegungen, bei uns und in Amerika, stehen in einer Wechselwirkung zueinander. Und wenn wir das erhalten wollen, was Herr von Weizsäcker zu Recht hervorgehoben hat, dann müssen wir uns sowohl mit dem auseinandersetzen, was auf unserer Seite in die falsche Richtung des einseitigen Rüstungsverzichts, wie auch mit dem, was auf der amerikanischen Seite in die falsche Richtung der einseitigen Konfliktverschärfung geht.

Was die deutsche Frage angeht, so gibt es bei uns insofern einen sehr breiten Konsens, als diejenigen, die an eine Sonderlösung der deutschen Frage glauben, heute nur eine marginale Minderheit darstellen. Dies war auch bei Herrn von Weizsäcker impliziert, daß es keine Lösung der deutschen Frage gibt, bevor nicht die europäische Frage gelöst ist.

Diesen Punkt will ich noch ein wenig verschärfen. Die europäische Teilung ist das Ergebnis des Krieges - Jalta war nur ein äußerer Ausdruck. Ein Resultat des Krieges ist, daß die Sowjetunion tief in Europa steht. Und ich bin davon überzeugt, daß es weder eine Lösung der europäischen noch der deutschen Frage geben kann, solange sich die Sowjetunion nicht eines Tages aus Europa wieder zurückzieht. Es steht nicht in unserer Macht, das herbeizuführen, weder durch Konflikt, durch Druck noch durch Annäherung. Solange es nicht dazu kommt, sehe ich keine Möglichkeit, die deutsche oder die europäische Frage zu lösen.

Was wir aber können, ist, diese beiden Fragen lebendig zu halten. In der Entspannungspolitik haben wir gesagt, es gebe auf absehbare Zeit keine staatliche Wiedervereinigung, aber wir müßten die Substanz der Nation erhalten.



Diese Gedanken kann man auch europäisch ausdrücken: Es gibt auf absehbare Zeit keine europäische Wiedervereinigung, aber wir müssen die Substanz Europas erhalten. Das bedeutet, daß die Europäer ein besonderes Interesse an der Konfliktkontrolle, an der Entspannung haben. Wir brauchen also nicht nur den gemeinsamen Druck des Bündnisses auf die Bundesrepublik, damit sich die Friedensbewegung mit ihrem einseitigen Rüstungsverzicht nicht durchsetzt, sondern wir brauchen auch den gemeinsamen Druck der Europäer auf die Vereinigten Staaten, damit sich die Ablehnung der Entspannung, die Ablehnung der Konfliktkontrolle nicht durchsetzt.

### **Weidenfeld**

Für mich ist die entscheidende Frage, wo die Ursachen für die neuen Irritationen in der deutschen Frage liegen. Die eigentliche Brisanz der Diskussion um die deutsche Frage sehe ich in den letzten Jahren gar nicht so sehr im klassischen deutschlandpolitischen Terrain, sondern dort, wo sie als Identitätsfrage aufgeworfen wird. Deshalb müßte man zu dem Buchtitel, den Herr von Weizsäcker genannt hat, "Die deutsche Einheit kommt bestimmt", im Sinne eines Seismographen für gesellschaftliche Witterungen zwei weitere Titel hinzufügen, nämlich: "Wo Deutschland liegt" und "Die deutsche Neurose".

Ich gehe davon aus, daß wir in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren in zunehmendem Maße ein vagabundierendes Identifikationsbedürfnis haben. Dieses vagabundierende Identifikationsbedürfnis hat seine Ursache sicher auch darin, daß die anderen Quellen der Identitätsbeschreibung nicht mehr so sprudeln wie früher, etwa die europäische oder die atlantische Idee. Es wird sich dann irgendwo festmachen, vielleicht sogar an der deutschen Frage.

### **Löwenthal**

Bisher ist das aber nicht der Fall.

### **Weidenfeld**

Die wachsende Resonanz der deutschen Frage ist doch wohl ein Symptom dafür. Ich meine, die eigentliche Schubkraft der Fragestellung resultiert insbesondere aus der Skepsis gegenüber der Industriegesellschaft, aus der Distanzierung von einer arbeitsteiligen, nicht überschaubaren Massengesellschaft, aus der Sehnsucht nach Frieden. All dies verquickt sich mit der deutschen Frage.

### **Holzer**

Die Sehnsucht nach Identifikation, von der hier die Rede war, würde ich eher als einen Mangel an Identität beziehungsweise an der Fähigkeit, uns selber zu definieren, beschreiben. Darin sehe ich auch den Grund für die Irritation, die zwischen den Deutschen und allen möglichen anderen Nationen besteht. Das Problem liegt tiefer und hat seine Ursache nicht nur in der Auseinandersetzung, ob der Nachrüstungsbeschluß in beiden Teilen vollzogen wird oder nicht. Die eigentliche Schwierigkeit, die so verschiedene Völker wie Franzosen und Russen mit uns haben, ist, sich ein Bild davon zu machen, wohin die Deutschen gehen wollen.

Hier geraten wir in Bereiche der politischen Psychologie. Solange wir uns selber nicht klar definieren können, werden wir Deutsche, und zwar in beiden deutschen Staaten, ein großer Irritationsfaktor für alle anderen sein, beladen mit Mißtrauen, das mal berechtigt, mal unberechtigt ist. So lange werden wir immer wieder völlig überraschende Reflexe erleben, so wie heute ausgerechnet die Franzosen den Deutschen vorhalten, daß sie zu friedliche Menschen seien.

Die Frage nach unserer Identität ist eine sehr alte Frage, die immer wieder zu Irritationen in der Mitte Europas beigetragen hat. Daran sind nicht zuletzt wir selbst beteiligt durch unsere mangelnde Fähigkeit, uns selber zu interpretieren.

### **Kaiser**

Woher kommen eigentlich die Irritationen, auf die hier verwiesen wurde? Herr Löwenthal hat mit Recht gesagt, diejenigen, die einen deutschen Sonderweg propagieren, sind nur eine marginale Minderheit. Aber es gibt andere Punkte, etwa die Art, wie wir über Verteidigung sprechen, oder die Art, wie wir die Werte Freiheit und Frieden zueinander in Beziehung setzen, die bei anderen Beunruhigung auslösen.

### **Ehmke**

Den eigentlichen Punkt, an dem es ungemütlich wird, sehe ich in der Kultur. Die Protestbewegung ist eine kulturelle Bewegung. Soweit es wirklich einen Antiamerikanismus gibt, liegt er in diesem Bereich. Herr Altmann hat vor kurzem in der FAZ daraufhingewiesen, der Grund für den Antiamerikanismus im kulturellen Bereich läge in der Tatsache, daß das Leben und die Kultur in der Bundesrepublik so sehr amerikanisiert seien. Dabei ist das, was die sich links nennenden Kritiker vorbringen, aus meiner Sicht zum Teil der ganze alte rechte Mist aus der Ecke von Treitschke: deutscher Geist gegen westeuropäisches Krämertum; deutsche Gemeinschaft gegen westliche Gesellschaft; deutsche Kultur gegen westliche Zivilisation und so weiter. Aber das ist nicht sehr verbreitet.

Außenpolitik und Sicherheitspolitik dürften dabei eine geringere Rolle spielen. Die Vorstellung, daß die beiden deutschen Staaten aus ihrem jeweiligen Bündnis austreten und so eine Art Naturschutzpark aufmachen, in dem uns dann gar nichts mehr passieren kann, ist ja nicht sehr abendfüllend. Damit würden wir nicht eine sowjetische oder amerikanische Rakete wegbringen und nur noch mehr zum Objekt der Großmachtpolitik werden. Solche Vorstellung wird natürlich von der Reagan-Politik genährt, da hat Herr Löwenthal recht.

Ich glaube auch nicht, daß der entscheidende Punkt bei den Grünen, bei der ökologischen Bewegung liegt. Daß die Amerikaner heute Ziel der ökologischen Kritik sind, hat seine Ursache ja vor allem darin, daß sie ein Jahrhundert lang als der Inbegriff der technischen Wunderwelt verherrlicht worden sind. Es wäre eigenartig, wenn das jetzt nicht zu einem negativen Vorzeichen würde. In Amerika selbst gibt es eine Ökologiebewegung, die in nichts an Leidenschaft und Tiefe hinter der europäischen zurücksteht.

Die irrationale Wurzel dessen, wovor man bei uns Sorge haben könnte, sehe ich also weder im Ökologischen noch im Sicherheitsbereich, sondern im kulturellen Bereich. Darin unterscheidet sich die DDR von uns. Der Grund dafür, daß die DDR national selbstbewußter ist - ich teile auch insoweit die Meinung Herrn von Weizsäcker;- , liegt darin, daß die DDR nicht russifiziert worden ist. Es gibt dort keinerlei Russifizierung des Denkens. Im Gegenteil: Manche deutschen Vorurteile gegen die Slaven werden dort sogar konserviert.

### **Löwenthal**

Was man an der Polenkrise gemerkt hat.

### **Ehmke**

Richtig. Ich habe in der Polenkrise einen SED-Funktionär unbefangen von den "Pollacken" sprechen hören mit dem Zusatz: Ein Volk, das entweder betet oder streikt, aus dem kann doch nichts werden. Im Grunde glauben viele in der SED, wenn man den Sozialismus den Deutschen überließe, würde er auch klappen.

Es gibt also in der DDR, bei der Bevölkerung wie bei der Führung, ein relativ ungebrochenes Nationalgefühl. Und Herr von Weizsäcker hat sehr gut dargelegt, warum das auch das Verhältnis von Führung und Bevölkerung verbessert. Deshalb hat man dort auch nicht diese Blähungen, die man zum Teil bei uns antrifft. Man geht in der DDR selbstsicherer an die nationale Frage heran, als das bei uns der Fall ist.

Meine Sorge ist: Wenn wir uns nicht selbst dieser Dinge annehmen, werden sie in falsche Hände geraten. Eine Voraussetzung dafür ist, ohne das überschätzen zu wollen, daß wir uns klar zu diesem nationalen Faktor und auch zu unseren nationalen Interessen bekennen, statt beflissen immer zu meinen, wir müßten der Musterschüler der westlichen Klasse sein, was ja weitgehend unsere Nachkriegspolitik bestimmt hat.

### **Stone**

Sie sollten sich nicht zu kritisch sehen. Ich war sehr erstaunt, heute morgen zu lesen, was für ein gutes Beispiel doch die beiden Deutschlands abgeben. So hat Ronald Reagan den Koreanern die Deutschen als Beispiel hingestellt, wie man trotz Teilung miteinander leben kann.

### **Stürmer**

Herr Löwenthal sagte zu Recht, den deutschen Sonderweg wollen nur marginale Gruppen. Aber dieser Sonderweg ist eine Versuchung, die real vorhanden ist; er ist außerdem ein Historikermythos, der aus Propaganda- und Identitätsbedürfnissen hervorgegangen ist. Dieser Sonderweg enthält zwei reale Komponenten: ein Sonderbewußtsein und die deutsche Mittellage in Europa. Auf beides haben die Historiker seit Treitschke mythische Wolken getürmt, die wir in jeder Richtung wegblasen müssen.

Mittellage und Sonderbewußtsein sind Dinge, die in der deutschen Geschichte in veränderter Gestalt immer wieder ihre Rolle spielen. Deshalb ist es auch nicht so erheblich, wenn zur Zeit nur marginale Gruppen dafür eintreten; denn die haben gewissermaßen den starken Wind von Geographie und Geschichte im Rücken. Insofern hat die Rebellion gegen Europa, die mit dem Sonderweg verbunden war, ein eigenes Gewicht und ist höher zu bewerten, als wenn jemand nur fordert: Ich will die deutsche Wiedervereinigung, gleichgültig was in Europa oder in der Welt sonst passiert.

Auch wenn heute die meisten mit einer Sonderung vom Westen nichts im Sinn haben, so kann sie leider doch schnell eintreten. Denn aus der Natur der Sache, aus der europäischen Geographie, ist das Mißtrauen der Europäer sofort wach. Hier kann eine sich selbst erfüllende Prophezeiung in Gang kommen. Ich stimme Herrn Ehmke zu, daß gerade im Bereich der Kultur ein entscheidendes Problem liegt, und ich fürchte, die Politiker könnten dazu neigen, die Kontrollierbarkeit solcher Strömungen zu überschätzen. Es ist eine der Erfahrungen der Geschichte des modernen Industriestaates, vor allem in Deutschland, daß man solche Dinge kaum kontrollieren, noch weniger steuern kann. Man muß vorbeugen, und man muß Ziele setzen.

Um so mehr beeindruckt mich die Konzeption Herrn von Weizsäckers. Sie hat etwas von der Größe der Wiener-Kongreß-Konzeption an sich, die aber bekanntlich auch nur eine Weile hielt. Das Bündnis mit seiner Doppelpoligkeit ist für uns Deutsche lebenswichtig, und zwar gerade in seiner Doppelpoligkeit. Es ist weder in der einen Richtung noch in der anderen Richtung aufzulösen; es muß so doppelte bleiben. Hier liegt das Lebensinteresse der Bundesrepublik als Teil des Westens. Aber es ist schon dadurch gefährdet, daß es mit dem inneren Machtkampf, sowohl in Amerika als auch bei uns, intensiv verbunden ist. Die außenpolitische Balance ist eine Sache der Staatskunst und der überstaatlichen Verantwortlichkeit; für den inneren Machtkampf gilt das nicht immer.

In den USA ist dieses Konzept immer dann in Gefahr, wenn die Interessen der Supermacht von denen der Europäer abheben. Bei uns hat man 20 Jahre lang im wesentlichen eine doppelt gestützte Außenpolitik geführt. Aber Machtkampf und Identitätssuche sind auch Teile der Demokratie; es sind die natürlichen, aber gleichzeitig auch dynamischen und damit destabilisierenden Teile der Demokratie. Amerika wird deutlich amerikanischer. Das sollte man nicht beklagen, man muß es feststellen und die Folgerungen daraus ziehen. Und daß die Deutschen fast 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges - das ist so lange wie das Kaiserreich mit all seinen Brüchen gedauert hat - wieder deutscher werden, ist auch ein natürlicher Vorgang. Die Aufgabe der Staatskunst muß es heute sein, die Europäer europäischer zu machen. Das ist die Frage nach der Zukunft.

Worauf es bei den Deutschen entscheidend ankommt, ist, daß sie wieder Identität finden, die seit 1914/18 in mehreren Stufen auf eine brutale Weise zerstört worden ist oder sich selbst zerstörte und 1945 ausgebrannt war. Die Gefahr ist, daß die Deutschen - zumindest ein wesentlicher Teil;- durch Geographie und Geschichte bedingt, wieder in die alte Sonderwegs-Illusion hineinlaufen. Das wäre für uns bedrohlich und für Europa eine Katastrophe.

Die große kulturelle Aufgabe, europäisches Denken zu entwickeln, ist nicht ohne eigene Identität zu leisten. Unsere politische Kultur ist aus nationalen Erfahrungen bestimmt wie überall in Europa. Deshalb können wir nicht gegenüber Frankreich sagen: Ihr dürft ruhig Franzosen sein, aber wir sind nur noch Europäer. Dies wirkt verdächtig, schafft Unruhe und macht die Geschäftsbasis unklar. Die Geschäftsbasis mit Frankreich muß sein: Ihr seid Europäer französischer und wir sind Europäer deutscher Identität. Wir müssen den gemeinsamen Sicherheitshorizont mit einem gemeinsamen Geschichts- und Zukunftshorizont zusammenfügen. Denn nur aus dem gemeinsamen Geschichtshorizont kann ein gemeinsamer Zukunftshorizont entstehen.

Insofern scheinen mir in der Tat in der Frage der Identität Gefahren, aber auch Chancen zu liegen. Die Stärkung der europäischen Komponente innerhalb der künftigen NATO muß wohl hauptsächlich zwischen Frankreich und der Bundesrepublik anfangen. Das liegt wiederum in der Natur unseres geschichtlichen Erbes und in der Natur der europäischen Geographie. Vielleicht ist es das positivste Resultat der sowjetischen Vor-Rüstung und der grün-pazifistischen Bewegung, daß sie die Franzosen an den Ernstfall Europas erinnert haben. Er würde eintreten, wenn die deutsche Frage sich gewissermaßen verselbständigt, aus ihren europäischen Verankerungen löst. Das zu verhindern, ist eine der großen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft.

### **Löwenthal**

Ich komme auf die kulturellen Faktoren zurück, die mitunter etwas überschätzt werden. Herr Stürmer erwähnte den Mythos vom deutschen Sonderweg. Ich spreche hier von "Zwischenkultur". Es ist die Vorstellung, daß die Deutschen nicht ein Teil der westlichen Kultur und Zivilisation sind, sondern irgendwie zwischen dem Westen und dem Osten stehen. In Ansätzen geht das schon auf Luther

zurück. Es hat sich dann sehr verstärkt im 19. Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit Napoleon und dem Aufstieg Deutschlands zur Großmacht. Und es fand seine volle Ausprägung in der Vorstellung eines Staates, der eine Großmachtrolle zwischen Ost und West spielt.

Diese Entwicklung, die ihren, mit Verlaub gesagt, geistigen "Höhepunkt" in Treitschke hatte, ist dann so weit gegangen, daß selbst ein universell gebildeter Mann wie Max Weber um die Zeit des Ersten Weltkrieges sagen konnte, die deutsche Kultur habe eine besondere Mission zwischen angelsächsischem Materialismus und russischer Barbarei. Das hat noch den Ersten Weltkrieg überlebt und ist in der Weimarer Republik weitgehend beherrschend geblieben und hat dann seinen blutigen Höhepunkt im Dritten Reich gehabt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Gedanke einer deutschen Kulturmission zwischen Ost und West nicht mehr nachvollziehbar. Ich glaube, er hat sich gründlicher überlebt, als Herr Stürmer, der sie in ihrer Blüte studiert hat, dies annimmt. Die Abkehr von dieser Vorstellung hat bei vielen Menschen schon im Dritten Reich begonnen. Sie hat angefangen im Deutschen Protestantismus, wurde fortgeführt über die Wendung vieler deutscher Konservativer weg vom Autoritarismus und hin zu der Einsicht, daß ein Rechtsstaat unter modernen Bedingungen nicht mehr autoritär sein kann. Dann kommt die Massenflucht der Menschen einschließlich der Soldaten aus dem Osten nach Westen. Die Entscheidung für den Westen ist älter als der kalte Krieg und keine Folge westlicher Propaganda, sondern aus der damaligen realen Situation entstanden. Eine Wiederbelebung der Zwischenposition dürfte nur schwer möglich sein.

Sie ist zunächst durch die radikale Westorientierung Adenauers überwunden worden. Dies hatte eine gewisse kulturelle Einseitigkeit zur Folge, weil nämlich die Bindung an die westliche Zivilisation oder Kultur, die ja bekanntlich bis nach Polen reicht, im Bewußtsein vieler Menschen allzusehr mit der Bindung an Westeuropa gleichgesetzt worden ist, das ja nur ein Teil dieser westlichen Kultur ist. Was sich jetzt im Laufe der Zeit wieder zeigt, ist, daß der Westen, zu dem wir gehören, nicht nur aus Westeuropa und auch nicht nur aus Westeuropa plus Amerika besteht. Insofern ist eine gewisse Veränderung dieses Bildes durchaus normal. Ich sehe nicht, daß es in der heutigen Krise eine starke kulturelle Abwendung vom Westen gibt. Ich sehe insbesondere nicht, daß es einen tiefen kulturellen Antiamerikanismus gibt. Statt dessen machen viele derselben Leute, die in allen diesen Bewegungen mitlaufen, zahllose amerikanische Moden mit.

Damit komme ich zur Identitätskrise. Wir haben in der Bundesrepublik eine erste Identitätskrise in den 60er Jahren, in der Zeit der Studentenrevolte, gehabt. Sie hatte nicht zentral mit einer Abwendung vom Westen zu tun, sondern mit dem Vietnam-Krieg und anderen Dingen. Sie wies weitgehend Parallelen zu ähnlichen Jugendbewegungen in der ganzen westlichen Welt auf. Das ist im Gesamteffekt keineswegs eine plötzliche Abwendung der jungen Generation vom Westen gewesen.

Das gilt auch für die nächste Identitätskrise, die ihren Ausdruck in der Generation der Grünen und der Friedensbewegung findet. Auch da handelt es sich im Kern nicht um eine kulturelle Abwendung vom Westen. Die Friedensbewegung speist sich großenteils überhaupt nicht aus kulturellen Wurzeln. Man sollte nicht vergessen, daß es für junge Menschen, die in Deutschland aufwachsen, ein ganz reales, auf den Nägeln brennendes Problem gibt, daß nämlich nach 30 Jahren nuklearer Stabilität eine Situation erkennbarer nuklearer Instabilität eingetreten ist. Das ist kein kultureller, sondern ein real politischer Vorgang.

Wir befinden uns heute in einer Situation, in der das, was uns de facto vor all den Kriegen bewahrt hat, die es in der übrigen Welt seit 1945 gegeben hat, nämlich die nukleare Konfrontation im Herzen Europas, plötzlich auch als Gefahr erscheint. Das ist nicht nur eine Einbildung dieser Leute, sondern die Gefahr ist größer geworden aufgrund der Instabilität. Daß es darauf eine ganz verständliche Reaktion der Massenangst gibt, kann man nicht mit kultureller Abwendung der Deutschen vom Westen erklären. Es ist keine spezifisch deutsche Sache, obwohl Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage besonders betroffen ist. Es gibt aber zum Beispiel in England und sogar in Amerika durchaus ähnliche Vorgänge.

Wir sollten uns also davor hüten, uns einreden zu lassen, zum Beispiel von unseren französischen Freunden, daß es sich hier wieder um einen kulturellen deutschen Sonderweg handelt. Wir haben es vielmehr mit der wirklich gefährdeten Situation dieses Landes zu tun. Es müssen Wege gefunden werden, um aus dieser Gefahr herauszukommen - und ich teile die Meinung derer, die von Anfang an gesagt haben, daß der einzig vernünftige Weg dazu der von Verhandlungen war und ist.

**Gräfin Dönhoff**

Zunächst ein kurzes Wort zur französischen Einstellung. Ich erinnere mich gut an eine Debatte über die Getreidepreise - noch zu Giscard's Zeiten;- , wobei der französische und der deutsche Standpunkt stark differierten. Damals hat nicht nur Le Monde, sondern die gesamte französische Presse bis zurück nach Sedan alles aufgerollt, was es an Sünden auf deutscher Seite gegeben hat. Ich will damit nur diese Urangst den Deutschen gegenüber relativieren.

Ich kann jeden Satz im Referat von Herrn von Weizsäcker unterschreiben. Was aber die konkrete Welt angeht, in der wir leben, und was die Politik angeht, die wir machen sollten, so hat er vielleicht die beiden von ihm erwähnten Anfechtungen in ihrem Gewicht unterschätzt. Das eine ist die ideologische Vorstellung, die wir heute vor allem im Weißen Haus - nicht in ganz Amerika - antreffen, man müsse das Reich des Bösen überall da bekämpfen, wo es sich zeige. Diese Einstellung erschwert natürlich alle Bestrebungen, die Herr von Weizsäcker genannt hat.

Die andere Anfechtung kommt aus Deutschland und hat mit der Identitätskrise und all dem, was hier dazu gesagt worden ist, zu tun. Meine Generation kann mit dem jetzigen Zustand, in dem sich Deutschland befindet, leben, weil wir wissen und erlebt haben, was zu diesem Zustand geführt hat. Ich frage mich aber: Kann eine junge Generation sozusagen im Wartesaal der Geschichte aufwachsen und dort ihr Leben verbringen? Wir sind schließlich kein Staat wie jeder andere. Was sind wir eigentlich: ein Rumpf Staat oder ein Nachfolgestaat des Deutschen Reiches? Sind wir ein Provisorium, oder ist dies die Endstation, mit der wir uns auf Dauer abfinden müssen?

Was es zur Zeit so besonders schwer macht, ist die Koinzidenz von Verfall der Entspannung mit dem Niedergang der Wirtschaft, also die Tatsache, daß es nichts mehr zusätzlich zu verteilen gibt. Wir sehen ja, daß am Kreuzpunkt dieser beiden Kurven überall die Strukturen, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg geschaffen haben, wackelig geworden sind. In der NATO und in der EG klappert es, sogar die special relationship zwischen England und Amerika hat ein wenig gelitten. Die Frage ist, wohin das eigentlich führt.

Wenn diese beiden Komponenten unsere Gegenwart bestimmen und es außerdem die Anfechtung zum einen durch die amerikanische Ideologie und zum anderen durch unsere nationale Unruhe gibt, was geschieht dann, wohin gehen wir, und was können wir tun? Ich finde, ein Konzept, wie Herr von Weizsäcker es geschildert hat, ist einleuchtend, aber kann man es in die Wirklichkeit umsetzen?

### **Altmann**

Ich knüpfe zunächst bei den Äußerungen von Herrn Ehmke und Herrn Stürmer an. Das Wort Identität ist recht modern und wird häufig als Worthülse gebraucht. Die Unzufriedenheit der Deutschen mit sich selbst taucht als Problem ja schon bei Goethe auf. Tatsächlich ist die deutsche Protestbewegung von der Ökologie bis zum Frieden durch einen - Herr Ehmke hat darauf hingewiesen - tiefgehenden Kulturkonflikt gekennzeichnet, der bei uns, im Unterschied zu den Amerikanern, zu einer Introversion des politischen Bewußtseins geführt hat. Man kann auch sagen, es ist provinziell geworden.

Ich füge hinzu, daß dieses nicht die erste Kulturkrise ist, die die Deutschen erleben. Um die Jahrhundertwende war Deutschland schon einmal die Brutstätte einer Kulturkrise mit tiefgreifenden Wirkungen. Der Nationalsozialismus ist ohne die Wirkungen dieser Kulturkrise nicht zu erklären.

Ähnlich wie damals das Kaiserreich hat die Bundesrepublik mit einem unerhörten Anlauf in den 50er Jahren einen geradezu revolutionären wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Dabei wurde verdeckt, weil man nur den alten Adenauer als Patriarchen sah, daß die deutsche Gesellschaft in kaum zehn Jahren den Wandel zur modernsten Industriegesellschaft Europas vollzogen hat, und zwar unter Hintanstellung schwerwiegender anderer Probleme. Auch das ist eine Parallele zum Kaiserreich.

Kulturkrisen führen zu schwer lösbaren Konflikten. Die heutige Krise hat sich zu einem gesellschaftlichen Konflikt ausgeweitet, der sogar die eigentlich sozialen Konflikte überschattet. Man muß sich einmal klarmachen, was es heißt, daß in einem Land mit über zwei Millionen Arbeitslosen selbst die Sozialdemokratie, die klassische Arbeiterpartei, diesen Kulturkonflikt höher bewertet als die Kernfragen der Wirtschaftspolitik.

Dieser Kulturkonflikt, in dem, wie ein gescheiter Franzose gesagt hat, ein Kult des Gegensätzlichen gepflegt wird, ist nicht in sich selbst zu lösen. Kultur ist kein Gebiet, auf dem man mit Demonstrationen und Streiks kämpfen kann. Das macht es erklärlich, daß der Streit auf wirtschaftliche, politische und soziale Ideologien zurückgreift.

Die deutsche Frage - das ist meine zweite Bemerkung - ist immer sowohl eine nationale wie auch eine europäische Frage gewesen. Das unterscheidet uns von allen anderen Nationen. Der deutsche Nationalismus war trotz aller hochgespannter Staatsideale immer begleitet von einem ideellen Zerfall

unserer Staatlichkeit. Schon in der Wilhelminischen Zeit, später im Zwischenreich von Weimar und heute in seiner pazifistisch neutralistischen Färbung ist er ein Krisenelement und nicht Ausdruck politisch-gesellschaftlichen Selbstbewußtseins. Da der deutsche Nationalismus als Krisenelement auftritt, gibt er berechtigten Anlaß zu dem Mißtrauen, das ihm von der Welt entgegengebracht wird.

Diese Schwäche ist natürlich auch Ausdruck unserer geographischen Lage in Europa. Wir sind ein Land mit vielen Grenzen und entsprechend labilen Optionen zwischen Ost und West. Im Unterschied zur französischen, italienischen oder britischen Außenpolitik stand die deutsche Außenpolitik immer unter einem starken Rechtfertigungszwang. Und das nicht ohne Grund. Als Bismarck die deutsche Einigung durchgesetzt hatte, hat er gespürt, daß die Deutschen eine besondere Verantwortung für Europa tragen. Deshalb war seine Friedenspolitik durch Berechenbarkeit, bewußte Unbeweglichkeit und zugleich hohe taktische Sensibilität gegenüber den Bewegungen seines Bündnissystems gekennzeichnet.

Diese pragmatische Verantwortung Bismarcks für Europa haben die Deutschen nach ihm nicht zu einer Konzeption ausbauen können. Sie haben sie im Gegenteil zweimal abgelehnt, im Wilhelminischen Kaiserreich und dann auch in der Weimarer Republik. "Mitteleuropa" ist ein Gegenwort gegen Gesamteuropa geworden. Das sollten wir bedenken, wenn wir ein solches Wort wieder in Mode bringen wollen. Der Begriff wurde bekanntlich von Friedrich Naumann für die "Mittelmächte" im Ersten Weltkrieg geprägt. In der Weimarer Zeit sprach man von "Zwischeneuropa". General von Seeckt hat durch Hans Zehrer die berühmte Broschüre "Deutschland zwischen Ost und West" schreiben lassen. Hier habe ich auch Vorbehalte gegen die Ausführungen von Herrn von Weizsäcker. Ich habe das Mißtrauen, daß sich hinter der diplomatisch-beziehungsreichen Verpackung wieder das alte Janusgesicht der deutschen Politik verbirgt.

### **Ehmke**

Herr von Weizsäcker hat aber nicht von Mitteleuropa gesprochen.

### **von Weizsäcker**

Ich habe etwas viel "Schlimmeres" gesagt, nämlich daß wir der Osten des Westens und der Westen der Mitte sind.

### **Altmann**

Wir sollten schon sehen, daß die Deutschen, wenn sie ihre nationale Frage erneut in den Vordergrund schieben - und das tun wir heute;-, allzuleicht wieder in Konflikt mit den Interessen der anderen kommen. Die Bundesrepublik steht vor der Alternative, entweder ein Element der Stabilisierung oder der Destabilisierung in Europa zu sein. Die Deutschen können es sich nicht, wie die Franzosen, leisten, mal europäische und mal nationale Interessen zu vertreten. Wir müßten eigentlich eine initiative Rolle in Westeuropa spielen, was wir seit Jahren nicht getan haben. Jeder deutsche Politiker, der auszieht, um sich zu profilieren, hat das Wort "Ostpolitik" im Sinn. Herr Strauß ist dabei. Ich erinnere an ein Wort des damaligen Finanzministers Hans Apel, der gesagt hat: Zu Europa fällt mir nichts mehr ein. Er meinte "natürlich" die EWG.

### **Löwenthal**

Wer hat denn die Engländer gegen den französischen Widerstand in die Europäische Gemeinschaft gebracht? Willy Brandt, um es genau zu sagen.

### **Altmann**

Ich sage nicht, daß wir antieuropäisch gewesen sind, aber in der Entwicklung der europäischen Einigung haben wir seit Adenauer geistig-ideell keine führende Rolle gespielt. Von Helmut Schmidt stammt der Satz, der in weiten Kreisen unserer Öffentlichkeit akzeptiert wurde: "Wir sind nicht die Zahlmeister Europas." So gibt es viele Äußerungen, die ich nicht auf einen parteipolitischen Nenner bringe alle Parteien sind daran beteiligt. Wenn es darauf ankommt, fällt uns zu Europa tatsächlich nicht sehr viel ein.

### **Ehmke**

Das muß man für die letzte Zeit zugeben. Unsere Parteien fragen sich heute, wie wir im nächsten Jahr die Leute überhaupt zur Europa-Wahl bekommen. Europa ist heute kein Thema der deutschen Politik, da muß ich Herrn Altmann leider zustimmen.

**Löwenthal**

Das liegt aber am Zustand der Europäischen Gemeinschaft.

**Ehmke**

Der wiederum mit unserem fehlenden Interesse zusammenhängt.

**Löwenthal**

Wir müssen hier unterscheiden: Während die Rolle der Europäischen Gemeinschaft im öffentlichen Bewußtsein radikal abnimmt, gibt es gleichzeitig Anzeichen einer zunehmenden Bedeutung Europas. Das sind zwei verschiedene Dinge.

**Freiherr von Weizsäcker**

Herr Altmann hat mit Goethe begonnen. Dazu kann ich nur sagen: Wenn alle Deutschen mit sich selbst so zufrieden wären, wie Goethe es mit sich selber immer gewesen ist, hätten wir sehr viel weniger Probleme.

Mit Ihrem strengen Vorwurf der Janusköpfigkeit können Sie mich allerdings wenig schrecken. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß die Deutschen nie, auf keine Weise, darum herumkommen werden, ein Problem zu sein für alle Völker, die um uns herum leben. Die gesamte Geschichte Zentraleuropas - um nicht das Wort Mitteleuropa zu verwenden - ist stets gekennzeichnet gewesen durch den verständlichen Versuch aller unserer Nachbarn, auf die politische Struktur dieses Zentrums in Europa Einfluß zu nehmen. Und unser Bedürfnis als dasjenige Volk, das hier nun einmal lebt, war, eine politische Form zu finden, und zwar in einer Weise, die es uns erlaubt, mit allen unseren Nachbarn weiterzuleben und zu überleben.

Bismarck hat mit hoher Kunst und unter Ausnutzung einer Konstellation, wie sie vorher kaum denkbar war, eine Harmonisierung dieses Problems zustande gebracht, die aber so kompliziert war, daß er selbst am Ende seiner Regierungszeit sie kaum noch zu beherrschen wußte. Daß das dann unter seinen Nachfolgern sehr rasch den uns allen bekannten Weg nahm, ist nicht weiter zu verwundern.

Was heißt hier Januskopf? Sie könnten genauso sagen, die Situation, in die uns der liebe Gott nun einmal hineingesetzt hat, ist in sich janusköpfig. Es ist doch nicht wahr, daß wir die Möglichkeit hätten, dem durch einen politischen Entschluß zu entgehen, indem wir endlich unsere Halbherzigkeit in bezug auf Westeuropa aufgeben und unsere Profilsuche in Richtung Westpolitik konzentrieren statt in Richtung Ostpolitik.

Das ändert nichts daran, daß wir uns in der Westeuropa-Politiklebhaf daran beteiligt haben, die Strukturprobleme Westeuropas zu verstärken. Das ist aber kein spezifisch deutsches Versäumnis. Nach der politischen Idee und dem Schwung, der den meisten von uns am Anfang höchst willkommen war, ist Westeuropa dann einen Weg gegangen, der in der Tat kaum lösbare Strukturprobleme mit sich bringt. Und ich stimme zu, daß wir auch mit unseren nationalen Lösungsversuchen in Deutschland wahrscheinlich nur weiterkommen, wenn wir uns bemühen, weniger nationale und mehr europäische Wege zu gehen.

Dies wäre aber entsprechend unseren demokratischen Prinzipien dann wesentlich leichter, wenn jede nationale Regierung einen europäischen Wahlkreis hätte, während es heute nur nationale Wahlkreise gibt. Die Abgeordneten werden alle zu Hause gewählt. Infolgedessen erhöhen sie dann ihre Wahlchancen, wenn sie zu Hause erklären, die Schuld an allem Unglück liege in Europa und die Lösung der Probleme sei in irgendeiner Abkehr von Europa zu suchen. Daß wir Politiker in dieser Richtung einer Grundtendenz Vorschub geleistet haben, anstatt ihr genügend Widerstand entgegenzusetzen, trifft allerdings zu. Diesen Vorwurf brauchen wir aber nicht speziell an uns Deutsche zu richten, sondern der gilt auch für alle anderen europäischen Völker.

**Löwenthal**

Für uns sogar etwas weniger.

**Freiherr von Weizsäcker**

Vielleicht. Ich möchte mich nur mit Entschiedenheit gegen die These wehren, die Unterlassungssünden, die Sie mit Recht uns Politikern in Deutschland in bezug auf Westeuropa

vorwerfen können, hätten etwas mit unserer Profilierungssucht in der Ostpolitik oder mit einer Janusköpfigkeit zu tun.

### **Weidenfeld**

Woher kommen die Irritationen gegenüber Deutschland? Dazu will ich drei Gesichtspunkte nennen:

Zum einen meine ich, daß die ambivalenten Witterungen des Auslandes uns gegenüber, die Herr von Weizsäcker präzise beschrieben hat, im Grunde unausweichlich sind; sie sind relativ unabhängig davon, welche deutschlandpolitische Position wir einnehmen. Diese Irritationen sind nach wie vor eher Ausdruck der paradoxen Mischung von Nähe und Ferne, die auch zwischen den Westeuropäern geblieben ist. Wir brauchen uns ja nur einmal die theoretisch möglichen verschiedenen deutschlandpolitischen Positionen vor Augen zu halten: Bei jeder denkbaren Position wären im westlichen Ausland Irritationen vorhanden. Selbst wenn wir die deutsche Frage völlig zu den Akten legen und gewissermaßen die Schlußabrechnung der Geschichte unterschreiben wollten, würde das westliche Ausland meinen, wir hätten hier ein geniales Täuschungsmanöver vor, und es käme erst recht zu Zweifeln und zu neuem Mißtrauen. Insofern haben diese Irritationen mehr mit der Frage nach der politischen Kultur zu tun, die Herr Ehmke aufgeworfen hat, als mit der deutschlandpolitischen Problematik im engeren Sinne.

Zweiter Gesichtspunkt: Wirklich neu in der heutigen Diskussion ist, daß die Frage nach der Identität der Deutschen derart massiv gestellt wird. In dem Auf und Ab der deutschlandpolitischen Debatte in den letzten Jahrzehnten war das in dieser Form nicht zu beobachten. In den 50er Jahren stand die Frage der Westbindung im Vordergrund; in den 60er Jahren waren es die Status- und die Ost-West-Verständigungsfragen. Aber es war nicht das Thema der Identität.

Was sich verändert hat, sind die normativen Ausgangspositionen in der breiten gesellschaftlichen Diskussion, seit die holzschnittartige Gegenüberstellung von Freiheit und Unfreiheit in Ost und West nicht mehr der zentrale normative Ausgangspunkt ist. Damit hat sich auch der Interpretationsrahmen für die Deutschlandpolitik und für die internationale Politik geändert. Ich weise nur auf die neueren deutschlandpolitischen Bestseller hin, die ihren Ausgangspunkt genau an dieser normativen Fragestellung nehmen.

Dritter Gesichtspunkt: Die Irritationen resultieren zu einem Teil auch aus der Unschärfe unseres deutschlandpolitischen Konzepts in den letzten 30 Jahren. Ich verkenne nicht, daß diese Unschärfe auch eine wichtige innenpolitische Funktion hatte, nämlich der Integration im Innern. Im Grunde konnte sich doch jeder in diesem deutschlandpolitischen Konzept wiederfinden und zu Hause fühlen und darin entdecken, was er entdecken wollte.

Deshalb möchte ich Herrn von Weizsäcker bitten, noch etwas mehr zu dem Stichwort "Verantwortungsgemeinschaft" zu sagen. Aufgrund meiner deutschlandpolitischen Untersuchungen würde ich eher zurückhaltender auf einen solchen Begriff reagieren, als Sie es hier im Blick auf Ihre Position vermuten lassen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Sie fragen nach der Verantwortungsgemeinschaft, Herr Weidenfeld. Das ist ein schwieriger und wichtiger Punkt. Natürlich ist Verantwortungsgemeinschaft kein recht greifbares politisches Konzept. Ich sehe darin im Augenblick mehr ein Sammelsurium von Bedürfnissen, die aus ganz verschiedenen Ecken zusammenkommen.

Auf der einen Seite spricht Honecker von der Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen, treu der Marschroute des Warschauer Paktes "nie wieder Krieg" und "nie wieder Krieg vom deutschen Boden aus"; - das heißt für ihn vor allem keine amerikanischen Raketen. Das ist, wenn Sie so wollen, zunächst noch recht oberflächlich und ziemlich primitive politische Propaganda.

Im Bereich der Rezeption von Geschichte, einem Bereich, für den ich vorhin die These aufgestellt habe, daß man uns da in der DDR in gewisser Weise voraus ist, versucht man in der DDR natürlich immer wieder, die Geschichte in ihre guten und schlechten Kapitel aufzuteilen und die schlechten uns zuzuweisen, während die guten Kapitel als die Vorläufer der eigenen heutigen politischen Wirklichkeit vorgeführt werden. Das funktioniert so natürlich nicht, denn die Geschichte läßt sich ja in dieser Weise nicht trennen. Die Geschichte aber als etwas Gemeinsames zu betrachten, die Verantwortung für die Geschichte, oder auch die Haftung für die Geschichte als etwas Gemeinsames anzusehen, das ist ein Gedanke, über den man sich heute in den beiden Deutschlands verständigen kann, auch wenn die Gesprächspartner gesellschaftlich, politisch und ideologisch weit auseinander sind.



Meine Kernthese war, daß wir, die Bundesrepublik, einerseits im Bündnis bleiben wollen und bleiben müssen. Da wir aber zugleich der Westen der Mitte sind, haben wir auch eine besondere Verantwortung über die Grenzen des Bündnisses hinaus. Diese Tatsache kann man im Gespräch mit Amerikanern deutlich machen und dadurch Irritationen, die es ja durchaus gibt, besser erklären. Das ist von Berlin aus mitunter leichter als von einem anderen Standort in der Bundesrepublik oder sonstwo in Westeuropa. Man kann von hier aus den Amerikanern sehr gut klarmachen, daß und warum die insbesondere auf die Menschenrechte und die Ausgestaltung der Verfassung bezogene gemeinsame Grundlage etwas ist, das uns fest miteinander verbindet. Daß das etwas ist, bei dem der Schutz, den die Amerikaner uns gewähren, so unentbehrlich und in seiner Weise auch so großartig ist. Dann verstehen sie auch, daß man es damit wirklich ernst und ehrlich meint.

Auf der anderen Seite kann man von Berlin aus ihnen aber auch gut erklären, inwiefern wir mit den Berlinern auf der anderen Seite der Mauer oder mit den Deutschen in der DDR etwas gemeinsam haben, das uns aus der Verantwortung nicht entläßt. Wenn man die Amerikaner einlädt, sich das von hier aus anzusehen und sich an Gesprächen dieser Art zu beteiligen, dann sind sie vollkommen offen, in einem sowohl menschlichen wie politischen Sinn, für die Aufgabe, die sich uns hier stellt. Uns, das heißt Leuten, die ein vitales eigenes Interesse am Funktionieren des Bündnisses haben und die zugleich ein vitales moralisches, menschliches und politisches Interesse daran haben, die Mitverantwortung für die Deutschen drüben nicht zu verschweigen, sondern sie dann, wenn sie sich politisch umsetzen läßt, auch zur Sprache zu bringen.

Wenn man beispielsweise mit Leuten redet, die drüben in der evangelischen Kirche Verantwortung tragen, dann kann man sich nach einiger Zeit an einem Punkt befinden, wo man sagt : Ihr sitzt in Eurem Pakt, und wir sitzen in unserem Pakt. Die Gründe, die Euch in Euren Pakt geführt haben, sind zweifellos völlig unvergleichlich mit denen, die uns in den unsrigen geführt haben. Wir wollen da auch sonst keine Parallelen ziehen. Dennoch gibt es für Euch gute Gründe dafür einzusehen, daß wir unser Bündnis brauchen und auch in Zukunft brauchen werden, so wie wir ganz andere, aber auch wichtige Gründe vor Augen haben, warum wir Euch in der DDR gar keinen Gefallen tun würden, wenn wir den Versuch machen wollten, eine Politik zu betreiben mit dem Ziel, Euch irgendwie aus dem Warschauer Pakt herauszulockern. Selbst wenn wir es könnten, wäre es keine vernünftige Zielsetzung für uns, das zu versuchen. Dennoch haben wir Dinge, die uns miteinander verbinden - trotz der Tatsache, daß wir zwei verschiedenen Bündnissen angehören, und dies for the time being weder ändern können noch wollen. Sie befähigen uns, in einer sehr direkten und leicht verständlichen Form miteinander zu reden, was zur Zeit diesen seltsamen Begriff der Verantwortungsgemeinschaft auch produziert.

Diese etwas komplizierten Versuche zu erklären, was ich damit meine, machen nur noch deutlicher, daß das nicht ein präzises politisches Konzept ist. Wenn ich noch einmal mein Dominostein-Bild benutzen darf: Es sieht so aus wie eine Art von Dominostein mit vier verschiedenen Enden. An jedem Ende dieses Dominosteins sitzt jemand, der den Wert, der sich gerade an seinem Ende zeigt, für sein eigenes Konzept innerlich und politisch durchaus sauber verwenden kann. Das wird nicht dadurch verändert, daß ein anderer an einem anderen der vier Enden sitzt, der vielleicht ganz unterschiedliche Werte und Motive hat.

Was sollen wir mit der deutschen Frage anderes machen, als auch einmal vorliebzunehmen mit solchen Begriffen wie Verantwortungsgemeinschaft, selbst wenn sie nicht sehr viel mehr bringen, als die Möglichkeit zu beschreiben, daß wir von verschiedenen Interessen und von verschiedenen Machtlagen aus etwas an Gemeinschaft miteinander empfinden, was jedem auf seinem politischen Weg etwas bedeutet? Das ist, wenn Sie so wollen, nur eine Art Zwischenanzeige, mehr nicht.

### **Gräfin Dönhoff**

Ist das nicht eine Analogie zu der Sicherheitspartnerschaft?

### **Schulz**

Es gibt in der Bundesrepublik eine ganze Fülle von deutschlandpolitischen Veröffentlichungen, die aus sehr verschiedenen Motiven entstanden sind und durchaus nicht aus den gleichen Quellen kommen, die also in ihren Äußerungen sehr diffus sind. So ist es kein Wunder, wenn sich unsere Nachbarn in dieser Diffusität nicht zurechtfinden, sondern sich das herausgreifen, was ihre Vorurteile am ehesten bestätigt.

Früher war viel die Rede von den "querelles allemandes". Was heute mehr im Mittelpunkt steht, sind die "incertitudes". Man weiß eben nicht so recht, was die Deutschen wollen; sie gelten als unberechenbar. Und Leute, die die deutsche Geschichte kennen, weisen darauf hin, die Deutschen

seien Romantiker und hätten alle möglichen Eigenschaften, die sie für ihre Nachbarn unberechenbar machten.

Sie fragen dann zum Beispiel ganz konkret, was die Sicherheitspolitik angeht: Wie könnt Ihr Deutsche Euch auf die USA verlassen? Die Nuklearwaffen sind doch nationale Waffen. Außerdem gibt es eine globale Parität. Da Ihr Euch auf die USA eben nicht verlassen könnt, werdet Ihr irgendwann aus dem Bündnis austreten. Diese Frage ist mir immer wieder von Franzosen gestellt worden, obwohl es eine rationale Antwort darauf nicht geben kann. Natürlich gibt es auch Leute, bei denen wir sagen können, was wir wollen, sie behaupten stets: In Wirklichkeit meint Ihr Euer nationales Problem und wollt Euch wiedervereinigen.

In den USA dagegen taucht immer wieder der Verdacht auf, die Deutschen hätten einen angeborenen oder anerzogenen Hang zum Totalitarismus und könnten sich nie von dieser Versuchung freimachen.

### **Löwenthal**

Das ist die Vereinfachung einer falschen These.

### **Schulz**

Herr Löwenthal hat zu Recht gesagt, die deutsche Spaltung könne erst überwunden werden, wenn die Russen nicht mehr die Geschicke in Zentraleuropa kontrollierten. Wir müssen uns allerdings darüber im klaren sein, daß unsere Nachbarn schon an die Zeit danach denken und daß sie sich an dem stören, was Herr Weidenfeld gerade erwähnt hat, nämlich daß wir die Widersprüche in unseren Konzeptionen nicht ausgetragen haben.

Ich verstehe durchaus, daß das bei uns eine Zeitlang gar nicht möglich war. Aber da werden dann konkrete Fragen gestellt: Was ist Deutschland? Reicht es bis zur Oder-Neiße-Grenze, oder geht es darüber hinaus? Da können wir noch so oft wiederholen, diese Frage werde auf absehbare Zeit keine Rolle spielen. Gerade wenn wir sagen, das spiele keine Rolle, wird das als ein Zeichen der Unglaubwürdigkeit ausgelegt.

### **Löwenthal**

Man kann etwas anderes sagen: Dieses Deutschland wird es nicht geben, wenn es nicht Grenzen akzeptiert, die seinen Nachbarn akzeptabel sind. Das ist etwas, was ein Herr Zimmermann nicht begreift.

### **Schulz**

Das habe auch ich immer gesagt. Aber es wird eben nicht offiziell so gesagt und ist bei weitem nicht Allgemeingut in unseren politischen Äußerungen. Das heißt, man weiß nicht, was die Deutschen wirklich wollen. Natürlich sind für uns dabei auch taktische Momente im Spiel. Warum sollten wir uns vorzeitig auf etwas festlegen, was sich möglicherweise durch Verhandlungen noch verbessern läßt? Nur: Der Spielraum ist gering, durch Verhandlungen etwas zu verbessern. Und vielleicht sind Verhandlungen über einen Friedensvertrag, von denen früher die Rede war, gar nicht so sehr in unserem Interesse. Sollten wir wirklich daran interessiert sein, noch einmal alle früheren Gegner gegen uns zu vereinigen, nur um Friedensverhandlungen zu führen, die an dem endgültigen Ausgang nicht mehr sehr viel ändern würden?

Ein letzter Punkt. Vielfach wird bei unseren Nachbarn von der nationalen deutschen Frage gesprochen, wenn in Wirklichkeit etwas ganz anderes gemeint ist. Da wird nämlich angesichts der apokalyptischen Visionen, die im Augenblick umgehen, unsere Bündnistreue in Frage gestellt. Wie kommt es, so wird beispielsweise gefragt, daß die Deutschen unter Schmidt Verhandlungen über Nachrüstung verlangen und amerikanische Mittelstreckenraketen für Europa fordern - und wenn Schmidt dann geht, stehen auf einmal seine Partei und vielleicht auch er selbst gar nicht mehr so dazu? Nachher will es eigentlich niemand gewesen sein.

Oder: Wie kommt es, daß auf einmal alle möglichen Leute Gespräche mit Honecker führen wollen? Ein bayerischer Politiker fährt nach Warschau und Ost-Berlin, der bis dahin immer den Eindruck erweckt hatte - auch bei seinen eigenen Getreuen;- , daß er so etwas aus ideologischen Gründen nie tun könnte. Ein Regierender Bürgermeister spricht mit Herrn Honecker, ohne daß er so große Statusängste hat, die bisher immer gepflegt wurden. Natürlich begrüße ich diese Gespräche. Aber für viele Ausländer ist es verwirrend, daß die Deutschen sich so verhalten, und solange die Deutschen nicht sagen, was sie wirklich wollen und wohin sie wollen, kann man ihnen so recht nicht trauen.

## Holzer

Dazu paßt direkt ein Zitat aus dem Zürcher Tagesanzeiger. Da heißt es: "Das einzig neue an diesem Thema ist, daß es inzwischen offener, kritischer, wohl auch emotionsloser innerhalb der bundesdeutschen Linken diskutiert wird. Die Angst der Franzosen, der Amerikaner und so weiter ist unbegründet. Wenn nicht alle Fakten täuschen, bilden die Beschwörungen der nationalen Frage von links wie von rechts eine einzige große Nebelwand. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilung Deutschlands ist weiter fortgeschritten als irgendwann nach dem Zweiten Weltkrieg."

## Freiherr von Wechmar

Herr von Weizsäcker hat sich in geradezu glänzender Weise bemüht, die schwierige Fragestellung zu beantworten: "Die deutsche Frage - neu gestellt". Aber wie lautet eigentlich diese Frage? Ist das ein kurzfristiges Thema im Zusammenhang mit der Rüstungsdiskussion, oder ist das eine langfristige Überlegung im Zusammenhang mit Wiedervereinigung oder anderen Formen der Vereinigung?

Ich meine, daß unser Zögern, uns zu der deutschen Frage präziser zu äußern, auch darin begründet ist, daß die handelnden politischen Kräfte, aber auch die Bürger, erkennen, warum eine Lösung dieser Frage bei der gegebenen weltpolitischen Lage nicht zu erwarten ist. Es wird wohl niemand an diesem Tisch einen einzigen unserer Nachbarn oder Verbündeten nennen können, der ein übergeordnetes Interesse daran hat, jetzt eine Vereinigung oder Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands herbeizuführen - gleich unter welchen Voraussetzungen das geschehen mag. Herr Löwenthal sieht nur dann eine Möglichkeit, in dieser Richtung positiver weiterzudenken, wenn die Sowjetunion sich aus Europa zurückzieht. Aber Herr Schulz hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es dadurch keineswegs einfacher wird, weil sich dann unsere verschiedenen Nachbarn bedroht fühlen mögen.

Eine wichtige Voraussetzung für eine Lösung der deutschen Frage scheint mir deshalb zu sein, Unterstützung durch die Alliierten, durch Neutrale und durch die Dritte Welt zu finden; zumindest in jenen Ländern der Dritten Welt, die zu unseren Kriegsgegnern gezählt haben. Den Hinweis von Herrn Schulz auf einen möglichen Friedensvertrag, bei dem dann solche Länder mitzureden wünschen, darf man nicht unbeachtet lassen.

Was können wir selbst dazu tun, um Irritationen, vor allem auch bei unseren Freunden, nicht aufkommen zu lassen? Ich meine, es ist an der Zeit, daß wir nicht nur nach einem neuen Konzept für unser Bündnis in den 80er und 90er Jahren suchen, sondern uns auch Gedanken über ein eigenes Deutschlandkonzept machen. Und da fällt manchem im Augenblick nichts weiter ein, als das, was schon seit 1949 gepredigt wird: "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit." Das klingt zwar sehr schön, ist aber vollkommen unreal.

Nun können wir von anderen Regierungen natürlich keine Aktivitäten erwarten, solange wir selbst nicht mehr tun, als die Folgen der Teilung zu mildern. Das, was in dieser Richtung geschieht, ist politisch sicher sinnvoll, aber es ist eben nur ein Anfang. Wir können unsere Verbündeten nur dazu bringen, sich aktiv in die Deutschlandpolitik einzuschalten, wenn wir selbst in der Lage sind zu artikulieren, was wir uns eigentlich unter einer Lösung der deutschen Frage vorstellen. Erst dann können wir sie auffordern, sich zu engagieren und vielleicht auch ihre eigenen nationalen Interessen zu realisieren.

Wenn ich etwa an die Vereinigten Staaten denke, so bin ich gar nicht so pessimistisch, daß wir nicht in der Lage sein sollten, auch dort wieder Interesse für die deutsche Frage zu wecken. Vielleicht sind die Voraussetzungen hierfür unter der Reagan-Administration nicht so günstig. In einem Zeitraum von zehn oder fünfzehn Jahren halte ich es aber für durchaus möglich, die USA in einer Weise zu motivieren, daß es in ihrem nationalen Interesse liegen könnte, wenn nicht nur die deutsche Teilung gemildert wird, sondern eine grundlegende Veränderung der politischen Landschaft in Mitteleuropa stattfindet.

Sie erinnern sich alle gewiß an die unglückliche Hallstein-Doktrin, die eine Zeitlang ganz wirkungsvoll gewesen ist. Vielleicht kann man heute kühn fragen: Warum versuchen wir es nicht einmal mit einer Wiedervereinigungs- oder Vereinigungs-Doktrin, um in der internationalen Gemeinschaft für unser Anliegen zu werben? Aufgrund meiner Erfahrungen bei den Vereinten Nationen muß ich allerdings vor übermäßigem Optimismus warnen. Das Interesse an Deutschland ist in der Welt gering. Es ist schon bei unseren Verbündeten, was die Frage der Wiedervereinigung oder der Vereinigung angeht, fast gleich Null. Weiter draußen versteht man es noch weniger. Hier bedarf es einer langfristigen Aufklärungskampagne, aber die hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir ein überzeugendes und praktikables Deutschlandkonzept anbieten können.

## Rudolph

Drei Bemerkungen zu der bisherigen Diskussion kann ich nicht unterdrücken. Die erste bezieht sich auf die Irritationen, die im Ausland bezüglich unserer deutschlandpolitischen beziehungsweise nationalen Vorstellungen bestehen. Wer sich kritisch mit diesem Thema beschäftigt, weiß, daß das deutschlandpolitische Engagement in der Bundesrepublik sehr viel geringer ist, als es das Bundesverfassungsgericht erlaubt. Das nimmt uns aber außerhalb von Deutschland niemand ab. Wir haben - wie Herr Löwenthal richtig gesagt hat - die Sonderwegvorstellungen in den letzten 30 Jahren in einer Weise aufgegeben, die schon anormal und fast verfassungswidrig ist. Das kann sich keiner vorstellen, der die vorangegangenen Erfahrungen nicht am eigenen Leibe gemacht hat.

Deshalb sind wir immer in der Gefahr, daß von außen auf uns Bilder von Nation und Nationalbewußtsein projiziert werden, die bei uns selbst gar keine Basis mehr haben können, die aber in anderen Ländern ganz selbstverständlich sind. Damit, fürchte ich, werden wir auch in Zukunft leben müssen. Man kann versuchen, das zu erklären, aber es wird nicht viel ändern.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Ausführungen, die Herr von Weizsäcker zum Geschichtsbild in der DDR gemacht hat. Ich sehe mit einer gewissen Rührung, wie uns jetzt das Geschichtsbild in der DDR plötzlich quasi als Modell vorgestellt wird. Herr Gaus hat drüben ja auch die besseren Deutschen entdeckt. Langsam gerät die DDR so in die Position eines sozusagen erhaltenen Deutschlands, das für uns - so seltsam das ist - eine Art Vorbildcharakter bekommt. Dabei handelt es sich um die Beobachtung von Erscheinungen, die sich nur wegen der besonderen Umstände und zumeist trotz bestimmter Entwicklungen erhalten haben. Was zum Beispiel das Geschichtsbewußtsein in der DDR angeht, so ist das Interesse daran nur zu verstehen innerhalb eines ganzen Bündels von Problemen, Zwangslagen, Stagnationen und insbesondere im Rahmen eines grundsätzlich instabilen Verhältnisses von Bevölkerung und Staat.

Dieser Staat ist doch - darüber hat es bei dem größten Teil seiner Bewohner eigentlich nie Zweifel gegeben - gegen die Hauptlinien der deutschen Geschichte entstanden, und das ist ihm auch immer angekreidet worden. Er hat nun die Chance, und die versucht er zu ergreifen, dieses Bild ein wenig zu korrigieren und damit auch bestimmte strukturelle, politische, staatliche Unsicherheitslagen, die er qua System hat, zu kompensieren. Das Arrangement, das sich da aus dem Interesse der Bevölkerung an der deutschen Geschichte und der Inanspruchnahme dieser Geschichte durch den Staat selbst ergeben hat, kann man sich gar nicht kompliziert genug vorstellen. Es ist völlig ungeeignet für die Behauptung, da habe sich gleichsam ein "ordentliches", noch nicht überproblematisiertes Geschichtsbild erhalten.

Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf Herrn Weidenfeld, der beklagt hat, daß unsere deutschlandpolitische Konzeption zu ungenau wäre, womit möglicherweise verschiedene Probleme, die wir hier erörtern, zusammenhängen. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist. Ich bin der Ansicht, daß man die deutschlandpolitische Konzeption nicht präziser bestimmen kann, als sie in den letzten Jahren bestimmt worden ist.

Seit etwa fünfzehn Jahren besteht in der Bundesrepublik durchaus ein breiter deutschlandpolitischer Konsens. Bundeskanzler Schmidt hat dafür 1979 in seinem Bericht zur Lage der Nation die mir besonders eindrucksvolle Formel gefunden, als er sagte: Nur bei lang andauerndem Frieden ist Einheit möglich. Zu deutsch: Da bewegt sich nur schrittweise etwas; da kann man keine grundsätzlichen Änderungen erwarten; da muß man vieles in Kauf nehmen. Man muß die Teilung zunächst akzeptieren, und nur in einem langen, sehr mühsamen Prozeß läßt sich dann daran etwas im Sinne der ursprünglichen Intention der Bundesrepublik ändern.

Die neue Bundesregierung hat dieses Konzept weitgehend übernommen; denn es gibt dazu kaum eine Alternative. Dieses Konzept hat nur den Nachteil, daß es sehr schwierig ist; es verlangt, Spannungen auszuhalten, die schwer auszuhalten sind, und es ermöglicht kaum, Ziele anzusteuern, die mit einigem Pathos zu vertreten sind. Es ist auch schwer zu "verkaufen", also an die Leute heranzubringen. Dies sind die Gründe, warum sich in den letzten Jahren eine Entwicklung geltend gemacht hat, die unmittelbar auf nationale Forderungen ausgeht.

Ich weiß nicht, ob sich damit wirklich die nationale Frage neu stellt. Was sich hier zeigt - darauf wurde mehrfach verwiesen; -, ist eher ein kulturelles Faktum; es hat weit mehr mit den westeuropäischen Regionalismen, mit Heimatbewegungen, mit gewissen Irrationalitäten und kulturkritischen Tendenzen zu tun als mit dem Begriff Nation. Es ist, wenn man es auf den Begriff bringen will, ein "Nationalismus ohne Nation", das heißt, ein Nationalismus ohne den Blick auf die reale Lage der Nation und das, was da möglich ist.

Und darin sehe ich nun eine erhebliche Gefahr. Nicht so sehr die Gefahr der alten deutschen Unsicherheiten - das ist mehr ein Thema für die Historie und für das Bildungsbewußtsein. Was ich vielmehr befürchte, ist, daß wir jene Prozesse wieder verlernen, die wir in den letzten fünfzehn Jahren mühsam gelernt haben. Zum Beispiel, daß Bewegung im deutsch-deutschen Feld nur bei Respektierung der Teilung möglich ist; daß eine solche Politik nur schrittweise vorgehen kann - eben das, was ich für den Inhalt des deutschlandpolitischen Konsensus zu umreißen versuchte.

Das Problematische an der neu gestellten nationalen Frage ist, daß diese Dinge, die wir mühsam gelernt haben, mit einer fast unvorstellbaren Leichtfertigkeit zur Seite geschoben werden. Herr von Weizsäcker, Sie hatten das Buch "Die deutsche Einheit kommt bestimmt" auch schon in einer Bundestagsdebatte erwähnt - wenn ich mich recht erinnere, mit einem anerkennenden Unterton.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich hatte es nicht anerkennend gemeint.

### **Rudolph**

Es ist ein katastrophales Buch, weil es sämtliche Erfahrungen, die die Deutschen in den letzten zwanzig, dreißig Jahren mit der deutschen Frage gemacht haben, völlig zur Seite schiebt - mit Bekenntnissen, die ja immer etwas Schönes sind, ohne das geringste politische Kalkül oder, wenn es schon eines ist, mit einem Kalkül, das für die Deutschen fatale Folgen haben müßte.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Dieses Buch hat keine Wirkung.

### **Stürmer**

60000 Exemplare wurden in wenigen Wochen verkauft.

### **Rudolph**

Ich glaube schon, daß so etwas Wirkung hat.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich habe es erwähnt als eine Sache, die mit großem Aufwand in die deutsche Öffentlichkeit hineingepumpt worden ist. Nach zwölf oder achtzehn Monaten ist davon nichts übriggeblieben.

### **Rudolph**

Das wollen wir hoffen.

Ich habe hier eine Meldung, die vor zwei Tagen in der FAZ erschienen ist, über eine Veranstaltung des katholischen Kartellverbandes in Bonn - also mit Sicherheit kein linker Verein;- , der in einem Wochenendseminar über das Nationale diskutiert hat. Da steht sehr plastisch: "Hier gab es kein Abwägen politischer Konzepte und Strategien. Das, was schlechterdings als Deutschlandpolitik gilt, war ganz außerhalb allen Redens und Denkens, es kreiste vielmehr um Fragen, wie die nach der Identität der Deutschen als Deutsche. Worüber man sprach, das waren Fragen wie die nach der Nation als Voraussetzung politischer Kultur und individueller Selbstverwirklichung, Fragen zur Interdependenz und zur Nation als Voraussetzung bewußter Freiheit. Kurz, es ging darum, die Nation als Fixpunkt des eigenen Denkens neu zu vermessen. Es war jene Art unpolitischer Ereignisse, die, wenn sie tief genug greifen, die Politik wirklich verändern - über das Bewußtsein."

Dies mag ein Einzelfall sein. Aber ich weiß nicht, ob es nicht eine ganze Menge von solchen Seminaren gibt und ob sich in dieser Richtung nicht auch sehr vieles anbietet. Man kann bei solchen Gelegenheiten absehen von all den sehr schwierigen, trockenen deutschlandpolitischen Abwägungen und schlicht und einfach das Gefühl schießen lassen. Man kann das Erlebnis suchen, und man kann sich damit eine kurzschlüssige Identitätserfahrung verschaffen, die eine ungeheure Faszination zu haben scheint. Dies halte ich schon für ein ernst zu nehmendes Phänomen.

Man sollte in einer deutschlandpolitischen Debatte nicht von solchen Phänomenen absehen. Vielmehr sollte man sich fragen, inwieweit diese Phänomene eingebunden werden können oder abgewehrt werden müssen. Sonst besteht die Gefahr, daß wir die Diskussion auf einer Ebene führen, auf der

man sich gut einig sein kann, während die Ebene, auf der möglicherweise auf die Dauer über Stabilität oder Instabilität entschieden wird, außer acht bleibt.

### **Stürmer**

Ich kann die Befürchtungen von Herrn Rudolph nur bestätigen. Man wird heute in Leitartikeln bedeutender bundesdeutscher Zeitungen scharf angegriffen, wenn man nur davon spricht, daß die Gründung des Deutschen Reiches 1871 das alte europäische Gleichgewicht massiv gestört habe und daß noch der Ausbruch des Ersten Weltkrieges etwas mit dieser Störung zu tun hatte. Dabei hat eigentlich niemand einen Ausweg gewußt, denn bei genauem Hinsehen zeigt sich, daß nicht so sehr falsche Politik das Problem war, sondern Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsdynamik, Weltpolitik. Wer an die Schwierigkeiten Europas mit Deutschland erinnert und an ihre Gründe, muß dann hören, das seien kleinmütige, defätistische Argumente; im Grunde müsse man nur wollen. Mit dem richtigen Willen werde man in der Deutschlandpolitik auch Erfolg haben.

Diese Argumente sind töricht und widersprechen allem, was die Deutschen in einem mühsamen Prozeß seit den Anfängen Adenauers gelernt haben. Solche Anwürfe kommen nicht von den Grünen, sondern aus ganz anderer Richtung. Da finden große Veranstaltungen statt, wo man wohlfeile Thesen vernehmen kann über die deutsche Einheit mit moralischen Imperativen, die der politischen Vernunft spotten.

Was Sie, Herr Löwenthal, unlängst im "Merkur" über den Genius Europas, über das Besondere Europas geschrieben haben, halte ich für sehr richtig. Wenn die nationalen Untertöne, jene unbewußt nationale Konterbande der Friedensbewegung, diese Melodie hätten, wäre ich nicht beunruhigt. Dann würde ich sagen: Das muß so sein, das ist die Richtung, in die wir gehen müssen. Wir brauchen in der Tat eine europäische Zielrichtung, und darin müssen wir eine deutsche Identität unterbringen. Aber ich fürchte, dahin laufen die Dinge nicht.

Ich greife noch einmal auf, was Herr Altmann ausgeführt hat, nämlich die Kulturkrise um 1900, die ja lehrreich ist. Die Unregierbarkeit, die Komplexität, das Gefühl, diese Industriegesellschaft habe kein richtiges Ziel, dies alles zeigt sich schon um 1900 - alle Entwicklungen der Weimarer Zeit werden da eingeleitet und vorweggenommen, mit Ausnahme von Kommunismus und Nationalsozialismus. Alle Kulturentwicklungen der Weimarer Epoche sind um 1900 im Ansatz vorhanden und vor 1914 entfaltet.

Um diese Zeit fand, wie Sie wissen, der Burenkrieg statt, der den Deutschen ein Identitätserlebnis verschaffte, das sich gegen England richtete. Das bis dahin vielbewunderte England wurde jetzt das vielgehaßte England: moralisch minderwertig und gleichzeitig so maßlos überlegen. Der Kaiser hätte vielleicht sein ganzes Preußen für eine englische Admiralsuniform eingetauscht, wenn er dafür wenigstens ein englisches Schiff hätte kommandieren dürfen. Die deutsche Marine sehnte nichts mehr herbei, als von den Briten einmal wirklich anerkannt zu werden. Die ganze irrwitzige Tirpitz-Politik war im Grunde, sozialpsychologisch gesprochen, ein einziger Versuch, mit England von gleich zu gleich ins Gespräch zu kommen.

### **Löwenthal**

Wie die Russen mit den Amerikanern.

### **Stürmer**

Durchaus. Was sich vordergründig als eine wilde Englandfeindlichkeit darstellt, ist hintergründig etwas viel Komplexeres: eine Mischung aus Verehrung und Liebe, Haß und Neid. Solche sozialpsychologischen Komplexe lassen sich - wenn man die Biographie des Admirals Tirpitz ansieht - deutlich feststellen. Irgendwann setzt sich das in große Politik um.

Ich behaupte nun nicht, daß wir heute gewissermaßen wieder dabei sind, eine Flotte zu bauen und die Welt in die Schranken zu fordern. Ich weise nur darauf hin, wie sich solche Komplexe entwickeln. Irgendwann werden sie manifest, und dann ist es zu spät, sie an die Leine zu nehmen.

Die deutsche Frage muß man von außen und von innen betrachten. Von außen handelt es sich von jeher um die Frage, wem Deutschland gehört, und zwar seit mehreren hundert Jahren, zum ersten Mal verfassungsmäßig formuliert im Frieden von Münster und Osnabrück, 1648. Ein Land, das so in der Mitte Europas liegt, kann für seine Nachbarn nur ein Schachbrett sein, mit all der Machtentwicklung, die sich auf Schachbrettern gewöhnlich abspielt.

### **Löwenthal**

Im gleichen Sinne, wie es eine orientalische Frage gab.

## **Stürmer**

So ist es.

Von innen, von den Deutschen selbst her betrachtet, ist es der Versuch, von Schachfiguren zu Mitspielern zu werden. Das mußte nicht unbedingt und von vornherein Nationalstaat heißen, aber es mußte sich ein Machtstaat bilden. Das Alte Reich konnte das niemals leisten. Im 18. Jahrhundert kam der Kampf Habsburg gegen Preußen; das Unglück war, daß dieser Kampf die Machtprojektion der Nachbarn verstärkte, statt sie aus Deutschland herauszudrängen. Das wurde 1815 auf dem Wiener Kongreß noch einmal bestätigt. Erst mit der Reichsgründung, als die anderen Staaten mit eigenen Problemen beschäftigt waren, kam es zu einer eng begrenzten nationalstaatlichen Lösung. Bismarck hat versucht, sie zu stabilisieren auf Kosten der innenpolitischen Bewegung und Entwicklung, außenpolitisch durch Simulierung des Wiener Systems. Mehr als Simulierung war es nicht. Das "System" war immer nur Fragment.

Die deutsche Frage hat also immer diesen doppelten Aspekt. Nach innen ist sie die deutsche Verfassungsfrage, und nach außen geht es darum, wem Deutschland gehört, und zwar im Sinne von: Wer kontrolliert die Machtachsen, die durch Deutschland gehen?

Die deutsche Frage ist nie so weit gelöst worden, daß wir auf längere Zeit einen Zustand erreicht hätten, der den Deutschen als dauerhaft erschienen wäre. Über die Bismarcksche Reichsgründung wollte man bereits nach 20 Jahren hinausgehen. Seitdem hat es keine Situation mehr gegeben - selbst nicht zur Zeit der Weimarer Verfassungsgebung;-, in der man den Zustand Deutschlands so akzeptierte, wie er war. Was die Deutschen der zwanziger Jahre, von Thälmann bis Hitler, vereint hat, war der Widerstand gegen Versailles. Nur die USPD bildete da eine Ausnahme.

Es hat auf die deutsche Frage noch nie eine dauerhafte eigene deutsche Antwort gegeben, und es wird auch in Zukunft keine geben. Es sind nur Lösungen denkbar, die in Europa und mit Europa formuliert werden. Das scheint heute der aufgeklärte französische Interessenstandpunkt zu sein. Man will nicht, daß sich die deutsche Frage wieder verselbständigt und noch einmal allein in die Hände der Deutschen gerät. Das liegt nicht im europäischen Interesse, auch nicht der Osteuropäer.

Dies ist in der amtlichen deutschen Politik seit vielen Jahren erkannt. Es wundert mich, daß immer noch behauptet wird, Adenauers Politik sei auf die Wiedervereinigung ausgerichtet gewesen. Das war nie der Fall. In unserer Verfassung ist nicht von Wiedervereinigung die Rede. Es heißt dort: "die deutsche Einheit zu vollenden"; eine wohlweislich offene Formulierung. Es gibt auch in den jüngeren Berichten zur Lage der Nation und in den Regierungserklärungen keinen Hinweis darauf, daß man die Wiedervereinigung politisch operativ als Nahziel anstrebt. Man will die Überwindung der Teilung - und das ist in der Tat etwas anderes. Man will auch auf das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht verzichten, auf das ein demokratischer Staat ohnehin nicht verzichten kann, wenn er nicht sein Fundament zerstören will.

Wenn Herr Altmann den Begriff der Janusköpfigkeit für die deutsche Politik gebrauchte, würde ich das so interpretieren: Nation und Staat sind in der deutschen Geschichte mehr im Konflikt und voneinander abgehoben, als das bei anderen Völkern der Fall ist, mit denen wir uns gern vergleichen. Frankreich ist - geographisch gesehen - das Hexagon, das in der europäischen Geschichte seit mehreren hundert Jahren mehr oder weniger akzeptiert ist. Es kann geschehen, was will: Ein Empire kommt, bricht zusammen, und dennoch bleibt das Hexagon erhalten. Und England ist in dieser Hinsicht von der Natur, von der Geographie begünstigt worden.

Bei uns dagegen stehen Nation und Staat immer in einem Ungewissen Verhältnis. Wenn unsere Partner mit uns Verträge schließen, wissen sie nie genau, mit wem sie eigentlich diese Verträge und für welchen Zeitraum sie schließen. Im Hintergrund der gegenwärtigen "incertitudes allemandes" steht doch die Frage: Was ist mit den Deutschen Vertragsgrundlage? Wenn wir heute in Europa weiterkommen wollen, und das ist unerlässlich, dann müssen wir diese Vertragsgrundlage bestätigen und entwickeln. Wer sie in Frage stellt, schadet Europa.

Da ist einerseits der Staat Bundesrepublik, und da ist andererseits das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Adenauer war offenbar 1958 bereit, hier praktische operative Lösungen zu schaffen und sogar bis zu dem entscheidenden Punkt zu gehen, nämlich ein vermindertes Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR in Kauf zu nehmen. Die Bundesrepublik mußte Teil des Westens bleiben, das stand für Adenauer nie in Frage, und die DDR sollte - im Gegenzug zur Anerkennung aller Kriegs- und Nachkriegsgewinne der Sowjetunion - eine Österreich-Lösung erreichen dürfen.

Ich verstehe also nicht, wie man heute behaupten kann, die deutsche Politik sei immer noch auf die Wiedervereinigungsformel festgelegt. Sie ist es nicht; sie ist eigentlich viel aufgeklärter.

### Ehmke

... als sie sich gibt.

### Stürmer

... als manche Vertreter dieser Politik sich unter verschiedenen Regierungen manchmal geben.

### Ehmke

Wir sprechen über Kultur in Deutschland zwischen Ost und West. Herr Stürmer hat eben gesagt, im Kulturkonflikt um 1900 waren schon alle Faktoren vorhanden, außer Kommunismus und Faschismus natürlich. Das Thema Kulturkonflikt hat sich keineswegs, wie Herr Löwenthal meint, erledigt. Unter Studenten und in der Friedensbewegung ist dieses Thema aktuell. Es gibt dazu auch eine "Literatur", die einem die Haare zu Berge stehen lassen kann.

Diese kulturelle Frage, die jetzt wieder hochkommt: Wer sind wir, und wo gehören wir hin, und wir lassen uns nicht von den Amerikanern vereinnahmen, ist ideologisch überlagert. Herr Weidenfeld hat vorhin gesagt, die normativen Ausgangspositionen in unserer Gesellschaft haben sich verändert. Freiheit bei uns und Unfreiheit drüben, über diesen Leisten ließen sich die Dinge nicht mehr schlagen. Daran ist sicher etwas Richtiges. Nicht auf der kulturellen Ebene, sondern auf der ihr benachbarten ideologischen Ebene haben wir die Sorge etwa bei den Franzosen, aber auch bei anderen Völkern. Karl Kaiser hat große Probleme, sehr viel mehr als ich, mit unserer gemeinsamen Partei. Die Sorge ist, ob nicht die Entspannungspolitik dazu führt, daß die Deutschen ihre Verankerung jetzt nicht in der westlichen Kultur, sondern politisch im freien Westen wieder aufgeben. Es ist die große Angst der Franzosen, ob die Deutschen aufgrund ihrer eigenen Interessen wieder ein Wanderer zwischen zwei Welten werden könnten. Insofern Janusköpfigkeit.

Da wird dann als Beispiel genannt: Ihr führt das Gespräch in der DDR in einer Weise - nicht nur die Sozis, sondern auch der Weizsäcker und der Strauß;-, als ob Euch ideologisch gar nichts mehr trennte. Man sagt natürlich schon, daß da ideologische Unterschiede bestehen, aber die Auseinandersetzung zwischen dem sogenannten real existierenden Sozialismus und dem Sozialismus, den wir für den richtigen halten, ist so gut wie verschwunden.

Da ist sicher etwas dran, das man nicht einfach vernachlässigen darf. Das gilt auch umgekehrt: Früher hatte die DDR noch Angst vor einem Gesprächsaustausch, weil sie meinte, dann komme der "Sozialdemokratismus". Inzwischen haben sie in der Hinsicht offenbar keine Befürchtungen mehr.

Aber auch die Sorge vor den christdemokratischen Einflüssen ist geringer geworden. Sie geben sich drüben erstaunlich selbstbewußt. Dieses Abflachen des ideologischen Konflikts hatten Sie wohl gemeint, Herr Weidenfeld, als Sie sagten, Freiheit und Unfreiheit spielten normativ nicht mehr die unbedingte Rolle. Das heißt aber nicht, daß hier jemand die Freiheit aufgeben will.

Wir müssen vielmehr sehen, daß der Kommunismus sowjetischer Prägung als Ideologie auf den Hund gekommen ist. Es gibt doch kaum noch jemand auf der Welt, der ideologisch an die Moskowiter glaubt. In den Entwicklungsländern glauben viele an die Chinesen, weil die ihr Ernährungsproblem gelöst haben. In der Dritten Welt sah es für die Sowjets nach Afghanistan ganz schlecht aus. Vielleicht ändert sich das wieder, wenn die Amerikaner weitere Gelegenheiten suchen wie im Fall Grenada, "to make the world safe for democracy". In Europa sind die kommunistischen Parteien alle mehr oder weniger - mit Ausnahme der französischen Kommunisten - von Moskau abgefallen. Der Eurokommunismus ist zwar abgeebbt, aber die Parteien, die er zurückgelassen hat, sind nicht mehr auf Moskau ausgerichtet.

In der DDR spielt die Ideologie in der Diskussion mit uns eine erstaunlich geringe Rolle. Und in der Sowjetunion wundert man sich gelegentlich über den Zynismus der Funktionäre, die man als junge Leute als begeisterte Kommunisten kennengelernt hat, wenn man hört, wie die sich heute verhalten.

Da hätte ich gern gewußt: Ist nicht die Tatsache, daß Moskau seine ideologische Ausstrahlung verloren hat, mit ein Grund dafür, daß sich die Einstellung auch in den sozialistischen Ländern ändert? Ist es nicht sogar möglich, daß die Sowjetunion die deutsche Frage gar nicht mehr ideologisch, sondern nur noch rein machtpolitisch sieht? Das heißt, wenn man die Sowjets davon überzeugen könnte, daß sie so, wie sie es bis jetzt machen, ihr europäisches Glacis nicht halten werden, das sie mit so vielen Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg erobert haben, dann sehe ich es nicht für



ausgeschlossen an, daß wir eines Tages mit der Sowjetunion auch über eine europäische Friedensordnung reden können.

Ich meine also, daß der Bedeutungsverlust der kommunistischen Ideologie mehr Entspannungspolitik möglich macht, als wir sie heute praktizieren. Aber ich hätte gern noch etwas gehört zu dem Verhältnis von Kultur und Ideologie und zu den Wirkungsfaktoren für den Abbau des ideologischen Gegensatzes. Dabei muß allerdings festgehalten werden, daß sich die Systeme des real existierenden Sozialismus bisher noch nicht oder nur wenig geändert haben.

### **Engert**

Ich sehe im Jahr 1980 ein entscheidendes Datum für das Verhältnis der DDR sowohl zur östlichen Führungsmacht Sowjetunion als auch zu den osteuropäischen Staaten. Und zwar hat die DDR mit den polnischen Turbulenzen einen enormen Prestigezuwachs erfahren. Sie ist heute der Transmissionsriemen für die Sowjetunion in der Westpolitik, was vorher Polen gewesen ist. Damit hat sich die Situation für die DDR erheblich gewandelt. Die DDR ist all die Jahre der unter dog im Ostblock gewesen. Sie wurde zwar ökonomisch akzeptiert, politisch aber als ein Nonvaleur betrachtet. Der jetzige Wandel bedeutet eine Stärkung der Position sowohl des Generalsekretärs der SED wie auch der DDR insgesamt. Die DDR versucht, diesen Vorteil heute sehr geschickt auszunutzen, indem sie sich in der Westpolitik entsprechend der Vorgaben der Sowjetunion bewegt, sich aber zugleich bemüht, unterhalb dieser Einbindung eigene Interessen zu transportieren.

In diesem Zusammenhang muß auch eine qualitative Veränderung in der DDR erwähnt werden; es hat - und es findet noch - ein Generationenwechsel stattgefunden. Und der geht mit neuen Denk- und Verhaltensweisen einher. Was bislang in der DDR völlig undenkbar war, erleben wir jetzt zum ersten Mal, nämlich die Bereitschaft einer jüngeren Generation, im Unterschied zu den Altvorderen nicht mehr mit gebücktem Gang oder gebrochenem Rückgrat aufzutreten, sondern sich auch gegenüber der eigenen Staatsmacht zu exponieren, obwohl damit existentielle Gefährdungen verbunden sind.

Herr von Weizsäcker hat davon gesprochen, daß zwischen Führung und Bevölkerung in der DDR Anzeichen einer Annäherung erkennbar sind. Das ist unter anderem dadurch verursacht - und es hat auch etwas mit dem Generationenwechsel zu tun;-; daß die Führung auf eine eigene DDR-Identität aus ist und sie zu diesem Zweck unbefangener denn je auf die deutsche Geschichte und Kultur zurückgreift.

Seit 1945 besteht bei der Bevölkerung im östlichen Teil Deutschlands eine kulturelle Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion. Das wird an vielen Dingen deutlich, etwa am Sprachunterricht. Der Russischunterricht ist von der Grundschule an obligatorisch. Aber er gerät bei den meisten sofort wieder in Vergessenheit, wenn sie Schule oder Universität verlassen haben. Die Abneigung bei der jüngeren Generation reicht bis hinein in die kulturellen Traditionen Rußlands und schließt Dostojewski und Tolstoi ein. Etwas ähnliches vollzieht sich ja heute auch in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Amerika, und zwar nicht nur im politischen, sondern auch im kulturellen Bereich.

Bei der Führung der DDR, gerade bei jüngeren Funktionären, wird das Sosein und Eigensein heute viel stärker betont. Das betrifft vor allem die Generation der 35- bis 40jährigen, die über alle ideologischen Verknüpfungen mit der Sowjetunion hinweg ihre Eigenständigkeit betonen. Angesichts des Wandels, den die DDR innerhalb des Ostblocks im Hinblick auf ihre politische Position erlebt, stellt sich dort auch überall die deutsche Frage neu.

Das zeigt sich zum Beispiel in Polen, wo man ständig gefragt wird, auch die Führung redet darüber, welche politischen Implikationen die gewachsene Bedeutung der DDR für die Zukunft hat. Man hat dafür keine Antwort, aber die Frage wird gestellt.

Die Sowjetunion hat angesichts der polnischen Rebellion 1980 zwei Dinge nicht getan, die die Führungen in Osteuropa und vor allem in der DDR erwartet hatten: Die Sowjetunion ist nicht in Polen einmarschiert, und sie hat ihren wirtschaftlichen Schutzschirm nicht so groß aufgespannt, wie es allgemein erwartet wurde. Diese Erfahrung wird langfristig dazu führen, daß sich innerhalb des Ostblocks die Einstellung zur großen Führungsmacht ändert, was, sicher nicht von heute auf morgen, politische Wirkungen haben wird.

### **Stone**

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Franzosen, Engländer, auch meine eigenen Landsleute oder Besucher aus der Sowjetunion - der letzte war vor 48 Stunden da - mir die Frage stellen: Was geht eigentlich bei den Deutschen vor? Was treiben sie? Was haben sie im Sinn? Diese Leute wollen keineswegs nur über Raketen sprechen.

Ich bin nun der Meinung, daß man den Ausländern von Seiten der Deutschen all diese komplizierten Argumente, was geschieht und was nicht, was es mit der Geschichte auf sich hat, immer wieder erklären sollte. Ich würde anfangen mit Richard von Weizsäckers Statement, daß die deutsche Teilung nicht das letzte Kapitel der deutschen Geschichte ist. Und dann müßte man die deutsche Frage in all ihrer Komplexität darstellen. Sie müssen mehr mit den Leuten darüber sprechen, sonst entsteht bei denen der Eindruck, die Deutschen seien nicht offen und ehrlich zu ihnen.

Dabei geht es nicht um ein geschlossenes Konzept. Ich halte es aber in der nächsten Zeit für sehr wichtig, daß die Deutschen mehr mit ihren Nachbarn reden; denn alle Welt interessiert sich dafür, was in Deutschland vorgeht.

### **Kaiser**

Wir sollten allmählich zu der Frage überleiten, wie Ansätze zur Deutschlandpolitik unter den gegebenen Bedingungen, unter denen wir Politik treiben können, möglich sind. In der Tat ist richtig, was Herr Stone sagt, daß wir uns besser erklären müssen, sonst werden wir von unseren Nachbarn und insbesondere von unseren Freunden mißverstanden.

### **Weidenfeld**

In der Deutschlandpolitik stehen wir vor der Frage: Was macht man, wenn politische Ziele auf absehbare Zeit nicht realisierbar sind? Das geht uns ja nicht nur in diesem Problemfeld so, sondern das ist im politischen Alltag bei einer Fülle von weiteren Fragestellungen ähnlich. Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Zum einen kann man versuchen, die politischen Konstellationen so zu beeinflussen, daß sie auf Dauer zumindest ein Erreichen des Zieles nicht unmöglich machen, wahrscheinlich sogar für die Erreichung des Zieles förderlich sind. Zweitens kann man versuchen, das Ziel zum Gegenstand der öffentlichen Kommunikation zu machen, damit es nicht völlig in Vergessenheit gerät.

Insofern ist unsere bisherige Diskussion gar nicht so von der praktischen Politik abgehoben. Wir machen doch im politischen Alltag nichts anderes, als eine kontinuierliche Interpretation der Lage vorzunehmen. Das ist schon Politik. Politik besteht ja ganz wesentlich aus der Interpretation, der geistigen Zuordnung und kommunikativen Einordnung der vorgefundenen Faktoren.

So enthielt der letzte Beitrag von Herrn Stürmer im Blick auf die aktuelle publizistische Diskussion schon eine sehr brisante Überlegung. Ich stimme ihm zu, daß die Zentrierung der Diskussion auf den Wiedervereinigungsbegriff zweifellos eine Verkürzung der deutschlandpolitischen Ausgangslage war. Dies führt ja dann zwangsläufig zu dem irreführenden Rückschluß, alles, was wir deutschlandpolitisch bisher unternommen haben, sei gescheitert; denn schließlich haben wir ja die Wiedervereinigung nicht erreicht. Ein solches Urteil ist zweifellos falsch; die Deutschlandpolitik ist durchaus erfolgreicher gewesen, als es vor einem solchen Hintergrund erscheint. Man kann aber den Blick dafür nur schärfen, wenn man sich die gesamte Palette der deutschlandpolitischen Ziele vor Augen führt.

Vor diesem Hintergrund akzeptiere ich auch, was Herr von Weizsäcker zur Interpretation des Begriffs "Verantwortungsgemeinschaft" gesagt hat. Ich will aber noch einmal verdeutlichen, warum ich spontan meine mentale Reserve geäußert habe. Ich habe nämlich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Allgemeinbegriffen, die sich politisch nicht fest verankern lassen, sondern die relativ beliebig kulturell aufzuladen sind mit der Konsequenz, daß irgendwann der Begriff ein großes Gewicht erhält, indem sich andere seiner bedienen. Was tun wir, wenn bei dem Dominostein - um Ihr Bild aufzugreifen - nur die eine Seite immer wieder ihre Zahl ins Spiel bringt, während die anderen das mehr oder weniger unbeachtet lassen? Dann verändert das ganz wesentlich die deutschlandpolitische Lage in einem Sinn, den wir nicht wollen können. Dort liegt auch mein psychologischer Vorbehalt gegenüber diesem Begriff "Verantwortungsgemeinschaft", während mir das Konzept, das dahintersteht, durchaus plausibel erscheint.

Damit komme ich auf die Frage der Kultur, die Herr Löwenthal angesprochen hat. Wenn hier von Kultur die Rede ist, dann meine ich die Gesamtheit der subjektiven Dispositionen unserer Mitbürger. Während ich hier stärker die Veränderungen betont habe, hat Herr Löwenthal für mein Empfinden zu sehr die Normalität der Entwicklung unterstrichen, indem er sagte, es sei doch im Grunde alles so, wie es immer gewesen ist; wir sind nach wie vor westorientiert und so weiter. Das halte ich im Hinblick auf die subjektiven Dispositionen unserer Mitbürger für verharmlosend.

### **Löwenthal**

Ich habe gesagt, es habe in der jungen Generation erhebliche Veränderungen gegeben. Aber das sei nicht antiwestlich, sondern laufe parallel mit ähnlichen Veränderungen in anderen westlichen Ländern.

## Weidenfeld

Das ist der Punkt, auf den ich abheben will; insofern habe ich Sie nicht mißverstanden. Hier geht es um das, was sich im kulturellen Unterfutter unserer Gesellschaft tut. Ich will jetzt nicht auf vordergründige Dinge abheben, beispielsweise, was Meinungsumfragen zeigen, daß die Zustimmung zur Blockfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland wächst und vor allem in der jüngsten Vergangenheit deutlich angewachsen ist.

Meine Frage ist vielmehr: Was macht die Brisanz dieser kulturellen Veränderung aus? Sie liegt meiner Meinung nach darin, daß die Bedeutung unterschiedlicher Wertsysteme relativiert wird. In diesem Sinne würde ich meine Aussage von vorhin präzisieren. Ich sage nicht, ich wünsche, daß sich die Wertsysteme relativieren, sondern ich stelle nur fest, daß es sich so verhält.

Das hat eine Reihe von Ursachen, beispielsweise eine generell gewachsene Distanz der Menschen gegenüber Politik; eine Form geistigen Aussteigens aus der Kompliziertheit unserer Welt; Skepsis gegenüber Bindungen aller Art.

Ich möchte diese Tendenzen auch nicht unbedingt mit dem gleichsetzen, was sich bei unseren westlichen Nachbarn vollzieht, die ja nicht in der gleichen Tradition stehen wie wir. Denn das, was ich unter antiwestlichen Affekten subsumiere, hat nichts mit der Geographie zu tun, sondern mit diesem Traditionsstrom, den Richard Löwenthal in seinem Buch "Der romantische Rückfall" mit Recht als signifikant für die Protestbewegung der 60er Jahre dargestellt hat. Das geht weit über die Friedensbewegung oder ähnliches hinaus. Es hat etwas mit der normativen Verortung im Westen zu tun, und insofern hat diese Bewegung auch antiwestliche Züge.

## Altmann

Das Paradoxe an der Situation, die wir hier diskutieren, ist: Auf der einen Seite erleben wir einen verschärften Ost-West-Gegensatz, und auf der anderen Seite suchen wir innerhalb dieses verschärften Ost-West-Gegensatzes ein Entspannungsklima zwischen den beiden deutschen Staaten. Das hat es nicht einmal in den 60er, auch nicht in den 70er Jahren gegeben.

Ich will dazu einige unsystematische Bemerkungen machen. Es ist nicht die deutsche Frage, die sich stellt, sondern etwas ganz anderes: Der machtpolitische Kampf der beiden Weltmächte um Deutschland. Wenn es den Sowjets gelingt, die Bundesrepublik aus der West-Allianz herauszubrechen, sie zu neutralisieren, ist die europäische Politik erledigt. Das weiß die Sowjetunion, das wissen die USA, das fürchten die Franzosen, und zwar jenseits aller Ressentiments und allen Mißtrauens. Können wir Deutsche uns in dieser weltpolitischen Spannung und in der gefährdeten Lage Europas auf unsere nationalen Interessen konzentrieren?

Was die DDR betrifft, so meine ich, daß sie von Moskau den Auftrag hat, in dieser Lage die deutsche Karte zu spielen. Es ist nicht vorstellbar, daß Honecker seine Politik des human touch ohne einen klar definierten Moskauer Auftrag ausführt. Ich verkenne nicht, daß die DDR ebenso ein eigenes Interesse daran hat, wenngleich dies auch seinen Preis hat. So einfach ist das sicher nicht wegzuwischen, was jetzt in der DDR selbst an Veränderungen der Mentalität, dem Sichregen von Kritik und ähnlichem mehr vor sich geht.

Nun bin ich der Ansicht, daß die DDR diese Fragen nicht nur taktisch sieht, nicht nur als Erfüllung eines Auftrages begreift, um die Bundesrepublik in ihren Wurzeln in Westeuropa zu lockern. Die DDR blickt nach Westen; ihre jungen Funktionäre, ihre junge Generation blicken auf die Bundesrepublik als den modernsten Industriestaat Europas. Auch die anderen, die Polen und die Ungarn beispielsweise, blicken nach Westen, vor allem aus kulturellen, aber auch aus anderen Gründen. Auch bei ihnen steht die Bundesrepublik im Vordergrund des Interesses.

Das besondere Dilemma unserer deutschen Politik kehrt dann wieder, wenn wir glauben, in diesem großen Kampf zwischen Ost und West um Europa hätten die Deutschen die Chance, eine eigene Bewegung zu vollziehen. Ich weiß sehr wohl, daß es die Strategie des Bundeskanzlers Helmut Schmidt gewesen ist, die Entspannung in der Entspannung zu praktizieren, um die kleine Entspannung zu retten, wenn die große Entspannung scheitert. Aber dieses Konzept ist fragwürdig. Deshalb meine Skepsis, Herr von Weizsäcker.

In diesem Spiel ist die Bundesrepublik der einzige Staat in Westeuropa, der eine andere außenpolitische Option hat als die anderen Staaten. Das hat nichts mit unserem Nationalcharakter zu tun oder mit unserer Identität. Wenn die Deutschen wiedervereinigt sein wollen, dann gibt es nur eine Macht, die das gewähren kann, und dies ist die Sowjetunion. Das geht über die Chancen und Möglichkeiten eines Händedrucks mit der DDR hinaus.

Wir müssen wissen, daß unsere spekulativen Blicke nach Osten im Westen Befürchtungen auslösen. Das Wort "Ostpolitik" ist nicht nur ein Fremdwort in Amerika; es ist auch ein deutscher Mythos aus der Erinnerung an das preußisch-russische Bündnis, in der Weimarer Republik wiederbelebt, als zum Beispiel die deutsche Reichswehr in der Sowjetunion Übungen mit Panzern und Flugzeugen abhielt, die nach dem Versailler Vertrag verboten waren. Der deutsche Konservatismus hat immer eine Schwäche für den Osten gehabt, auch ein Mann wie Herbert Wehner. Jetzt haben wir zu dieser Tradition noch die Hypothek der deutschen Spaltung. Das ist mit Goodwill-Erklärungen nicht zu dementieren. Wir sollten uns hüten, uns in die Gefangenschaft unserer Geschichte zu begeben.

Wir sehen freilich gern in der Friedensbewegung die Formierung eines neuen politischen Bewußtseins. Darüber will ich nicht streiten, nur meinen Verdacht aussprechen, daß es sich dabei außenpolitisch eher um eine Regression handelt - neuer Wein in alten Schläuchen, wie man sagt.

### **Gräfin Dönhoff**

In der Tat ist es seltsam, Herr Altmann, daß es im großen Rahmen keine Entspannung gibt, während wir im deutsch-deutschen Verhältnis bestimmte Anzeichen oder Signale von Entspannung wahrnehmen. Ich sehe dies aber ausschließlich im Zusammenhang mit der drohenden Raketenstationierung. Zum ersten Mal werden Leserbriefe im "Rüde Právo" und im "Neuen Deutschland" veröffentlicht, in denen die Aufstellung von Raketen in der CSSR und in der DDR kritisiert wird. Diese Kritik darf geäußert werden, ist also erwünscht, sonst würden die Briefe ja nicht abgedruckt. Ich fürchte aber, in dem Moment, in dem auf beiden Seiten die Raketen aufgestellt sind, bleibt von dieser Öffnung nicht mehr viel übrig.

### **Ehmke**

Ich halte das, was Sie sagen, Herr Altmann, für eine Wiederbelebung deutscher Mythen im westlichen Gewände. Wo steht denn eigentlich, daß Weltgeschichte das ist, was die beiden Großmächte uns verordnen? Man hat den Eindruck, als seien Sie empört, daß sich Leute gegen die große weltgeschichtliche Bewegung dieser beiden phantastischen Supermächte wenden. Warum soll sich Europa nicht dagegen wehren, wenn die uns hier nuklearisieren wollen?

### **Altmann**

Ich wäre glücklich, wenn es mir gelänge, hier deutsche Mythen in westlichem Gewände zu präsentieren. Das wäre ein großer Erfolg für unsere kulturellen Bemühungen. Sie müssen aber klar sehen, daß nur die Deutschen diese Position beziehen. Keine europäische Regierung folgt diesem Kurs.

Was bedeutet es denn in einer solchen Situation, wenn einer unserer profiliertesten deutschen Politiker in der Frage der Ost-West-Beziehungen, Herr Strauß, ohne konkrete Garantien der DDR eine Milliarde Kredit gibt - und weitere Milliarden in Aussicht stellt? Was wollen wir denn damit bezwecken? Wir können doch nicht annehmen, wenn wir die DDR in dieser Weise bedenken, daß wir damit die sowjetische Politik beeinflussen können.

Der Punkt ist: Die DDR darf dieses Spiel spielen, und sie will es auch in ihrem eigenen Interesse spielen. Herr von Weizsäcker hat ja gesagt, es habe drüben Veränderungen gegeben. Wenn wir uns auf dieses Spiel einlassen, dann sollten wir zumindest wissen, daß dieses Spiel in einer solchen Spannung des Kampfes um Europa brisant ist. Würden die Deutschen jetzt ihre Position verändern, wäre ohne Zweifel die europäische Einigung perdu.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Das, was Sie jetzt beschrieben haben, Herr Altmann, nämlich daß wir die kleine Entspannung nicht retten können, wenn die große zu scheitern droht, daß das eine machtpolitische Auseinandersetzung ist und wir unsere machtpolitische Basis nicht vergessen dürfen, das empfinde ich gerade nicht als janusköpfig. Das sind in der Tat zwei Seiten einer Medaille, die man beide im Blick haben muß.

### **Holzer**

Wenn man sich in einer Mittellage befindet, wie Herr Stürmer sagt, dann muß man sich politisch nach allen Seiten hin orientieren. Wie man das dann bezeichnet, ist ziemlich gleichgültig. Die Tatsache, daß wir nach 1958 wieder über Ostpolitik geredet haben, hängt weniger mit der Reichswehr in der Weimarer Republik zusammen als mit der Tatsache, daß wir so lange einseitig Westpolitik betrieben haben. Ich war eigentlich immer der Meinung, daß Außenpolitik nach allen Seiten betrieben werden

muß. Die Mittellage verpflichtet uns geradezu zu dem, was Herr Altmann als Janusköpfigkeit beklagt hat.

In einem Punkt sind wir uns aber einig: Wenn man sich in einer solchen Mittellage befindet, muß man seine Grundpositionen klarer und präziser als alle anderen definieren. Und hier kritisiere ich unseren Mangel an Identität. Daß uns das schwerer fällt als den Franzosen oder den Engländern, ist ein historisches Faktum. Wir können dies beklagen, nur hilft uns das nichts. Es ist dann eine Frage der praktischen Politik- und nicht der historischen Theorie;- , nach innen wie nach außen klarzumachen, warum wir uns in unserer Mittellage so kompliziert verhalten müssen. Das muß sowohl der deutschen Öffentlichkeit als auch den Franzosen, den Russen und den Amerikanern deutlich gemacht werden, und zwar nicht nur durch Erklärungen, sondern durch unser tatsächliches Verhalten.

In einem Punkt stimme ich Herrn Stürmer zu. Auch mich bedrückt die Sorge, daß es auf unserem Wege, welchen auch immer wir gehen, Schneebretter gibt, die man losstreten kann. Ich bin da nicht so gelassen, wem man es überläßt zu definieren, wie unsere Identität auszusehen hat. Ich würde dies nicht Schwarmgeistern, weder von rechts noch von links, überlassen. Was Herr Rudolph angeschnitten hat: "Nationalismus ohne Nation", kann ganz gefährliche Konsequenzen haben, weil sich dann der Nationalismus eine angebliche Nation selber suchen könnte.

Eine letzte Bemerkung: Wenn sich jemand chauvinistische Töne oder auch nur Untertöne nicht erlauben darf, gerade wenn er sich für einen Patrioten hält - was immer das sein mag;- , dann sind es sicher die Deutschen. Da wir eine so besondere politische, geographische und historische Situation zu bewältigen haben, sollten wir uns kein Überlegenheitsgefühl gegenüber unseren Nachbarn erlauben. Darin sehe ich eine große Aufgabe von Politik und Diplomatie.

### **Altmann**

Worte wie Mitteleuropa und Mittellage mißfallen mir nach wie vor. Wie sollen wir dieses Mitteleuropa definieren? Es gibt Südeuropa, Westeuropa, Osteuropa - was heißt Mitteleuropa, wer gehört dazu? Die Tschechoslowakei, ein Teil von Polen? Im Mittelalter gab es kein Mitteleuropa.

Wir müssen doch sehen, daß es fast ausschließlich ein deutsches Interesse ist, sich als die Mitte Europas zu bezeichnen. Damit stimmen die anderen keineswegs alle überein.

### **Stürmer**

Wenn ich von Mittellage oder Mitteleuropa spreche, dann verbinde ich damit nicht ein Programm in dieser oder jener Richtung. Für mich ist das die nüchterne Feststellung einer geographischen und strategischen Tatsache.

### **Altmann**

Auch der Hinweis auf eine geographische Tatsache ist noch keine politische Definition.

### **Bondy**

Einem Ausländer wie mir steht es sicher zu, respektvoll und neugierig zuzuhören, wenn Deutsche die deutsche Frage zwar nicht lösen, aber doch gründlich erörtern. Die Zeit, da Deutschland vom Ausland seine Geschichte erklärt bekam und auch sonst belehrt wurde, ist vorbei; das soll auch so bleiben.

### **Löwenthal**

Wir wollen es nicht notwendig umkehren.

### **Bondy**

Bei allem, was ich hier über das Geschichtsbewußtsein der DDR mit Interesse gehört habe, fallen mir zwanzig Namen vortrefflicher bundesdeutscher Historiker ein, die die ältere, neuere und neueste deutsche Geschichte darstellen. Gibt es in der DDR eine entsprechende neue Historikerschule, und wenn nicht, ist dann Geschichte dort nicht eher etwas Versteinertes und Rituelles? Die Frage wäre immerhin zu stellen; ich kann sie nicht beantworten.

Die DDR hat in Osteuropa zweifellos an Stärke gewonnen. Sie stellt aber gegenüber den anderen Volksdemokratien in keiner Weise einen "Sonderweg" dar, auch wenn ihre Lage eine besondere ist. Die Sowjetunion hat seit dem Abfall Jugoslawiens und Albaniens, der sich damals aus der Furcht vor

einem stärkeren Amerika erklärte, keine Einbußen mehr erlitten. Sie hat aber ihre Mittel, um ihr Einflußgebiet zu wahren, außerordentlich verfeinert.

Man sieht immer nur, daß von Ungarn zur Tschechoslowakei bis zu Polen der Protest und die Erhebung immer mehr Menschen erfaßt hat. Man sieht aber nicht, daß die Sowjetunion noch Jugoslawien verloren hat, daß sie in Ungarn kämpfen mußte, daß sie in der Tschechoslowakei nur zu erscheinen brauchte und daß sie es in Polen mit einer polnischen Selbstbesetzung bewältigt hat. Die Lösungen haben sich also aus der Sicht Moskaus verbessert.

Wie immer wir uns um die Frage herumdrehen: Wandel durch Annäherung, Annäherung unter der Garantie, daß man gar keinen Wandel will oder was sonst - in jedem Fall: Sie sind, was sie waren. Und wenn sich bei den Völkern etwas verändert hat, so vermag Moskau das vorläufig völlig zu überdecken. So jedenfalls sieht es heute aus.

Gewandelt hat sich im Westen sehr viel mehr als im Osten. Alles, was ich von der DDR, ihrem Wandel und ihrer Bevölkerung höre, scheint mir, verglichen mit dem, was in der Bundesrepublik passiert, anekdotisch und nicht zentral. Von Chruschtschow über Breschnew bis zu Andropow und seinem baldigen Nachfolger hat sich das sowjetische System verfeinert - es gibt nicht mehr Millionen von harmlosen unpolitischen Verfolgten;- es ist subtiler geworden. Das System ist und bleibt totalitär, ein Begriff, den heute viele deutsche Politologen leugnen, und ohne den wir, glaube ich, nicht auskommen können.

Im Westen: Deutschland ist nicht mehr das Land der "Incertitudes allemandes", Titel eines Buches, das in den 30er Jahren in Frankreich erschien. Bei den Deutschen wurde ständige Unruhe konstatiert. Die Bundesrepublik ist jedoch seit über einem Drittel Jahrhundert lang das wirtschaftlich und politisch ruhigste und stabilste Land in Europa. So wie sich heute die Geschichte beschleunigt und die Erinnerung verkürzt, ist Deutschland für fast alle der Inbegriff von Stabilität und Ruhe und nicht der Unruhe, wie es das in früheren Jahrhunderten gewesen sein mag. Die Franzosen im 17. Jahrhundert sprachen von einer "crux geographorum" - sogar die Geographen verzweifelten daran, Deutschland zu definieren, wie denn erst die Historiker. Dieses Drittel Jahrhundert Stabilität hat aber die anderen Europäer mehr beeindruckt, es ist mehr in ihrem Bewußtsein als alles, was die Historiker uns von vergessenen früheren Jahrhunderten erzählen.

Es gab Dissens in Deutschland um 1950 im Streit Europa/Atlantisches Bündnis oder Priorität der deutschen Einheit, Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, Adenauer oder Schumacher. Dann wurde dieser Dissens völlig überwunden, indem die Sozialdemokratie zu einem "linken Adenauerflügel" wurde: Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft, des Atlantischen Bündnisses und der Marktwirtschaft; dazu Godesberg: Abwendung vom Marxismus. Und dann war Ruhe.

Heute ist der Dissens so tief wie 1950, vielleicht noch tiefer. Überall hört man - und nicht etwa von Studenten wie 1968, sondern von gestandenen Politikern - von zwei "besetzten" Deutschland reden. Werner Weidenfeld und ich haben erst unlängst in Hambach wieder vernommen, daß die Bundesrepublik infolge der besonderen Rechte der Alliierten ein besetztes und nicht freies Land sei.

Wenn man nicht juristisch, sondern politisch denkt, muß man überlegen: Sollte die Bundesrepublik eine Regierung wählen, die für Neutralität ist, werden die Amerikaner dann, so wie die Russen einen Karmal aus Prag nach Kabul gebracht haben, einen Politiker nach Bonn bringen, der mit dieser "Unordnung" aufräumt, oder werden sie es einfach hinnehmen, wie sie de Gaulles Auszug aus der NATO hingenommen haben, der ihnen auch unangenehm war?

Die falsche Symmetrie: Besetzung hier, Besetzung da, Freiheitsbeschränkungen hier, Unfreiheit dort, verwirrt das Urteil. Gleichzeitig erleben wir, was es damals nicht gab: eine Krise der parlamentarischen Demokratie. Immer größere Gruppen sind der Meinung, es gebe andere, gültigere Formen des Ausdrucks der Volkssouveränität. Die Demonstrationen, die Massen auf der Straße, die Meinungsumfragen, das zähle, sei neueren Datums als die letzte Wahl; folglich müsse die Politik entsprechend geändert werden. Diese Relativierung, Infragestellung der repräsentativen Demokratie ist neu; sie scheint mir tendenziell im Dissens tiefer zu gehen als 1950, als 1968.

Ich habe den Eindruck: Wenn man zu sehr auf alle Veränderungen in der DDR starrt, die episodisch und vorläufig sind, und zu wenig sieht, daß die Bundesrepublik Deutschland in Gefahr steht, von einem Konsens, der als beispielhaft galt, in einen tiefen Dissens abzugleiten, dann geht man an der entscheidenden Frage vorbei.

**Schulz**

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß man die Zeithorizonte mehr ins Auge fassen muß, wenn man nicht von sehr verschiedenen Dingen sprechen und damit zu falschen Schlußfolgerungen kommen will. Auch die geographischen Horizonte sind in der Diskussion nicht ganz deutlich geworden. Wir haben in den Auseinandersetzungen mit den USA manchmal spezifisch deutsche und manchmal europäische Probleme.

Im Jahre 1980, nach Afghanistan, als die große Sprachlosigkeit zwischen den beiden Supermächten einsetzte, gab es in vielen europäischen Ländern das Bedürfnis, innerhalb Europas die Kontakte aufrechtzuerhalten. Das zeigte sich bei der Beisetzung Titos; das zeigte sich, als Gierek Giscard zu einem Treffen mit Breschnew nach Warschau einlud; das zeigte sich in einer ganzen Reihe von Initiativen von Honecker, Kádár, Schiwkoff und anderen aus Osteuropa und einigen Politikern im Westen. Da ging es um gemeinsame europäische Interessen, weil die kleineren europäischen Staaten in Ost und West Sorge hatten, daß sie bei der globalen Auseinandersetzung der Supermächte unter den Wagen geraten könnten.

Diese Initiativen der Europäer haben nicht den ungeteilten Beifall der Supermächte gefunden. Im Jahr 1981 ist das wieder zurückgegangen. Wir erleben derzeit erneut eine Zunahme. Gräfin Dönhoff zitierte vorhin Äußerungen in der Tschechoslowakei und DDR gegen die dortige Stationierung der Raketen.

Herr Altmann hat gesagt, die DDR dürfe die deutsche Karte spielen. Wir sollten mit solchen Äußerungen vorsichtig sein. Die DDR hat selbst überhaupt kein Interesse daran, die deutsche Karte in einem großen Sinne zu spielen. Allenfalls könnte Moskau ein Interesse daran haben, die deutsche Karte auf Kosten der DDR zu spielen, was letztlich zur Aufgabe der DDR führte. Die DDR hat ein überaus starkes Interesse daran zu verhindern, daß die deutsche Karte gespielt wird, ja sogar, daß auch nur der Eindruck erweckt wird, die deutsche Karte könnte gespielt werden, weil sich das innenpolitisch destabilisierend auswirken könnte.

Daß sich in der DDR trotzdem etwas getan hat, bestreite ich nicht, ich würde es nur vorsichtiger deuten. Es handelt sich dabei um einen deutschen Einsatz in sehr kleiner Münze. Dazu hat die DDR einen Moskauer Auftrag, und sie tut es natürlich auch aus eigenem Interesse, insbesondere in der gegenwärtigen Situation. Daraus ergeben sich Chancen für unsere Politik. Da die DDR - Herr Altmann hat darauf hingewiesen - wahrscheinlich im November dieses Jahres noch große Fälligkeiten an Kreditschulden zu erledigen hat, wird sie versuchen, mehr Geld zu bekommen. Ich weiß nicht, ob die derzeitige Situation in Bonn es Strauß gestattet, noch einmal einen solchen Vermittlungsauftrag zu übernehmen. Ich vermute eher: nein. Ich weiß auch nicht, ob die Bundesregierung sich in der Lage sieht, eine solche Sache in die Hand zu nehmen, selbst wenn die DDR noch Zugeständnisse nachschöbe. Mir scheint das alles sehr schwierig zu sein. Auf Seiten der DDR ist zweifellos ein Interesse daran und sogar ein starker Druck vorhanden, in der Richtung etwas zu erreichen.

Mit den osteuropäischen Staaten wird über Kulturabkommen und ähnliche Dinge verhandelt, die bisher an der Berlin-Klausel gescheitert sind. Es gibt oder gab Hoffnungen, daß in der gegenwärtigen Situation bei diesem Spiel mit kleiner Münze doch etwas herauskommen könnte. Ich bin da überaus skeptisch. Ich fürchte, daß mit dem Beginn der Stationierung wieder eine "Eiszeit" einsetzen wird, wenn auch zeitlich begrenzt; insofern will ich das nicht zu ernst nehmen. Aber ich glaube nicht, daß zur Zeit viel zu erreichen sein wird.

Herr Altmann hat dann gesagt, die Bundesrepublik sei die einzige westliche Macht, die eine eigene politische Option habe. Diese Option haben wir gerade nicht. Damit komme ich auf den Punkt, den Herr Bondy angesprochen hat. Wir sind natürlich kein besetztes Land. Unsere Situation ist mit der DDR überhaupt nicht zu vergleichen, aber wir können uns auch nicht vergleichen mit Frankreich - aufgrund unserer geographischen Situation, aufgrund unserer strategischen Bedeutung im Ost-West-Konflikt ...

### **Löwenthal**

Wir sind nicht zu vergleichen, weil wir nicht über eigene Kernwaffen verfügen und weil andere über Kernwaffen auf unserem Boden verfügen.

### **Schulz**

Genau das wollte ich sagen. Es steht uns kein Machtpotential zur Verfügung, wie es zum Beispiel Frankreich hat. Deswegen sind wir zwar kein besetztes Gebiet, wir sind aber in diesen Dingen auch nicht voll souverän.

Wenn Herr Bondy fragt, was würden die Amerikaner tun; würden sie einen "Karmal" schicken? Das brauchen sie gar nicht; sie haben doch 300.000 Soldaten in der Bundesrepublik.

### **Bondy**

Würden die eine Regierung einsetzen?

### **Schulz**

Nein, aber die Bundesrepublik würde nie Truppen einsetzen können oder wollen, um diese 300.000 Amerikaner herauszubringen. Das wäre wohl die Voraussetzung für eine solche Option, und diese Option haben wir nach meiner festen Überzeugung nicht. Ich halte es für eine gefährliche Selbstüberschätzung, wenn einige Leute glauben, wir hätten in der Bundesrepublik eine Wahl zum Neutralismus; die haben wir nicht.

Schließlich gibt es einen besonderen Punkt, das ist Berlin. Die Deutschen haben nicht nur besondere Interessen, sie haben auch eine besondere Verantwortung. In der gegenwärtigen Hochspannung kann man viel argumentieren, wozu Raketen notwendig sind zwischen Ost und West. Damit lösen wir aber nicht das Problem Berlin. Wenn die Spannungen weiter steigen sollten - ich nehme nicht an, daß sie jetzt steigen werden;- , würde das negative Auswirkungen auf Berlin haben. Insofern würden wir - als einziges Land in den beiden Allianzen - von einer Verschärfung der internationalen Situation unmittelbar betroffen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Sie haben eine Reihe von Gründen geschildert, die uns in der Schlußfolgerung bestärken, daß es in unserer Lage sehr unvernünftig wäre, wenn wir die Amerikaner hinauskomplimentieren wollten. Sie haben das jedoch mit der Vorstellung verbunden, die Sie immerhin impliziert haben: so halb besetzt sind wir ja doch; wir könnten mit unseren Truppen nicht einmal die 300.000 amerikanischen Soldaten hinausbefördern. Ich halte das für völlig falsch. Wir haben in der Tat die Souveränität zu jeder außenpolitischen Torheit, auch zur Neutralisierung. Die Amerikaner denken gar nicht daran, uns mit Waffengewalt an außenpolitischen Torheiten zu hindern. Hoffentlich hindern wir uns selbst daran durch unsere eigene Einsicht!

### **Schulz**

Ich teile Ihre Hoffnung, Herr von Weizsäcker. Es geht hierbei aber nicht nur um die Amerikaner; denn da würden auch die Franzosen nervös werden, wenn wir etwas Derartiges vorhätten.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Ich bin hier anderer Meinung. Was Herr Bondy gesagt hat in bezug auf die Unvergleichbarkeit der Besetzungssituation, hat seine volle Gültigkeit und befreit uns nicht davon, unsererseits durch eigene Einsicht Torheiten zu vermeiden, aber nicht wegen einer angeblichen quasimilitärischen Zwangslage.

### **Stürmer**

Mir scheint, die Zeit kann sehr rasch kommen, wo es schwieriger ist, die Amerikaner hier zu halten, als sie herauszubekommen.

### **Löwenthal**

Ich stimme Herrn Bondy zu, daß der Vergleich Besetzung hier, Besetzung dort Unsinn ist. Ich stimme auch Herrn von Weizsäcker zu, daß die Bundesrepublik die Freiheit hat, außenpolitische Torheiten zu begehen. Ich füge aber hinzu, daß auch die Amerikaner die Freiheit haben, außenpolitische und militärische Torheiten auf dem Boden der Bundesrepublik zu begehen. Deshalb ist dies kein voll-souveränes Land.

### **Freiherr von Weizsäcker**

Diese Meinung teile ich nicht.

### **Löwenthal**

Auf unserem Boden befinden sich nukleare Waffen, die ausschließlich in der Gewalt der Amerikaner sind. Wir haben es zugleich mit einer amerikanischen Regierung zu tun, von der ich nicht weiß, was sie morgen tun wird. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. Dies bedeutet nicht, daß wir ein besetztes Land sind, aber es heißt, daß wir ein Land in einer besonderen und sehr gefährdeten Situation sind - nicht nur aus Gründen der Geographie.



**Freiherr von Weizsäcker**

Wir haben nicht einen amerikanischen Verbündeten, der in der Lage wäre, Torheiten in Form von Rückverwandlung der Bundesrepublik Deutschland in ein besetztes Land vorzunehmen.

**Löwenthal**

Das habe ich auch nicht gesagt. Aber die Amerikaner sind in der Lage, vom Boden der Bundesrepublik aus Raketen abzuschießen, ohne daß wir sie daran hindern können.

**Holzer**

Die Amerikaner haben die Möglichkeit, in ihrer gesamten Außenpolitik, wo auch immer, Dinge zu tun, die uns unmittelbar betreffen, ohne daß wir Einfluß darauf haben. Natürlich sitzen wir mit den Amerikanern im selben Boot; das wissen wir alle und brauchen es nicht täglich zu wiederholen. Wenn man mit der Politik einer bestimmten amerikanischen Regierung zutiefst unzufrieden ist, bedeutet das aber doch nicht, daß man antiamerikanisch eingestellt ist.

**Stürmer**

Der Begriff der Souveränität wird vielfach in einer vollkommen ahistorischen und unpolitischen Weise gebraucht. Es gibt heute de facto keine souveränen Staaten mehr. Selbst die Sowjetunion und die USA sind dies nicht mehr in dem Sinne, daß sie volle Souveränität zum Beispiel über ihr monetäres Verhalten oder in ihrer Wirtschaftspolitik haben. Ich bestreite indes nicht, daß die Bundesrepublik zweifellos weniger souverän ist als Frankreich oder England - aus den allgemein bekannten Gründen.

**Löwenthal**

Das ist das Argument: Bei Nacht sind alle Katzen grau.

**Stürmer**

Nein, das ist es nicht. Ich wehre mich nur gegen einen Souveränitätsbegriff, der so abstrakt in den Raum gestellt wird, daß jede Realität vor ihm verblaßt. Mit einem solchen irrationalen Souveränitätsbegriff wird dann leicht alles in Frage gestellt, was wir an europäischer Verflechtung von der Montanunion bis zum europäischen Währungssystem entwickelt haben. Ich halte es nicht für richtig, am Souveränitätsbegriff des freien, souveränen Nationalstaates des 19. Jahrhunderts festzuhalten. Darüber sollten wir in Europa hinaus sein. Das ist einer der großen Fortschritte, der im Gefolge zweier Weltkriege erreicht worden ist.

Zweitens sehe ich - im Gegensatz zu der Vorstellung, die hier implizit wieder vertreten wird - nicht die Möglichkeit eines isolierten thermonuklearen Krieges in Europa. Es gibt keinen intelligenten Menschen in der Welt, der sich dafür ein Drehbuch vorstellen kann. Kissinger hat einmal gesagt, er versuche jetzt seit sechs Jahren auszurechnen, ob das ginge, es sei ihm nicht gelungen. Es gibt eine große Debatte darüber. Es mag sogar einen gewissen Sinn haben, daß beide Seiten sich gegenseitig von Zeit zu Zeit signalisieren, unter ganz bestimmten absurden Bedingungen könne man derartiges tun. Aber es geht nicht.

Man vergißt hier auch sehr leicht, daß die Amerikaner in der Bundesrepublik 150.000 dependants und 250.000 Soldaten stehen haben. Was passiert denn mit denen? Die Amerikaner haben 1915 wegen 132 Toten in der Lusitania-Affäre den Colt gelockert. 400.000 Tote - das werde einfach so hingenommen? Was für einen Zynismus traut man einer Weltmacht zu, die nicht nur aus Präsident Reagan besteht, sondern aus einem System von checks und balances, was eher zu einer Lähmung als zu einer gewaltigen Kraftentfaltung von heute auf morgen führt.

Eines der Probleme Amerikas ist, daß es seit 10 Jahren außenpolitisch weitgehend gelähmt ist, und zwar aus innenpolitischen Gründen. Es ist ein Problem, wenn diese Macht außenpolitisch nur begrenzt aktionsfähig ist.

**Ehmke**

Besetzung hier, Besetzung dort - das Bild ist in der Tat schief. Daß die Amerikaner Raketen von unserem Boden abschießen können, wenn es beispielsweise zu einer Eskalation im Nahen Osten käme, dieses Schicksal teilen wir dann mit Holland oder Italien, wenn dort die Raketen aufgestellt sind. Natürlich bestimmen heute die Großen über das Schicksal der Kleinen in einer Weise, wie das

früher nicht möglich war. Das hat aber nichts mit Besetzung zu tun, sondern damit, daß wir eine mittlere Nicht-Nuklearmacht sind.

Es ist für mich allerdings aus meiner Kenntnis der amerikanischen Mentalität ziemlich unvorstellbar, daß die Amerikaner den Versuch machen würden, mit uns Bananenrepublik zu spielen, wenn hier eine Regierung an die Macht käme, die Neutralität anstrebt. Das muß man wirklich voneinander trennen.

### **Freiherr von Wechmar**

Um eine Grundsatzposition in der deutschen Frage zu formulieren, hilft uns vielleicht ein Dokument weiter, das ursprünglich eine andere Funktion hatte. Ich meine den Brief zur deutschen Einheit. Darin heißt es: " ... auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann." Es wird allerdings nicht gesagt, wie das zu machen ist. Es stehen gewissermaßen die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung noch aus.

Den oben zitierten Satz verliest der deutsche Außenminister jedes Jahr bei seiner Grundsatzklärung vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, worauf mit ebenso schöner Regelmäßigkeit der DDR-Außenminister repliziert. Aber von niemandem sonst gibt es darauf irgendeine Reaktion oder Stellungnahme, weder von der Sowjetunion noch von unseren eigenen Verbündeten. Es bleibt ein deutsch-deutscher Nicht-Dialog.

Dennoch: Unter der Formulierung: " ... auf einen Zustand in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann" kann man sich durchaus etwas vorstellen. Vielleicht enthält das sogar eine Offerte an die DDR, die ja, wie Herr Engert zu Recht beklagt, bisher nicht erfolgt ist.

Würde es sich nicht lohnen - ob nun in diesem Kreis oder woanders;- , einmal intensiv darüber nachzudenken, wie diese Zielsetzung operativ weiterzuentwickeln und umzusetzen ist? Praktiker - und zu denen gehört auch ein Botschafter - hätten gern etwas in der Hand, womit sie arbeiten können. Da scheint mir ein Nachholbedarf zu bestehen. Der zitierte Passus hat ja in den Moskauer Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt und ist später auch bei der Diskussion im Bundestag von Bedeutung gewesen. Er wird auch jetzt gelegentlich noch erwähnt, nicht nur bei den Vereinten Nationen, sondern etwa im Bericht zur Lage der Nation und bei anderen Gelegenheiten. Er droht aber immer mehr unterzugehen. Warum besetzen wir diese Stelle nicht? Warum arbeiten wir nicht weiter daran und führen es im Detail aus?

### **Stürmer**

In der Tat fehlen, wie Herr von Wechmar sagt, die Ausführungsbestimmungen - aus gutem Grunde. Es wäre schön, wenn es sie gäbe, aber sie müssen schon deshalb fehlen, weil hier ja vieles miteinander zusammenhängt wie in einem Mobile - Herr von Wechsäcker hat an anderer Stelle dieses Bild gebraucht. In der deutschen Frage sind miteinander verhängt: das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander, im europäischen Rahmen die Frage nach der Stellung der Bundesrepublik in Europa und die Frage der gegenwärtigen Strukturen Europas. Lassen diese europäischen Strukturen überhaupt eine deutschlandpolitische Initiative zu? Ich kann mir kaum vorstellen, daß wir über die EG weiterkommen, auch nicht über den Europarat oder andere europäische Einrichtungen. Vielleicht brauchen wir etwas ganz Neues auf diesem Gebiet.

Natürlich können wir auch auf die Rückversicherung, den Schutz Amerikas, nicht verzichten, wie immer er zur Zeit in der Bundesrepublik beurteilt wird. Sicher gibt es heute keine pax americana mehr; denn das wäre eine Universalkonzeption, die kaum mehr vorstellbar ist.

Das alles sind Fragen, die nicht zwischen kühlen diplomatischen Notaren verhandelt, sondern die konzeptionell vorerst nur an Tischen wie diesem diskutiert werden können. Solche Fragen entwickeln aber ihr eigenes Gewicht. Dieses Gewicht dann zu kontrollieren, ist die eigentliche Schwierigkeit. Denn da sind dann bald, sozusagen, alle Hunde von der Leine.

### **Engert**

Ich knüpfe noch einmal an das an, was Herr Stürmer zur Deutschlandpolitik gesagt hat. Merkwürdigerweise stellen wir ja Deutschlandpolitik in bezug auf die DDR in den alten Formeln dar. Das hat in der DDR-Bevölkerung dazu geführt, daß sie bis in die junge Generation hinein weiterhin auf eine deutschnationale Lösung fixiert ist. Für die Führung gilt das natürlich nicht. Die Vorstellung, es seien andere Wege möglich, etwa die von Konrad Adenauer angesprochene Lösung eines

österreichischen Modells für die DDR, die Herr Stürmer erwähnte, existiert dort in den Köpfen nicht einmal als Denkmodell.

Wieweit haben wir von hier aus in der Vergangenheit überhaupt auf die Meinungsbildung in der DDR Einfluß genommen? Es werden in den letzten Jahren aus der DDR immer wieder Klagen laut, wir würden eine Deutschlandpolitik betreiben, welche die in der DDR stattfindenden Bewegungen ganz bewußt ausklammere. Die Probleme, die die Leute dort beschäftigen und die aus ihrem politischen und sozialen Umfeld resultieren, blieben bei uns weithin unbeachtet. Von unserer Seite werden keine neuen deutschlandpolitischen Inhalte angeboten.

In dem Zusammenhang möchte ich Herrn Ehmke fragen: Sie haben gesagt, die Kraft der Ideologie sei im Schwinden begriffen. Es sei deutlich zu merken, daß Ideologie in den Ländern des real existierenden Sozialismus kein Thema mehr sei.

### **Ehmke**

Jedenfalls nicht die Moskowiter Ideologie.

### **Engert**

Meine Frage lautet: Was heißt hier Ideologie? Ich frage bewußt, weil ja in Ihrer Partei mit diesem Begriff eine Inflation betrieben wird. Egon Bahr und Willy Brandt sagen, Ideologie spiele heute in der Systemauseinandersetzung keine Rolle mehr. Sie werde überlappt durch das Thema Frieden. Ist Ideologie gemeint im Sinne von falschem Bewußtsein, oder soll damit ein politisches Instrument benannt werden? Wir müssen feststellen, daß in der DDR das ideologische Moment weiterhin eine entscheidende Rolle spielt, sowohl bei der Führung als auch in der Bevölkerung.

Wohin soll die Deutschlandpolitik führen? Von Seiten der Bundesrepublik Deutschland wird gegenüber der DDR eigentlich keine Perspektive angeboten. Was wollen wir? Wollen wir erreichen, daß es für die DDR eine Möglichkeit gibt, Menschenrechte, Freiheitsrechte in einem stärkeren Maße zu etablieren, als das heute der Fall ist? In diese Richtung zielt auch der Appell - so habe ich wenigstens Bischof Hempel in Worms verstanden - für eine Verantwortungsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten.

Besonders bei den Kirchen in der DDR vermischen sich zwei Dinge miteinander. Auf der einen Seite sagen sie: "Ihr im Westen könnt für uns etwas tun", beziehungsweise "Ihr müßt für uns das tun, was wir selber nicht tun können." Anlehnung auf der einen Seite, "Kirche im Sozialismus" auf der anderen. Die Kirchen stecken in den größten Problemen, weil sie von einer Bewegung politisiert werden, die von unten kommt, von Leuten, die eine Plattform für politische Intentionen suchen und die alle auf deutschnationale Lösungen aus sind.

Es gibt heute in der DDR eine Allergie gegen die Leute in der Bundesrepublik, die die deutsche Frage instrumentalisieren wollen. Das gilt besonders gegenüber den Grünen. Sie erinnern die Konfrontation zwischen Vertretern der Grünen und Repräsentanten der Kirche in Ost-Berlin, als die Grünen dort ihre Friedensdemonstration ankündigten. Das führte dazu, daß die Grünen praktisch aus dem "Haus der Kirche" hinausgeworfen wurden. Es gibt in der DDR die Furcht, daß die deutsche Frage von uns nur als ein Mittel für die eigene innenpolitische oder außenpolitische Auseinandersetzung benutzt wird.

Im protestantischen Bereich werden heute Erwartungen gegenüber der Sozialdemokratie mobilisiert. Man hat in der DDR den Eindruck, daß sich die Sozialdemokratie zum Träger der nationalen Idee macht. Verlautbarungen aus den Kreisen der SPD, die in diese Richtung weisen, werden in der DDR mit größter Sensibilität aufgenommen, weil man darin Anknüpfungsmomente für deutschnationale Lösungen sieht.

### **Ehmke**

Zu Egon Bahr und der Frage der Ideologie, Herr Engert. Herr Kaiser hat kürzlich gesagt, es bestehe die Gefahr, daß über der ganzen Friedensdiskussion die Freiheit in den Hintergrund rücke. Darauf hat Bahr geantwortet: "Karl Kaiser stellt die Ideologie über den Frieden."

### **Kaiser**

Und das, so Egon Bahr, sei kalter Krieg!

### **Ehmke**

Vor allem sollte man nicht den Eindruck erwecken, daß Freiheit Ideologie sei. Sicher gibt es auch eine westliche Ideologie, aber Freiheit ist nicht Ideologie.

### **Kaiser**

Ich habe die Kontroverse mit Egon Bahr über das Problem der Freiheit nicht im Sinne einer ideologischen Auseinandersetzung mit der anderen Seite geführt. Mir ging es vielmehr darum, darauf aufmerksam zu machen, daß die Vernachlässigung dieses Themas, das immer ein klassisches sozialdemokratisches Anliegen gewesen ist, erhebliche Konsequenzen gehabt hat. Es hat nämlich dazu geführt, daß hier eine ganze Generation aufgewachsen ist, die das Freiheitsthema nicht mehr ernst nimmt und deshalb das Spannungsverhältnis von Frieden und Freiheit nicht mehr so sieht wie die frühere Generation, sondern den Friedensbegriff verabsolutiert.

### **Ehmke**

Es gibt viele Gründe, warum das so ist. Ein Grund ist, daß die Ausstrahlungskraft der sowjetischen Ideologie abgenommen hat.

### **Kaiser**

Dies ist unbestritten. Aber: "Die Ideologie ist tot, aber notwendig", aus Gründen der Machterhaltung. Es gibt sie immer noch, obwohl sie ihre Glaubwürdigkeit verloren hat, und sie wirkt in der realen Welt politisch repressiv.

### **Ehmke**

Wenn ich gesagt habe, die Schärfe der ideologischen Auseinandersetzung habe abgenommen, dann meinte ich damit nicht in erster Linie, daß bei uns die Zustimmung zu den westlichen Werten abgenommen, sondern daß sich die Ausstrahlungskraft der östlichen Ideologien beträchtlich reduziert hat. Das ist ein wichtiger Faktor.

Insofern muß ich auch Herrn Bondy strikt widersprechen, wenn er behauptet, wesentliche Veränderungen hätten nur im Westen stattgefunden; was dagegen im Osten geschehen sei, verdiene nur das Prädikat anekdotisch. Als wir seinerzeit die Entspannungspolitik konzipiert haben, ging es uns nicht nur um Frieden und Gewaltverzicht, sondern auch um die Frage, wie wir im Ostblock Fortentwicklungen, Veränderungen auf Dauer erleichtern können. Eben dies ist aber nur möglich, wenn genau das wegfällt, was uns Herr Altmann empfiehlt, nämlich: Block gegen Block, strammgestanden, und keiner geht da heraus. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Osteuropa.

Ein gewisses Maß an nationalem Bewegungsspielraum, auch in der Innenpolitik, werden die osteuropäischen Staaten nur dann erhalten, wenn der Außendruck der Führungsmacht auf die Mitglieder des Paktes vermindert wird. Das ist nur möglich, wenn man nicht Konfrontation, sondern Entspannung betreibt. Entspannung ist Voraussetzung für Bewegung im Osten, auch im Hinblick auf die Milderung der ideologischen und gesellschaftlichen Teilung in Europa. Die Sowjetunion ist während des kalten Krieges eine Atommacht und eine Weltmacht geworden, nicht erst in der Phase der Entspannungspolitik. Und innenpolitisch hat sich im Ostblock vor der Entspannungspolitik überhaupt nichts bewegt. Deshalb ist es falsch, Herr Bondy, wenn Sie sagen, es habe sich dort gar nichts geändert.

Ich teile die Meinung von Herrn von Weizsäcker, daß Honecker wirklich besorgt ist, an Bewegungsspielraum zu verlieren, wenn die Raketen kommen. Nicht ohne Grund beknien uns die Ungarn und die Polen, wir mögen darauf Einfluß nehmen, daß es in Genf zu einem Ergebnis kommt. Sie fürchten, daß sonst alles, was sie in den letzten Jahren wirtschaftlich und innenpolitisch gewonnen haben, wieder rückgängig gemacht werden könnte. Bisher wehren sich die Osteuropäer mit Erfolg gegen eine Disziplinierung, wie sie die Sowjetunion durch eine Umformung des COMECON versucht.

Ich sehe auch nicht, Herr Bondy, daß die Eingriffe der Sowjetunion von Ungarn über CSSR bis zu Polen immer schlimmer geworden sind.

### **Bondy**

Immer subtiler.

### **Ehmke**

Man kann es auch anders sehen: In Polen haben die Sowjets nicht militärisch interveniert, obgleich zwei Divisionen in Polen standen, was in der CSSR nicht der Fall war. Wenn Sie mit Solidarnosc-Leuten sprechen, dann lassen selbst die an Jaruzelski immerhin noch das gute Haar, daß sie sagen: "Er hat uns wenigstens die Russen vom Leibe gehalten." Machen Sie sich da keine Illusionen: Das polnische Volk zieht eine polnische Militärregierung jeder russischen Intervention vor. Die Sowjets haben es nicht gewagt, ihre Divisionen einzusetzen, einmal wegen westlicher Sanktionen und zum anderen weil sie Sorge vor einem Bürgerkrieg in Polen hatten.

### **Schuster**

Berlin 1953, Ungarn 1956 und Tschechoslowakei 1968, alle diese Ereignisse lagen vor Beginn der Entspannungspolitik; Bewegung hat es also auch schon vorher gegeben.

### **Löwenthal**

Gemeint sind Bewegungsmöglichkeiten für die osteuropäischen Regierungen, die unabhängig von der Sowjetunion einen gewissen Handlungsspielraum erhalten haben.

### **Ehmke**

Wir sind doch überhaupt nicht daran interessiert, daß dort Explosion auf Explosion erfolgt und wir doch nicht helfen können. Jedenfalls wäre eine Bewegung wie Solidarnosc vor zehn Jahren gar nicht denkbar gewesen, genausowenig wie eine Dissidentenbewegung von dem Ausmaß und mit der internationalen Wirkung, wie es sie heute in der Sowjetunion gibt. Und hätten Sie sich auch nur eine solche Äußerung eines Kirchenvertreters in der DDR vorstellen können, wie Herr von Weizsäcker hier einige Beispiele zitiert hat? Nein, es findet dort ein Prozeß des Wandels statt, von dem niemand weiß, wohin er führt.

Natürlich weiß ich auch, daß es nicht unser Ziel sein kann, irgendein Land aus dem Ostblock herauszubrechen. Was wir aber versuchen müssen, ist, die Sowjetunion zu der Einsicht zu bewegen, daß sie ihr Paktsystem anders organisieren muß, wenn sie Ruhe haben will. Wenn wir uns jedoch von der Reagan-Regierung in eine Konfrontationspolitik hineinziehen lassen, werden das die Ost- und Westeuropäer bezahlen müssen.

Ein Wort noch zum Verhältnis von Frankreich und Deutschland. Daß es in Frankreich in der Nuklearfrage weder im zivilen Bereich noch in bezug auf die Force de frappe eine Protestbewegung gibt, hat sicher auch mit Prestige und Gloire zu tun. Aber dieses Phänomen gilt für alle katholischen Länder. Große Friedensbewegungen gibt es nur in den protestantischen Ländern: in USA, England, Holland, der Bundesrepublik und der DDR. Die katholischen Länder sind daran ziemlich uninteressiert. In Italien gähnt man, wenn es um die Missile-Frage geht. Soweit sich die katholischen Kirchen geäußert haben, war dies ebenfalls nur in den protestantischen Ländern wie USA, DDR, Bundesrepublik. Hier handelt es sich also mehr um ein nordeuropäisch-protestantisches gegen ein südwesteuropäisch-katholisches Verhalten als um ein deutsch-französisches Problem.

Natürlich unterschätze ich nicht die besondere Interessenlage der Franzosen. Die Bundesrepublik ist schließlich ihr Glacis. Ein lieber Genosse aus Frankreich wurde neulich gefragt: "Warum ist Mitterrand so begeistert für die Pershing II?" Antwort: "Weil sie notwendig sind." Frage: "Militärisch notwendig?" Antwort: "Nein, politisch notwendig; die Pershing II auf deutschem Boden löst die deutsche Frage für die nächsten 20 Jahre." Das ist vermutlich richtig.

Ich habe nichts dagegen, daß andere ihre Interessen so klar formulieren. Aber auch wir müssen unsere Interessen klar formulieren.

### **Bondy**

Über die Frage, ob die Russen nicht in Polen einmarschiert sind, weil sie es nicht wagten oder weil sie es nicht brauchten - vielleicht beides zugleich?-, könnten wir ein ganzes Seminar abhalten. Das würde jetzt nicht weiterführen.

### **Löwenthal**

François Bondy hat gesagt, der Dissens, der sich heute in der Bundesrepublik zeige, gehe tiefer als der in den 50er Jahren. Daran ist etwas Richtiges und etwas Falsches. Richtig ist: Wenn man die Auffassung der Friedensbewegung nimmt, daß die Regierung sich einer Massenbewegung fügen müsse, unabhängig von Wahlen, dann ist der Dissens sicher größer als seinerzeit der Dissens zwischen der SPD Schumachers und der Regierung Adenauers. Nicht richtig ist, daß es ein Dissens

derselben Qualität ist. Die Friedensbewegung mobilisiert zwar sehr viele Menschen, aber sie ist nicht die Art von organisierter Kraft, wie es die SPD damals war. Sie ist keine alternative Kraft zur Regierung. Der Dissens der SPD heute, die auch gegen die Stationierung ist, bestreitet nicht die Legitimität der Regierung, ihr Recht, mit einer parlamentarischen Mehrheit zu entscheiden. Das ist auch bei den neuesten Erklärungen der SPD völlig klar.

Es gibt in der SPD Leute, bei denen es mich nicht wundert, wenn man in der DDR, wie Herr Engert sagte, den Eindruck gewinnt, sie machten eine neue nationale Politik. Das trifft auf Egon Bahr zu; für Willy Brandt sicher nicht.

### **Gräfin Dönhoff**

Wir sollten Herrn Zimmermann nicht vergessen mit seinen Äußerungen zur Ostgrenze.

### **Löwenthal**

Das ist eine andere Art nationaler Politik.

Ich will einmal aus der Schule plaudern. Vor vielen Jahren, als Brandt Kanzler war, und Bahr in mancher Hinsicht sein wichtigster Mitarbeiter, der in Moskau die Verhandlungen führte, hat Brandt einmal zu mir gesagt: "Bahr weiß nicht, wo Frankreich liegt." Bei Bahr gibt es tatsächlich eine krasse Einseitigkeit, die sich jetzt wieder zeigt, die aber nicht repräsentativ ist für die SPD, auch nicht für die jetzige Führung, der gegenüber ich manche Kritik habe.

Um noch einmal auf den Dissens der Friedensbewegung zurückzukommen. Die wesentliche Ursache dafür sehe ich nicht in einem kulturellen Wandel, sondern im Bewußtsein einer Instabilität der nuklearen Waffen. Dies ist eine Reaktion auf die Präsenz nuklearer Waffen auf deutschem Boden, die nicht unter deutscher Kontrolle stehen.

Ich halte es nun für genauso unwahrscheinlich, um nicht zu sagen unglaublich, wie Herr Stürmer, daß die Amerikaner diese Waffen irgendwo anders als für Verteidigungszwecke hier einsetzen würden. Aber es ist eine Tatsache, daß eben dies viele Menschen in der Friedensbewegung glauben. Ohne diese Angst vor einer wirklichen Instabilität des nuklearen Gleichgewichts kann man die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik und das, was sich hier tatsächlich verändert hat, nicht verstehen. Hinzu kommt das Scheitern der Verhandlungspolitik, die wir alle befürwortet haben; wobei nicht nur die Russen, sondern auch die Amerikaner versagt haben.

All dies muß man zusammen sehen, um die Stärke und die Gefahr dieser Bewegung richtig einschätzen zu können.

### **Hoppe**

Ich stimme denen zu, die der Meinung sind, daß sich im Ostblock substantiell nichts geändert habe. Dennoch bleibt richtig, daß eine gewisse Liberalisierung dort nur möglich ist, wenn die Signale weiter auf Entspannung gestellt bleiben. Insofern sind die deutschlandpolitischen Grundsätze, die die SPD 1970 in einer schwierigen Zeit beschlossen hat, heute noch realistisch.\* Wahrscheinlich können sie uns sogar als Orientierung auch in die Zukunft hinein helfen.

Daß es in Polen ohne Besetzung von außen abgelaufen ist, hat sicher nichts mit irgendeiner Liberalisierung im Ostblock zu tun. Die Polen haben uns damals signalisiert, wenn irgend möglich wolle man eine "Türkenlösung" praktizieren, also eine militärische Lösung von innen statt Besetzung von außen. Damit war die Aufforderung an uns verbunden, die Politik mit dem Ostblock und mit Polen genauso weiterzuführen, wie wir das seinerzeit bei unserem Natopartner Türkei praktiziert haben, als dort eine militärische Revolution stattfand. Man hat also bewußt auf eine politische Lösung abgezielt, mit der man international bestehen konnte. Dennoch sollten wir das, was die Entspannungsphase in Polen an Humusboden geschaffen hat, nicht außer acht lassen.

Wie Herr Altmann und Herr Engert zu Recht betonen, bewegt sich die DDR eindeutig in der westpolitischen Konzeption der Sowjetunion und des Ostblocks, die das Ziel hat, die Bindungen Europas und hier in erster Linie der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten zu lockern. In dieser politischen Konzeption hat die DDR allerdings erheblich an Gewicht und Statur gewonnen, durch ihren Anteil bei der Bewältigung des Polen-Syndroms. Die DDR hat sich in dieser Situation überhaupt nicht anfechten lassen und hat Polen geradezu abgeschirmt gegenüber dem freien Westen. Den Preis dafür haben wir bezahlt - natürlich auch die Bevölkerung der DDR -; denn damals wurde die Erhöhung des Zwangsumtausches verfügt.

Ihre größere Handlungsfähigkeit möchte die DDR nun nicht nur im Ostblock ausspielen, sondern auch gegenüber der Bundesrepublik. Das spüren wir nicht zuletzt bei der Diskussion um die Nachrüstung. Gleichzeitig möchte die DDR all das bewahren, was sie in den letzten Jahren durch die deutsch-deutsche Zusammenarbeit für sich hat aktivieren können.

Die wirtschaftliche Lage der DDR ist prekär. Sie hat einen unerhörten Finanzbedarf; sie muß heute Fremdkredite zu über 90 Prozent einsetzen, um die alten Kredite zu tilgen. Diese Marge soll jetzt auf 60 Prozent zurückgeführt werden. Bei soliden Staatsfinanzen dürfte diese Marge nicht höher als 30 Prozent liegen. Man kann sich also ausrechnen, wie eng der finanzpolitische Handlungsspielraum der DDR ist. Allerdings könnten weitere Kredite an die DDR nicht von Seiten der Bundesregierung gegeben werden, sondern nur im Rahmen eines Bankenkonsortiums. Da müßte der bayerische Ministerpräsident dann schon als Bevollmächtigter des Konsortiums auftreten und nicht mehr als politisch Handelnder der Bundesregierung.

Zweifellos möchte die DDR das bewahren, was sie auf dieser Ebene erreicht hat. Sie fürchtet, wie wir auch, die möglichen negativen Konsequenzen, wenn am 23. November bei uns die Nachrüstung beschlossen werden sollte. Nun ist eine Einigung in Genf für die DDR auch deshalb so schwer vorstellbar, weil kaum anzunehmen ist, daß die Sowjets bei dem politischen Erfolg, wie sie ihn jeden Tag bei uns auf der Straße erleben, jetzt noch ein Verhandlungsergebnis anbieten werden. Wahrscheinlich wollen sie den politischen Erfolg, den sie im Augenblick haben, erst einmal auskosten. Aus dem Grunde müssen wir wohl davon ausgehen, daß wir wieder in eine Phase krisenhafter Ost-West-Beziehungen geraten werden. Das wird auch das deutsch-deutsche Verhältnis wieder stärker belasten.

Deshalb lassen kenntnisreiche Gesprächspartner von drüben erkennen, daß es zur Zeit wenig Sinn hat, Geschenkpakete zu schnüren und auf den Tisch zu legen. Ich hielte es für besser und stimme darin Herrn von Wechmar zu, daß wir uns konzeptionell an die Arbeit machen, um für die nächste Phase vorbereitet zu sein, wenn es möglich ist, eine zweite Stufe der deutsch-deutschen Politik zu zünden. Daß diese im Augenblick nicht erfolversprechend gestartet werden kann, darüber besteht hüten und drüben Übereinstimmung.

Wie sieht also unser Deutschlandkonzept von morgen aus? Herr Stürmer hat es vorsichtig versucht zu konkretisieren. Was Sie, abgeleitet aus Adenauerschen Überlegungen, angeführt haben, würde uns verpflichten zu sagen, wie wir unseren Grundsatz: 'Wiederherstellung der deutschen Einheit' zum Inhalt praktischer Politik in den 80er Jahren in eine mittelfristige Zukunft hinein glauben machen zu können. Das ist natürlich, besonders an einem Ort wie Berlin, brisant.

\* Grundsatzbeschuß der SPD vom 14.11. 1970 "Freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Parteidiktatur auf der anderen Seite. Keine Friedenspolitik, keine Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen. Der Friede, den wir erstreben, soll nicht nur allein das Leben schützen. Er muß unserem Volk das Recht sichern, die Formen seines politischen und gesellschaftlichen Lebens auch weiterhin in Freiheit selbst zu bestimmen. Unsere Politik kann sich nicht das Ziel setzen, die kommunistisch regierten Länder zu befreien- auch nicht die DDR. Das wäre mit einer konsequenten Friedenspolitik unvereinbar. Ein Abbau der Konflikte zwischen Staaten setzt voraus, daß jeder Staat die innere Ordnung des anderen respektiert. Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen. Unsere Politik muß die demokratischen Grundlagen unserer eigenen politischen Ordnung ebenso entschlossen gegen alle kommunistischen Angriffe verteidigen, wie sie sich bemüht, ihren sozialen Inhalt stetig zu verbessern."

## Schulz

Kurzfristig sind wir in der Situation, daß die DDR Geld braucht, und zwar noch in diesem Monat. Wir haben im Juni dieses Jahres erlebt, daß sie Geld nimmt. Das ist ihr nach dem Prinzip Hoffnung gegeben worden. Dieses Prinzip ist in der Politik dann zu befürworten, wenn man nicht auf der anderen Seite den Eindruck entstehen läßt, daß man bereit ist, unendlich zu hoffen. Irgendwann muß man etwas dafür bekommen. Was die DDR bisher geboten hat, ist offenkundig zu wenig, als daß die Bundesregierung sich innenpolitisch damit selbst rechtfertigen könnte. Aber die DDR hat offenbar keinen großen Spielraum, um sehr viel zu bieten.

Vor allem scheint mir, daß die Bundesregierung im Augenblick zu schwach ist, einen weiteren Kredit zu vermitteln, selbst wenn die DDR jetzt etwas mehr bieten würde. Herr Strauß würde wahrscheinlich nach der ersten Erfahrung in seiner CSU einen solchen Schritt nicht noch einmal wagen. Mit anderen Worten: Die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik ist in diesem Punkt zur Zeit nicht sehr groß. Vielleicht gibt es einen anderen Weg, der DDR bei ihren Kreditwünschen behilflich zu sein.

Wenn bei uns mit der Stationierung der Pershings begonnen ist, dann wollen wir in jedem Falle von der DDR erreichen, daß der Osten nicht verwirklicht, was er angedroht hat, nämlich eine totale Vereisung der innerdeutschen Beziehungen. Wir hoffen, daß der Status quo erhalten bleibt und die menschlichen Kontakte nicht eingeschränkt werden. Das wäre schon etwas!

Auch für Berlin könnte man sich einiges vorstellen. Es laufen ja Verhandlungen über die S-Bahn, die für West-Berlin materiell nicht sehr attraktiv sind. Kann man darauf hoffen, daß die Sowjetunion Berlin-Klauseln in den Abkommen, die seit Jahren in den Schubladen liegen, zugesteht, was bisher nicht der Fall ist? Ob die Sowjetunion überhaupt bereit ist, der DDR für einen westlichen Kredit Zugeständnisse zu machen, ist zweifelhaft, aber man könnte es versuchen.

Man könnte ferner überlegen, ob man weiter hinnehmen will, daß die DDR den Export West-Berlins in die DDR mehr oder weniger boykottiert. West-Berlin bezieht eine Menge Waren aus der DDR, kann aber kaum etwas dorthin absetzen. Ist das wirklich bis zu Ende verhandelt worden? Ist da Druck auf die DDR ausgeübt worden? Wenn nicht, wäre das nicht eine solche Gelegenheit, wo die DDR einen Kredit benötigt, so etwas zur Sprache zu bringen?

### **Hoppe**

Mich wundert, Herr Schulz, daß Sie von einer Diskriminierung Berlins im Interzonenhandel sprechen. Davon ist mir bisher nichts bekannt; es hat sich auch niemand aus Berlin bei uns in Bonn beschwert. Bei den anderen Beispielen, die Sie nennen, gibt es sicherlich unterschiedliche Interessenlagen, etwa die Verhandlungen um die S-Bahn. Ich denke auch an die alten DDR-Probleme im Bereich der Verkehrspolitik Stichwort: Elektrifizierung - oder Energiepolitik. Hier gibt es eine Reihe von gemeinsamen Problemen von der Umwelt bis zur Verbesserung der Hotelstruktur in der DDR. All das ist auf dem Tableau.

### **Ehmke**

Was kann man operativ machen? Eine mögliche Antwort darauf läßt sich zusammenfassen unter dem Stichwort "Schadensbegrenzung": Wenn die Raketen schon kommen, wie kann man verhindern, daß sie zur Vereisung der Ost-West-Beziehungen führen? Dies enthält eine seltsame Logik. Wenn man schon in dem Ausdruck Schadensbegrenzung den Schaden unterstellt, wäre es doch viel logischer, den Schaden zu vermeiden und gleich "nein" zu sagen.

Es ist interessant, daß zur Zeit sowohl von Seiten der DDR als auch von osteuropäischen Gesprächspartnern die Bitte geäußert wird: Kommt nicht jetzt, kommt erst im Dezember; man will verhindern, daß die Kontakte gänzlich abgebrochen werden. Die osteuropäischen Länder wissen nicht, wie die Sowjetunion reagieren wird.

Was die DDR betrifft, gibt es sicher Anknüpfungspunkte, um die Beziehungen zu erweitern. Einen hat Herr Schulz genannt: Berliner Export in die DDR. Ein anderer ist: Energieverbund Bundesrepublik/West-Berlin/DDR/Sowjetunion. Das sollten wir nicht einfach zu den Akten legen. Das gehört alles aber doch mehr oder minder zur Schadensbegrenzung.

### **Rudolph**

Wenn wir hier über die DDR sprechen, sollten wir bedenken, daß dieser Staat nicht nur eine Grenze zur Bundesrepublik hat, sondern auch eine Grenze nach Osteuropa. Das ist heute das Hinterland der DDR, das nicht nur für ihre Wirtschaft, sondern auch für ihr politisches Klima äußerst wichtig ist.

Insofern hat jede Position, die die Bundesrepublik in Ost- oder Südosteuropa bezieht, auch einen wichtigen Aspekt im Hinblick auf die DDR. Mitte der 70er Jahre hat Helmut Schmidt in einer Regierungserklärung gesagt, die deutsch-deutschen Beziehungen dürften nicht schlechter sein als die bundesrepublikanisch-osteuropäischen. Dies war ein wichtiger Gesichtspunkt, den unsere Außenpolitik auch durchaus wahrgenommen hat. Unsere Beziehungen zu Osteuropa und Südosteuropa sind ja an sich gut ausgebaut.

Wenn wir uns nur auf die deutsch-deutschen Verhältnisse konzentrieren, mit der innerdeutschen Grenze und so weiter, dann nimmt sich unser Spielraum natürlich sehr deprimierend aus. Von der anderen Seite her gesehen erscheint die Situation beweglicher und beeinflubarer. Dort fällt es uns aus vielen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gründen auch leichter, Position zu beziehen.

Es geht darum, daß unsere Beziehungen nach Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen mit den Abstufungen, die es da für uns gibt, ein wichtiges Moment sein müssen, auch in unserem Verhältnis zur DDR.



**Schulz**

Die multinationale Absicherung der bilateralen Beziehungen.

**Ehmke**

Dazu nur eine kleine Ergänzung. Natürlich hat niemand von uns angenommen - und es ist auch nicht gelungen;- , durch die deutschdeutschen Beziehungen die Stationierung der SS-21, die im vollen Gange ist, zu verhindern. Ich fürchte, die SS-22 werden auch kommen. Dagegen haben die Sowjets offenbar die eingeplante Stationierung in Bulgarien zurückgestellt. Dafür soll sich Schiwkoff eingesetzt und die Jugoslawen Druck ausgeübt haben. Die Idee einer nuklearfreien Balkanzone dürfte dabei auch eine Rolle gespielt haben.

Es ist interessant, daß sich über diesen Hebel - ohne unseren Einfluß da etwas bewegt hat; der einzige Punkt in Europa, wo bis jetzt etwas bewegt werden konnte. Wenn die Sowjets hier einen Stationierungsplan aufgeben sollten, wäre das schon interessant.

**Schulz**

Bisher weiß niemand, ob es stimmt.

**Altmann**

Wie kann die Anziehungskraft Europas auf Osteuropa verstärkt werden, und wie kann in dem Zusammenhang die deutsche Europapolitik aussehen?

Die europäische Politik ist in einer latenten Stagnation der europäischen Integration steckengeblieben. Wir brauchen eigentlich nur noch den Eintritt der südeuropäischen Staaten - nach Griechenland nun noch Spanien, Portugal und die Türkei - abzuwarten, um die Krise der EG chronisch werden zu lassen. Aber diese Stagnation muß nicht unser Schicksal sein.

Wenn ich hier ein Bild zu skizzieren versuche, dann lasse ich zunächst einmal alle Probleme und Schwierigkeiten beiseite, die sich einer Realisierung entgegenstellen würden. Ich gehe vielmehr davon aus, daß es uns gelingen könnte, ein Europa zu entwerfen, das bis ins östliche Mittelmeer hineinreicht und auch Staaten wie Algerien oder andere Interessenten aus dem Maghreb assoziativ erreicht. Ich meine nicht das NATO-Europa, sondern ein Bild Europas, das sich über die Konstruktion des Gemeinsamen Marktes der nordwesteuropäischen Industriestaaten mit all seinen Hindernissen hinausentwickelt. Wenn ein solcher Bund seine politisch-kulturelle Vitalität entfalten würde, dürfte das die Position Europas und auch der Deutschen in Europa grundlegend verändern. Daran könnte auch die Sowjetunion nicht vorbeigehen. Denn ein solches Europa würde eine erhebliche Anziehungskraft auf Südosteuropa, auf Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und auch Albanien ausüben.

Damit würde sich das Bild Europas und seine weltpolitische Rolle grundlegend wandeln, weil seine Ausstrahlung nach dem Nahen Osten, auf die Araber, völlig neue politische Möglichkeiten und ebenfalls Ansätze zu einem Ausgleich schaffen würde. Dann würde nicht mehr das schwer zu definierende Mitteleuropa mit dem Zentrum Bundesrepublik im Mittelpunkt der gegenseitigen Machtpolitik stehen. Das würde auch für die Sowjetunion die Lage verändern - kulturell, ökonomisch und damit auch politisch.

Wenn man eine solche Politik ins Auge fassen wollte, so muß man realistischerweise davon ausgehen, daß die Europäer, nach allen Erfahrungen, von sich aus nicht in der Lage sein werden, ein so übergreifendes Konzept zustande zu bringen. Ich erinnere daran, daß die Anfänge der europäischen Einigung in den 50er Jahren eine Funktion der amerikanischen Politik gewesen sind. Seit den 60er Jahren protegieren die Vereinigten Staaten Europa nicht mehr in dieser Weise, sondern sie sehen Europa im Grunde nur noch als Konkurrenz zu ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen. Wir befinden uns jetzt in der unangenehmen Situation, daß wir auf der einen Seite eine Raketen-Solidarität beschwören und auf der anderen Seite mit den Vereinigten Staaten bereits mehrmals am Rande eines Wirtschaftskrieges standen.

Ich meine, es kommt darauf an, Amerika wieder für eine Politik zu gewinnen, die der europäischen Einigung förderlich ist. Hier sehe ich auch die besondere Aufgabe der Bundesrepublik, die nicht auf Distanz zu Amerika gehen darf, sondern die den Amerikanern deutlich machen sollte, welche Bedeutung Europa für die Weltpolitik haben könnte. Einen derartigen Versuch haben wir seit Jahren unterlassen. Es müßte das Ziel der deutschen Amerika-Politik sein, mit Nachdruck dafür zu werben, damit die USA ihre "Kissinger-Haltung", wie ich sie einmal nennen möchte, gegenüber Europa allmählich ablegen und eine andere Einstellung gewinnen. Das wird zweifellos nicht leicht sein.

Ich wiederhole: Ich spreche jetzt nicht von einem Europa der westeuropäischen Staaten, sondern schließe bewußt Südeuropa mit ein. Ein solches Europa würde nicht nur die kulturelle und gesellschaftliche Anziehungskraft auf die Staaten des Ostblocks beträchtlich erhöhen, sondern auch die Möglichkeiten der Bundesrepublik auf dem Felde der Deutschlandpolitik erheblich erweitern. Die großen Streitfragen würden sich dann nämlich nicht mehr auf die engen zentraleuropäischen Fragen richten, die im Grunde mit den deutschen Interessen gleichgesetzt werden - wie Wiedervereinigung oder Zusammenleben als Nation. Hier ginge es vielmehr um eine gesamteuropäische Politik, die andere Dimensionen hätte, als das bislang der Fall ist.

Ich füge hinzu, daß nach meiner Überzeugung sich auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir heute haben, erst durch eine politische Entscheidung werden lösen lassen. Die politische Einheit ist die Voraussetzung für die Überwindung der wirtschaftlichen Probleme und nicht umgekehrt. Ein anderer Fehler lag in Hallsteins falscher staatsrechtlicher Auffassung, das Wesen des entstehenden europäischen Bundesstaates bestehe darin, daß der Zentralstaat den Mitgliedstaaten alle vitalen Kompetenzen entzieht, also vor allem die wirtschaftlichen. Dieser Weg hat nicht zum Ziel geführt.

Ich meine schon, daß eine grundlegend neue Europapolitik vor allem von der Bundesrepublik getragen werden sollte. Das würde neue Aspekte sowohl für die deutsch-deutschen Beziehungen wie für die Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarn, etwa zu den Ungarn, Rumänen und Bulgaren ermöglichen.

Ich gebe zu, für Pragmatiker klingt das alles sehr theoretisch. Aber es ist keine Theorie, sondern Phantasie. Ohne den Mut zur Imagination werden wir so leicht keine neuen Wege finden.

### **Weidenfeld**

Ich möchte drei Gesichtspunkte zur Operationalisierung nennen:

Der erste bezieht sich auf unsere bisherige Diskussion und ist ein klassischer deutschlandpolitischer Aspekt. Ausgehend von der Prämisse, daß viele Probleme, die uns deutschlandpolitisch in den letzten Jahrzehnten beschäftigt haben, von unpräzisen Elementen des Konzepts mitverursacht sind, ziehe ich die Schlußfolgerung: Es kommt darauf an, das Ausmaß der Unklarheiten in diesem Konzept zu reduzieren. Wir sollten klarmachen, was wir eigentlich wollen und was nicht, damit die Diskussion nicht dem wabernden Unbehagen an den Rändern der Gesellschaft überlassen bleibt.

Zweiter Gesichtspunkt. Es ist hier immer wieder gesagt worden, die deutsche Frage sei im Grunde eine europäische Frage. Wir könnten uns in der deutschen Frage nur so weit bewegen, wie es unsere europäischen Nachbarn mitvollziehen. Aber nach dieser Feststellung fällt uns dann zu Europa relativ wenig ein - das geht uns zweifellos nicht nur hier in diesem Kreis so.

Bestenfalls erleben wir, gerade in intellektuellen Zirkeln, eine eigenwillige Art der mäkelligen Herablassung, wenn von der europäischen Integration die Rede ist. Dabei stellt man dann meist fest, daß die Kenntnisse dieser Leute einem Stand der europäischen Integration entsprechen, der vielleicht vor 15 Jahren Gültigkeit hatte und mit dem gegenwärtigen Status nichts mehr zu tun hat. Da wird dann in großen Kulturdebatten mit leichter Hand über Europa hinweggeredet, ohne daß man weiß, worüber man spricht. Solange der Wissensstand über dieses Europa so gering ist, kann es wohl auch nicht gelingen, die europäische Integration weiter voranzubringen.

Dabei war die europäische Integration in den letzten 10, 15 Jahren viel erfolgreicher, als es viele wahrhaben wollen, und als von vielen öffentlich dargestellt wurde. Denn selbst wichtige europapolitische Erfolge sind uns in den letzten 10 Jahren vornehmlich als materialistischer Kleinkram angeboten worden.

Im Blick auf die europäische Erfolgsbilanz der jüngsten Vergangenheit erinnere ich daran, daß für die westeuropäischen Staaten mit der Einrichtung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eine Tabuschwelle überschritten wurde. Eine zweite Tabuschwelle sind wir gegenwärtig dabei zu überschreiten, nämlich die Einbeziehung der Sicherheitspolitik. Den heutigen Diskussionsstand von EPZ und Sicherheitspolitik, vor 10 Jahren nur als theoretisches Modell in den Raum gestellt - dies wäre als völlig wirklichkeitsfremd abgetan worden.

Schauen Sie sich an, was sich in der europäischen Integration jenseits des Kernbereichs der Römischen Verträge vollzogen hat. Die Römischen Verträge enthalten eine Pauschalerklärung, Artikel 235, daß sich die Gemeinschaft über die Verträge hinaus mit allen möglichen Fragen beschäftigen kann, die sie für wichtig hält. Diesen Artikel hat die Gemeinschaft extensiv genutzt und ihn wie ein Netz über zahlreiche zusätzliche Aufgaben und Herausforderungen gelegt. Da kann man doch nicht

einfach behaupten, es bewege sich nichts! Oder denken Sie an die Entwicklungspolitik, die Regional- und Sozialpolitik und etliche andere Bereiche.

Was Kritik an Europa provoziert, sind oftmals Vorgänge, die sich im Alltag auf allen anderen politischen Ebenen genauso abspielen. Es gibt sie in jeder Stadt, in jeder Gemeinde, in jedem Staat. Nur ausgerechnet auf der europäischen Ebene rufen sie unsere Kritik, ja unsere fundamentale Herablassung hervor. Ich halte dies für unangemessen, im Grunde für unpolitisch, wenn nicht gar für antipolitisch. Wenn man alle Harmonievorstellungen, die man mit sich herumträgt, ausgerechnet an der Einigung Europas festmachen will, kann die Integration nicht gelingen.

Natürlich finden sich in diesem Europa alle Konflikte, Beschwerlichkeiten, Vertagungen, die wir auf jeder anderen politischen Ebene entsprechend beobachten. Ich möchte einmal fragen, ob sich beispielsweise das Ringen um den kommunalen Finanzausgleich oder um Anteile am Steuerkuchen strahlender ausmacht als das, was sich auf Ministerratsebene in der EG abspielt.

Warum legen wir eigentlich so unterschiedliche Beurteilungsmaßstäbe an? Wir haben es zugelassen, daß dieses europapolitische Konzept keinerlei intellektuelle Bindewirkungen mehr entfaltet. Es gibt im Grunde genommen keine intellektuelle Diskussion zu Europa mehr, die wirklich interessant ist. Die Diskussion ist versandet. Wenn man das Thema Europa derart geistig verkommen läßt, darf man sich nicht wundern, wenn uns zu dieser Elementarvoraussetzung der deutschen Frage die Worte fehlen.

Für entwicklungswürdig im Sinne der vorhin geforderten Operationalisierung sehe ich die Tatsache an, daß die europäische Integration in den letzten 15 Jahren - unabhängig von den Einzelerfolgen - in der Lage ist, neue Formen der Integration oder auch der Kooperation, die dann einmal zur Integration führen, pragmatisch experimentierend einzubauen. Daß dies möglich wäre, hätten sich die Puristen der 50er Jahre nicht träumen lassen. Was spricht eigentlich dagegen, auf diesem Weg weiterzugehen und zu überlegen, was man an neuen Experimenten entwickeln kann, um die europäische Integration voranzubringen?

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Punkt: Wenn wir etwas tun wollen, dürfen wir nicht immer darauf warten, bis alle zehn Mitgliedstaaten der EG ihre Zustimmung geben. So wie wir heute vorgehen, tragen wir auch dazu bei, daß ein sehr wichtiger Ansatz des deutsch-französischen Vertrages versandet. Denn es war damals die Absicht der beiden Vertragsväter, in politischer Hinsicht voranzugehen und auf die Sogwirkung des Erfolges zu setzen.

Ich habe mir vor kurzem die Protokolle der Vier-Augen-Gespräche zwischen Adenauer und de Gaulle angesehen, die vor dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages stattfanden. Interessant ist, daß darin das klassische Thema der deutsch-französischen Verständigung praktisch nicht auftaucht, weil beide davon ausgingen, daß dies nicht mehr das Hauptproblem sei. Was beide bewegte - vor dem Hintergrund einer internationalen Ausgangsposition, die in manchem unserer heutigen ähnelte;- war die Tatsache, daß die Westeuropäer politisch und sicherheitspolitisch zusammenarbeiten müssen. Und beide waren der Ansicht, das müsse von Frankreich und Deutschland ausgehen. Wenn die anderen Länder im Augenblick nicht wollten, sollten die beiden Staaten es tun und darauf setzen, daß die anderen nachziehen.

In der europäischen Karte auf diesem Sektor der deutsch-französischen Zusammenarbeit steckt also in Ergänzung zu dem, was wir bisher organisatorisch geleistet haben, noch eine Menge von hoher deutschlandpolitischer Relevanz.

Dritter Gesichtspunkt und logische Ergänzung dazu ist der KSZE-Prozeß. Man kann den KSZE-Prozeß nur dann sinnvoll durchstehen und voranbringen, wenn man die europäische Integration weiterentwickelt. Ich sehe auch rein logisch keine Alternative zu diesen beiden Komponenten, zu EG und KSZE, wenn man von der europäischen Implikation der deutschen Frage spricht.

Der KSZE-Prozeß hatte seine stärkste Phase, als er nicht nur in der Hand der Diplomaten lag, sondern durch die Teilnahme einer breiten Öffentlichkeit außerhalb der diplomatischen Verhandlungen beeinflußt wurde. Das ist in der letzten Zeit auch nicht mehr der Fall gewesen. Deshalb plädiere ich dafür, die öffentliche Diskussion des KSZE-Prozesses in Zukunft wieder mehr zu fördern.

Kurz zusammengefaßt: Ich halte auf Dauer nur eine stark multilateral angelegte Deutschlandpolitik für sinnvoll. Vor dem Hintergrund des latenten Mißtrauens, von dem hier vielfach die Rede war, glaube ich nicht, daß irgendwelche Alleingänge auch nur im Ansatz erfolgsträchtig sein können.

**Holzer**

Ich teile die Meinung, daß etwa im Bereich der EPZ erstaunlicherweise mehr geschehen ist, als in all den Bereichen, in denen es eingespielte Mechanismen gibt. Ich hätte gern von Herrn von Wechmar gewußt: Wie funktioniert das eigentlich? Wie intensiv sind die Treffen, die zu fünft, zu sechst, zu siebt in New York oder an einem anderen Ort in wichtigen politischen Fällen abgehalten werden?

### **Freiherr von Wechmar**

Es kommt in der Tat auf den Ort an. Dort, wo die Gemeinschaft als Einheit auftritt, wie bei den Vereinten Nationen in New York oder bei der UNCTAD in Genf, ist die Abstimmung so intensiv, daß sie fast stündlich vorgenommen werden muß, weil ständig neue Erkenntnisse, aber auch neue Weisungen eintreffen. Das ist weithin unbekannt. Deshalb stimme ich Herrn Weidenfeld zu, daß über die EG und EPZ und auch über den KSZE-Prozeß mehr öffentlich diskutiert werden sollte.

Das führt in der UNO übrigens so weit, daß die Länder der Gemeinschaft nach Abschluß einer Generalversammlung an ihre Außenministerien einen gemeinsamen Bericht über die Bewertung jedes einzelnen Falles und das Verhalten der Gemeinschaft dabei absetzen. Anders ausgedrückt: Der deutsche Botschafter in Genf oder in New York berichtet ebenso an den irischen Außenminister wie an den französischen, den dänischen und so weiter und umgekehrt. Das ist ein einmaliger Vorgang. Das ist jeweils ein dickes Kompendium, das zu zweierlei zwingt. Einmal muß man sich gemeinsam darüber klarwerden, wie man den einzelnen Vorgang zu bewerten hat. Zum zweiten werden die Außenministerien gezwungen, sich bei der Planung der nächsten Runde auf eine gemeinsame Position zu verständigen.

Mit anderen Worten: Das Zusammenwachsen der Gemeinschaft an den Plätzen, an denen die Gemeinschaft gegenüber Dritten auftreten muß, hat ein Ausmaß erreicht, das man sich vor zehn Jahren nicht hat vorstellen können. Das schließt nicht aus, daß sich die EG-Mitglieder intern in Brüssel ständig streiten. Aber wo es um gemeinsames Abstimmungsverhalten geht, wo es darum geht, gemeinsame Erklärungen und ähnliches zustande zu bringen, hat sich ein Verfahren eingespielt, das weit über die Römischen Verträge hinausgeht. Es ermöglicht eine Form des Zusammenwirkens, die erstaunlich ist und den Neid vieler und den Respekt aller gewonnen hat.

Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade bei den Vereinten Nationen in New York heute nicht zuerst gefragt wird: Was machen die Amerikaner, sondern: Was macht die EG? Bei jeder Entscheidung, gleich ob in Abrüstungs- oder Wirtschaftsfragen, bei Entwicklungshilfe oder Sozialabkommen - die Gemeinschaft wird von dem Rest der Welt, die Osteuropäer eingeschlossen, zuerst befragt. Man möchte erst einmal wissen, was wir machen.

Und ASEAN wäre als Konzept sicher nicht entstanden, wenn es die Gemeinschaft nicht gäbe. Auch der Rat der Golfstaaten wäre ohne das Modell der Gemeinschaft nicht zustande gekommen. Das gleiche gilt für den Andenpakt. Das sind alles Kopien, gute und schlechte.

### **Kaiser**

Dennoch wäre es interessant zu prüfen, wo die EPZ deutschlandpolitisch eingesetzt werden kann.

### **Gräfin Dönhoff**

In Kurzfassung möchte ich aus der bisherigen Diskussion folgendes Resümee ziehen: Die deutsche Frage kann nur als Nebenprodukt einer Überwindung der europäischen Teilung gelöst werden, die wiederum nur bei Überwindung des Ost-West-Konflikts denkbar ist.

Wenn wir das westliche Bündnis einmal als Ganzes nehmen, dann sollte man sehr offen darüber sprechen: Was kann jedes einzelne Mitglied für sich und was können die Europäer gemeinsam tun und was nicht. Schließlich: Was können und wollen die Vereinigten Staaten?

Wir haben es doch in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren ständig erlebt: Es kracht im Bündnis an allen Stellen. Dann findet eine Gipfelkonferenz statt und man bestätigt einander, alles sei in Ordnung und gehe sehr gut. Kaum kommen sie nach Hause - das war nicht nur nach Versailles und Williamsburg, sondern eigentlich immer so;- , dann fängt der Ärger wieder von vorne an. Den Grund sehe ich darin, daß man nie ehrlich zugegeben hat, daß aus historischen und geopolitischen Gründen, aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen und so weiter, das Bündnis aus zwei total verschiedenen Teilen besteht: Europa und den Vereinigten Staaten.

Zum zweiten sollten wir uns einmal langfristig fragen: Wie muß eigentlich die Welt in zehn oder zwanzig Jahren aussehen, wenn wir alle überleben wollen? Und was müssen wir heute tun, um dort dann auch anzukommen?

Der größte Fehler scheint mir darin zu liegen, daß der Kontakt zwischen Ost und West heute fast ausschließlich auf Sicherheitsfragen reduziert ist. Die ganze Breite dessen, was die Kontakte zwischen Völkern, Staaten, Nationen ausmacht, ist völlig vernachlässigt worden. Es gibt so viele gemeinsame Probleme, die es zu lösen gilt, wie Umwelt, Energie, internationale Finanzen, Dritte Welt. Ich will nicht so weit gehen zu behaupten, es gebe eigentlich mehr Gemeinsames zwischen Ost und West als Trennendes, aber wir haben bestimmt sehr viel mehr Gemeinsames, als heute geltend gemacht wird. Solange wir wie hypnotisiert nur auf das Militärische starren, werden wir keinen Schritt weiterkommen.

## Schulz

Ich bin der Meinung, daß in der Deutschlandpolitik mittelfristig nur etwas über Europa läuft. Aber über welches Europa? Herr Altmann hat von einem Europa gesprochen, das sich in Richtung Mittelmeer verlagert. Das würde zwangsläufig zu einer sehr lockeren Organisationsform führen, da dann, sagen wir, 20 Mitglieder an den Entscheidungsprozessen in irgendeiner Form mitbeteiligt wären.

Man könnte sich vorstellen - Herr Weidenfeld hat das angedeutet;-, daß es unterschiedliche Integrationsdichten gibt, ein System von konzentrischen Kreisen. Dabei dürfte der innere Kreis nicht zu weit werden, damit dort wirklich noch etwas entschieden werden kann. Sonst läuft nämlich nach außen gar nichts mehr. De Gaulle hat einmal gefragt, wo denn der Fédérateur sei, der Europa zusammenbringen könnte. Ein Fédérateur war damals nicht in Sicht; er ist auch heute nicht in Sicht.

Nun gibt es Dinge, die Staaten veranlassen, Schritte zu tun, die sie sonst nicht getan hätten. Frankreich ist plötzlich auf den Gedanken gekommen, der Bundesrepublik eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit konkreter in Aussicht zu stellen als früher. Warum? Weil die Bundesrepublik auf einmal als unsicher erscheint und Frankreich sich sagt, wenn es jetzt nicht etwas tut, wird die Sache gefährlich. Es ist ja immerhin denkbar, daß in der Bundesrepublik auf lange Sicht für die deutsche Frage ein Konzept entwickelt wird, das in eine andere Richtung weist. Wenn es mit der Einigung Europas nicht weitergeht und die Franzosen, Engländer und die anderen hier nicht mitziehen, dann werden die Deutschen sich langfristig möglicherweise für einen Alleingang entscheiden. Hier könnten wir die deutsche Frage gewissermaßen als Druckmittel einsetzen, um die Integration voranzubringen.

Umgekehrt wird man aber auch überlegen müssen, ob die sehr vage Form, in der wir bisher die deutsche Frage offenhalten, nicht sogar ein Hindernis für die anderen ist, einer weitergehenden politischen Integration zuzustimmen. Denn im Grunde wissen sie ja gar nicht, mit wem sie sich da integrieren. Das beginnt bei der Geographie, zum Beispiel der Oder-Neiße-Grenze. Wenn man auch nicht formell einen Rechtsakt vornehmen kann, um die Oder-Neiße-Grenze als endgültig festzulegen, so kann doch niemand den Bundestag daran hindern, mit den Stimmen aller Parteien eine feierliche Erklärung abzugeben, um Deutschland auf das gegenwärtige Siedlungsgebiet der Deutschen zu begrenzen.

Wichtig ist auch die Frage: Was wird eigentlich langfristig aus Berlin? Herr Stürmer hat darauf hingewiesen, es könne durchaus passieren, daß die Amerikaner zu einem Zeitpunkt aus Europa weggehen, zu dem wir das gar nicht wollen. Niemand kann das wissen - unbestimmt wie die amerikanische Außenpolitik nun einmal ist. Können wir uns wirklich darauf verlassen, daß die Vier-Mächte-Rechte in Berlin von allen vier Mächten - und uns interessieren dabei die drei Westmächte - unbegrenzt ausgeübt werden, auch wenn diese Vier-Mächte-Rechte einmal mehr Belastungen mit sich bringen, als sie Ertrag versprechen? Haben wir uns eigentlich überlegt, was man tun könnte, um eine tragfähige Struktur herzustellen, wenn die Vier-Mächte-Rechte einmal nicht mehr zu halten sind?

Herr Stürmer hat vom Schachbrett Europa von 1648 gesprochen. Es bieten sich aus der Geschichte eine Reihe von Modellen an, die man mutatis mutandis - in Erwägung ziehen kann. Man sollte das nicht alles dem Zufall überlassen, sondern sich darüber Gedanken machen. Natürlich kann man heute nicht sagen, was in 20 Jahren konkret sein soll. Man kann aber darüber nachdenken, welche Möglichkeiten sich denn da auftun. Je mehr Modelle man alternativ in der Schublade liegen hat, desto mehr Möglichkeiten hat man, um in einer kritischen Situation zu reagieren.

Die Sowjetunion sieht ihre Sicherheit in Europa zur Zeit dadurch gewährleistet, daß sie sich ein riesiges Glacis verschafft hat, das Herr Bondy offenbar für sehr stabil hält. Ich halte es für sehr viel weniger stabil und auch in den Augen der Sowjetunion für wenig befriedigend. Dieses Glacis kann sich für die Sowjetunion durchaus so entwickeln, daß es fraglich erscheint, ob es noch ein Faktor der Sicherheit oder nicht vielmehr nur ein Kostenfaktor ist.

Man könnte sich vorstellen, daß, wenn die Konfrontation mit den USA anhalten sollte, in der Sowjetunion eines Tages der Gedanke erwogen wird, den de Gaulle in verfehlter Weise und zu einem verfehlten Zeitpunkt in Moskau vorgetragen hat: daß es für die Sowjetunion angenehmer sein könnte, einem vereinigten unabhängigen Gesamteuropa gegenüberzustehen als einem vereinigten Westeuropa in der Atlantischen Allianz mit den USA.

Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen: Ich bin nicht dafür, die NATO zur Disposition zu stellen. Ich sage nur: Es könnte für die Sowjetunion eines Tages anders aussehen. Ich würde nicht vorschlagen, daß wir von uns aus der Sowjetunion derartige Avancen machten, aber wir sollten, sofern Moskau die Sicherheitslage einmal anders sieht, denkbare Alternativen erwogen haben.

### **Bondy**

Bei all solchen geopolitischen Überlegungen zur Sowjetunion - Glacis und so weiter - sollte man eines nicht vergessen: Die Ideologie mag in der Sowjetunion nicht mehr sehr lebendig sein; doch eines ist dort nach wie vor unbestritten: Der Kommunismus gilt als "die Zukunft"; unsere Systeme gehören daher der Vergangenheit an, sind Überbleibsel. Das darf sich nicht umkehren.

Wenn in einem Land, das zum Machtbereich der Sowjetunion gehört, das kommunistische Einparteiensystem stürzte und unser System an die Stelle träte, ließe das für die Völker der anderen sozialistischen Länder die Perspektive offen, daß der Kommunismus der Vergangenheit angehöre, daß unser System die Zukunft sein kann. Deshalb ist für die Sowjetunion nicht denkbar, irgendeinen kommunistischen Staat preiszugeben, was immer die Vorteile sein mögen und welche geopolitischen und sonstigen Gründe dafür sprechen mögen.

### **Löwenthal**

Ich habe vorhin gesagt, daß eine generelle Lösung der europäischen und der deutschen Frage, die nicht isoliert zu lösen sind, erst möglich ist, wenn es eine grundsätzliche Veränderung in der Sowjetunion gibt. Dabei geht es nicht nur um die Einsicht, daß das östliche Paktsystem, so wie es heute ist, für die Sowjetunion möglicherweise auf Dauer Nachteile bringt, sondern um einen grundlegenden Verzicht auf ihre bisherige Politik.

### **Schulz**

Einsicht entsteht immer nur aus Zwang.

### **Löwenthal**

Das ist richtig, aber wir wissen nicht, wann das passieren wird, und deshalb hat es nicht viel Sinn, sich darüber jetzt zu unterhalten.

Ich möchte mich vielmehr der Frage zuwenden, was wir heute im geteilten Europa tun können, um die Überwindung dieser Teilung vorzubereiten. Mit Vorbereitung meine ich nicht, die Sowjetunion zu überzeugen, sondern zur Entwicklung einer Situation beizutragen, in der einerseits Westeuropa lebensfähig ist und in höherem Maße an Einfluß gewinnt und in der andererseits die kulturellen und menschlichen Kontakte sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westeuropa und Osteuropa soweit wie möglich ausgebaut werden. Was wir hier für die zwei Deutschland tun, tun wir auch für die zwei Europa. Das ist die Aufgabe, die sich für eine absehbare Zeit stellt.

Es sind bisher zwei Ebenen solcher Aktivitäten genannt worden, nämlich die KSZE und die EPZ. Es gibt noch eine dritte Ebene, auf der man etwas tun kann, nämlich die europäischen Wahlen.

Ich beginne mit der KSZE, die weiter für Ost-West-Kontakte genutzt werden sollte, für den Ausbau der ökonomischen Beziehungen, für Kulturaustausch, Reise-Kontakte und so weiter. Das ist zeitweise recht gutgegangen. Das muß sowohl im europäischen Rahmen als auch zwischen den beiden Deutschland weitergehen.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit ist hier ein sehr viel neueres Feld. Ihre Aufgabe wird es vor allem sein, in wachsendem Maße eine Rolle in der westlichen Sicherheitspolitik zu spielen. Mit anderen Worten: Die Europäer sollten innerhalb der NATO soweit wie möglich gemeinsam auftreten. Ich habe bereits darauf hingewiesen, welche Sorge mir die Instabilität und Unberechenbarkeit der amerikanischen Außenpolitik bereitet. Wenn wir uns darüber nicht nur beklagen wollen, kommt es darauf an, den Einfluß der Europäer in der Allianz durch gemeinsames Auftreten zu verstärken. Dazu gehört, daß wir nicht bloß alles besser wissen wollen als die Amerikaner, sondern daß wir mehr leisten als bisher.

Ich nenne ein Beispiel dafür. Eine der großen Diskussionen in der Sicherheitsfrage geht heute darum, wie lange wir uns noch auf die nukleare Abschreckung verlassen können. Ich sage nicht, daß sie bereits jetzt überflüssig ist. Das ist sie nicht. Es ist aber ziemlich sicher, daß sich die Perspektive der nuklearen Abschreckung verengt. Unser Problem ist, wie wir eine Situation herbeiführen, die es uns erlaubt, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten. Das heißt: Die konventionelle Verteidigung Europas ist eine wesentliche Aufgabe der Europäer. Die Nagelprobe auf die Europäische Politische Zusammenarbeit wird sein, ob es uns gelingt, eine gemeinsame Politik zur Verstärkung des konventionellen Beitrages der Europäer zur Verteidigung Europas zustande zu bringen, damit wir irgendwann einmal auf den Ersteinsatz verzichten können. Dies ähnelt, wenn Sie so wollen, dem Rogers-Plan. Wir können nicht den Einfluß Europas verstärken und gleichzeitig die Spannung in Europa vermindern, wenn wir nicht in dieser Richtung vorangehen.

Dann will ich noch etwas zum Thema der europäischen Wahlen sagen. Die ganze Diskussion geht davon aus, daß mit der Europäischen Gemeinschaft, so wie sie jetzt im wesentlichen als ökonomische Gemeinschaft konstruiert ist, angesichts der schlechten ökonomischen Bedingungen kurzfristig nicht viel zu machen ist. Die europäischen Wahlen können nun zwei Dinge bewirken. Zum einen, wenn die Kampagne vernünftig geführt wird, wirken sie direkt auf die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern ein. Zum anderen finden sie unter Bedingungen statt, wo von ihrem Ausgang machtmäßig nicht sehr viel abhängt: Keine Regierung wird von den europäischen Wahlen beeinflusst. Verantwortlich denkende politische Parteien können es sich also einzeln oder gemeinsam leisten, in den europäischen Wahlen Vorschläge zu machen, die sie vielleicht Stimmen kosten, die aber auf längere Sicht die öffentliche Meinung verändern.

Einer der Hauptgründe, warum die Europäische Gemeinschaft in einem so miserablen Zustand ist, liegt darin, daß alle Regierungen unter dem Druck der beschränkten Meinungen der Interessenten im eigenen Lande stehen. Was wir tun müssen, ist, die Meinung dieser Interessenten im eigenen Lande frontal anzugreifen, indem möglichst viele Parteien in diesem Sinne eine Wahlkampagne in möglichst vielen Ländern durchführen.

Welche Fragen müßten im europäischen Wahlkampf aufgeworfen werden? Es dürften nicht, wie es bisher gewesen ist, dieselben Fragen sein, die wir in unseren heimischen Wahlkampagnen stellen. So haben wir es bei der ersten Europawahl gemacht, und das war vollkommen sinnlos. Es müssen vielmehr Fragen gestellt werden, die wirklich mit Europa zu tun haben. Zum Beispiel die Frage einer gemeinsamen Energiepolitik, einer gemeinsamen Umweltpolitik, einer gemeinsamen Dritte-Welt-Politik, auch einer gemeinsamen Antiprotektionismus-Politik.

Mir scheint, keiner von uns könnte, wo immer er sitzt - in seiner Zeitung oder in seiner Partei-, etwas Nützlicheres für Europa tun, als darauf zu drängen, daß die nächste Europawahl unter solchen Themen steht, um sie zur europäischen Erziehung der öffentlichen Meinung zu nutzen. Da sind keine schnellen Erfolge zu erwarten, und wir werden mehr als eine Kampagne brauchen. Wenn wir aber darin ein Stück vorankommen, leisten wir etwas für das Zusammenwachsen Europas über die EPZ hinaus. Das würde sich auch positiv auf die Zusammenarbeit Westeuropas mit den Osteuropäern auswirken.

### **Ehmke**

Wie können wir grundsätzlich weiterkommen? Herr Altmann und Herr Weidenfeld haben sich in unterschiedlicher Weise dazu geäußert. Gibt es nicht die Möglichkeit, über die europäischen Fragen mittelbar auch die deutschen Dinge weiterzubewegen und miteinander ins Gespräch zu kommen? Denn wir sind uns hier doch weitgehend einig, daß die Bundesrepublik nicht isoliert vorgehen kann.

In Amerika wird die Europamüdigkeit eher größer werden mit den Gefahren, die Herr Stürmer erwähnt hat. Das ergibt sich schon aus den innenpolitischen Verschiebungen drüben. Wie läßt sich - mit Kennedy zu sprechen - die europäische Säule der NATO stärken? Mit einer Wirtschaftskraft, die nicht so viel geringer ist als die der Amerikaner und die weitaus größer ist als die der Sowjetunion, müßte einiges zu machen sein. Ob die Einbeziehung Algeriens oder des Maghreb sehr viel zur kulturellen oder ökonomischen Einheit beitragen würde, bin ich mir nicht so sicher.

### **Löwenthal**

Ich wäre für ein Verbot jeder Neuaufnahme in die EG nach Spanien und Portugal, wir haben schon zu viele Mitglieder.

### **Ehmke**

Die Situation in der NATO fordert, wie wir gehört haben, einen europäischen Akzent in der Bündnispolitik. Das gleiche gilt für die Wirtschaftspolitik; denn wir wollen natürlich am Osthandel aus eigenem Interesse festhalten, aber auch um die Entspannungspolitik fortzusetzen. Es geht nicht an, daß das amerikanische Getreide der Sowjetunion zu Bedingungen geliefert wird, die besser sind, als sie je waren - der amerikanische Präsident hat in dem neuen Vertrag sogar auf seine Sanktionsmöglichkeiten verzichtet;-, während uns das sowjetische Erdgas vorgerechnet wird.

Wir müßten zweitens zu einer Politik finden, die uns nicht in weitere Konfrontation zu Amerika bringt. Wir stehen ja vor großen Auseinandersetzungen. Wenn der Export Administration Act durchgeht, wird ein direkter Konflikt Amerika - Europa auf wirtschaftlichem Gebiet nahezu unvermeidbar. Umgekehrt verhält es sich im Agrarbereich. Dort müßte sich die EG gegenüber den Amerikanern an die Brust klopfen. Aber es wird wohl alles eher schwieriger; auch der Konflikt um das Erdgas-Röhrengeschäft ist noch nicht zu Ende.

Auch in der Entwicklungspolitik hat Europa bisher nicht allzuviel getan. Lomé ist eigentlich die einzige positive europäische Leistung.

Ich stimme zu, daß die Europapolitik entwickelt werden müßte. Das setzt allerdings voraus, Herr Altmann, daß wir die EG in Ordnung bringen. Dieses Europa hat eine wirtschaftliche Basis. Wenn etwas funktioniert hat, dann deshalb, weil wir den europäischen Markt haben.

Ich war vor kurzem in Italien und wurde dort von dem Vorsitzenden der größten Gewerkschaft gefragt: "Erklär' mir einmal, warum gerade die linken Parteien in Europa heute so nationalistisch und protektionistisch sind." Meine Antwort war, daß die linken Parteien diejenigen sind, die für eine aktive Wirtschaftspolitik eintreten. Die kann man heute aber im wesentlichen nur national betreiben. Da aber alle Wirtschaftsprobleme international sind, was bleibt dann an nationaler ökonomischer Politik außer einer Form von Protektionismus übrig? Dagegen ist das konservative Nichtstun fast international und modern; die sagen gleich: Wir können nichts tun.

Kernpunkt der Europapolitik bleibt die Wirtschaft. Und da sage ich zu Rix Löwenthal: Man kann die wirtschaftliche und finanzielle Schwäche der EG, die Unfähigkeit, das Arbeitslosenproblem zu lösen, die Unfähigkeit, vom Agrarmarkt auf Beschäftigungspolitik umzuschichten, nicht mit einer Europa-Wahl kompensieren. Ich warne davor anzunehmen, daß wir in Europa etwas Neues schaffen werden, wenn es uns nicht gelingt, die EG wieder flottzumachen und zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu kommen, wobei ich auch noch nicht weiß, wie das möglich sein kann.

### **Löwenthal**

Wir können nicht auf die politischen Lösungen warten. Es ist notwendig, was Du sagst, aber es darf nicht der Vorwand sein, überhaupt nichts zu tun.

### **Ehmke**

Das sage ich nicht. Europa wird aber zum Beispiel nur dann im Nahen Osten Einfluß bekommen, wenn wir einen europäischen Hilfsplan entwickeln und da auch entsprechende Geldmittel hineinstecken, wenn die Amerikaner das nicht tun.

Europa wird auch gegenüber der Dritten Welt kaum etwas erreichen, wenn wir in der Wirtschaftspolitik nicht verhindern, daß die Dritte Welt durch zunehmenden Protektionismus noch weiter benachteiligt wird.

Ich sage nicht, wir sollten so lange warten, bis wir die europäische Wirtschaftspolitik in Ordnung gebracht haben, aber ich halte es für eine Illusion zu glauben, wir könnten die Krise der Europäischen Gemeinschaft, die sich in wenigen Wochen auf allen Gebieten erheblich vertiefen wird, dadurch beheben, daß wir auf andere Felder ausweichen. Wir müssen auch die EG in Ordnung bringen, um all das andere, das wir an europäischer Politik voranbringen wollen - vom Bündnis bis zur Deutschlandpolitik; schließlich ist die DDR indirekt Mitglied der EG;-, realisieren zu können.

### **Kaiser**

Ich weise nur darauf hin, daß die Frage der indirekten Mitgliedschaft der DDR immer wieder von unseren Partnern, vor allem von unseren englischen Freunden, kritisch aufgeworfen wird.

### **Weidenfeld**

Ich sehe die Zusammenhänge ähnlich wie Herr Ehmke: Wir können nicht einfach etwas Neues in Europa beginnen, wenn es uns nicht gelingt, das Alte einigermaßen zu stabilisieren, also die EG in



Ordnung zu bringen. Nur dann werden auch unsere Partner bereit sein, gemeinsam etwas Neues anzufangen.

Ich bin da allerdings nicht so skeptisch wie Sie. Die gegenwärtige Situation bietet uns meines Erachtens eine günstige Gelegenheit, für eine gewisse Ordnung der Dinge zu sorgen. Als massiven Hebel dafür sehe ich die Finanzreform der EG mit ihren entsprechenden Implikationen. Um sich die Größenordnungen, um die es dabei geht, klarzumachen, muß man sich nur vor Augen führen, daß der realistische Finanzmehrbedarf der Europäischen Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland Folgekosten mit sich bringt, die ungefähr dem Volumen der gesamten Einsparungen entsprechen, die wir in den letzten Monaten unter größten Schwierigkeiten zustande gebracht haben.

Jedermann weiß, daß die Einnahmen der EG erhöht werden müssen. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland muß da ein klares Reformkonzept vorlegen, wobei ich im Augenblick noch nicht recht sehe, ob wir den Hebel zielgenau ansetzen. Ich denke beispielsweise an den Beschluß der Agrarminister im Hinblick auf die Erweiterung des Agrarmarktes für Südfrüchte. Da ist praktisch schon die Hälfte verscherbelt, bevor die Ernte eingebracht ist. Ich halte das für keine glückliche Maßnahme. Doch das besagt nicht, daß es nicht einen wirksamen Hebel gibt.

Natürlich wird im Vorfeld von Gipfeltreffen immer gesagt: Wenn es nicht klappt, war es das letzte Mal. Solche Krisendramatik gehört zum politischen Geschäft. Wenn der Athener Gipfel Anfang Dezember scheitern sollte, wird eine große Krisen-debatte stattfinden. Der nächste 'Gipfel' wird dann um so dramatischer am Finanzhebel ansetzen.

Gräfin Dönhoff hat im Blick auf das Bündnis gefragt, welcher internationale Akteur denn in der Lage ist, zum Träger solcher Überlegungen zu werden. Ich stimme mit ihrer Analyse der Schwierigkeiten des Bündnisses überein, frage nur weiter: Warum hat das Bündnis diese Schwierigkeiten? Meine Antwort ist: Weil ihm eine politische Infrastruktur fehlt, also ein politischer Unterbau, der Interessen, Anliegen, Sorgen an die Entscheidungsträger heranbringt. Wenn etwas beraten oder entschieden ist, muß es wieder interpretiert werden, damit sich in den jeweiligen Gesellschaften ein breiter Konsens bilden kann. Ohne eine solche politische Infrastruktur - auf welcher Ebene der internationalen Politik auch immer - wild sich nicht mehr viel bewegen. Das heißt, wir müssen die Bedingungen der modernen Massengesellschaft auf die internationale Politik übertragen.

Von daher bin ich in hohem Maße skeptisch gegenüber den Erwartungen, die an alle Welt-Gipfelkonferenzen herangetragen werden, weil darin so ein Stück vordemokratisches Denken mitschwingt, eine Art Wiener Kongreß-Mentalität: Man müsse nur die Oberen an irgendeinem Ort dieser Welt zusammenbringen, damit sie beraten und dann entscheiden. Solange es keine Infrastruktur für solche internationalen Aktivitäten gibt, können die Oberen gar nicht viel bewirken.

### **Löwenthal**

Wir brauchen vor allem eine andere öffentliche Meinung.

### **Weidenfeld**

Das möchte ich ebenfalls unter Infrastruktur verstanden wissen, also alles, was quasi als Transmissionsriemen benutzt werden kann: öffentliche Meinung, Verbände, Parteien und so weiter.

Deshalb liegt auch das Hauptversäumnis der Parteien in diesem internationalen Bereich. Vor der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament haben sie einmal etwas in der Richtung getan, und sie entdecken jetzt, vier Jahre später, ihre internationalen Parteienzusammenschlüsse unter dem Druck einer zweiten Wahl wieder. Man muß darauf achten, daß die Bedingungen der modernen Massengesellschaft nicht an den Grenzen enden, wenn man die internationale Politik handlungsfähig halten will.

### **Holzer**

Herr Ehmke sagte, Basis der europäischen Zusammenschlüsse sei die Wirtschaft gewesen. So sieht es heute aus. Wir sollten aber nicht vergessen, daß die eigentliche Basis Verzweiflung und Angst waren. Europa stand unter einem massiven Angstdruck - nicht nur die Deutschen, sondern alle Europäer. Zumindest ist Europa damals kein Kind der Liebe gewesen, sondern ein Kind der Vernunft, der Angst, des bedrückenden Gefühls, ans Ende der Kolonne geraten zu sein.

Vielleicht könnte uns diese Erinnerung auch heute wieder vortreiben, obwohl die derzeitige Angst sicher ganz andere Wurzeln hat.

**Ehmke**

Ich meine nicht die Motivation, sondern die eigentliche Machtbasis, die Europa für eine solche Politik braucht.

**Holzer**

Trotzdem wäre es hilfreich, den Europäern immer wieder zu sagen, daß es nutzlos ist, über die eigene Bedeutungslosigkeit zu jammern und zu beklagen, daß die Entwicklung über einen hinweggeht, wenn sie ständig mit fünf, sechs oder elf Stimmen reden. Dabei könnten sie dieses weltpolitische Domestikendasein durchaus beenden, wenn sie täten, wovon sie alle überzeugt sind, daß es richtig, notwendig und auch machbar ist - bei allen Gegensätzen, die zwischen Engländern, Deutschen und Franzosen bestehen: nämlich mit einer Stimme zu reden. In der veröffentlichten Meinung geschieht auf diesem Gebiet zu wenig, in der Politik ist es fast noch weniger. Welche politische Partei hat sich dieses Themas deutlich und immer wieder bohrend angenommen?

**Ehmke**

In den letzten Jahren eher die Konservativen als wir.

**Altmann**

Das Ziel der EG war eine politische Einigung, das Mittel dazu war der Gemeinsame Markt. Es ist inzwischen eine schlechte Praxis umgekehrt worden. Die wirtschaftliche Rationalität ist zum Selbstzweck geworden. Wir erkennen, daß es so nicht weitergeht.

Herrn Löwenthal will ich sagen: Die Wendung der EG nach Süden ist keine Frage unseres Beliebens, sondern sie ist notwendig für den weiteren Prozeß - bei allen damit verbundenen Schwierigkeiten. Wir können auch nicht mehr zurück. Die EG kann sich in Zukunft nicht mehr auf ein Wirtschaftsbündnis von nordwesteuropäischen Industriestaaten beschränken.

Bisher haben wir die Probleme der Mittelmeeranlieger, soweit sie bereits Mitglieder der EG sind - Frankreich und Italien;- , als Regionalprobleme dieser Länder betrachtet, so wie bei uns den Bayerischen Wald oder die Zonenrandgebiete. In Wirklichkeit handelt es sich aber um die besonderen Probleme des kulturell und wirtschaftlich verkarsteten Mittelmeerraumes in seiner Gesamtheit. Alle diese Länder: Griechenland, Türkei, Spanien, der Midi in Frankreich und das Mezzogiorno in Italien leiden im Grunde unter denselben Folge Wirkungen. Das sind keine Probleme, die man mit Regionalfonds lösen könnte. Die deutsche Politik hat sich bisher darauf wenig eingestellt und reagiert ganz hilflos auf diesem Gebiet. Es gibt keinerlei Konzepte in den einzelnen Ministerien zu dieser Frage.

Wir haben auch nichts getan, um die Stellung der Kommission in Brüssel zu festigen, wobei ich mich jetzt nicht zur politischen Begabung der Kommissare äußern will, die wir dorthin entsenden. Wenn wir nicht bereit sind, dort vitale Politiker mit einem starken Rückhalt in der Regierungsspitze hinzuschicken, werden wir auch im Ministerrat nicht weiterkommen.

Vor allem gilt es also, das politische Ziel der EG wieder herauszuarbeiten. Wirtschaftliche Konzessionen müssen mit der Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit bezahlt werden. Die Griechen sehen umgekehrt in der politischen Pression eine Möglichkeit, um ihre Oliven und dergleichen im Gemeinsamen Markt unterzubringen. Die Spanier werden es bald genauso machen. Da wird die politische Resistenz von diesen Staaten als Mittel benutzt, um sich wirtschaftliche Vorteile zu erpressen.

Das politische Ziel läßt sich durch keinerlei Europabegeisterung und durch keine öffentliche Meinung ersetzen. Ich bin der Meinung, daß dieses Ziel nur zu erreichen sein wird, wenn die Vereinigten Staaten von ihrer bisherigen Politik abgehen. Das ist keine Frage von Wirtschaftsgipfeln. Die Deutschen sollten in dieser Hinsicht endlich Einfluß auf die amerikanische Politik nehmen und den Amerikanern klarmachen, welche Vorteile es für den Westen insgesamt bedeutet, wenn sich die EG stärker im Mittelmeerraum ausbreitet.

Ich bin zum Beispiel davon überzeugt, wenn man aufgrund einer großen politischen Entscheidung in der Türkei größere Mittel investieren würde, wäre es leichter, dort eine Liberalisierung zu erreichen. Auch die Griechen würden dann gezwungen sein, sich anders zu verhalten.

Ich will es ganz deutlich sagen: Der Fédérateur Europas wird Amerika sein - oder es wird kein Europa geben. Alle geschichtlichen Erfahrungen gehen dahin, daß eine Föderation im allgemeinen durch eine Vormacht entschieden wird, die von außen her den Anstoß gibt, niemals durch einen quasi

parlamentarischen Zusammenschluß aller "Eidgenossen". Wir brauchen die Protektion der Vereinigten Staaten, und wir müssen dafür werben, daß sie ihre Haltung Europa gegenüber ändern. Die deutsche Politik hat in den vergangenen Jahren sehr wenig getan, um dieses Ziel in Amerika beharrlich zu verfolgen.

Ich gebe zu, daß der Verfall des internationalen Währungssystems und die damit verbundene Renationalisierung wirtschaftspolitisch in hohem Maße zu einer Schwächung Europas und der europäischen Staaten beigetragen hat.

Was wir brauchen, ist eine solche langfristige Perspektive. Würde aber die Sowjetunion mit neuen Bemühungen seitens der Amerikaner zur Unterstützung der europäischen Einigung konfrontiert werden, müßte sie ihr Konzept ändern und könnte ihren Druck nicht mehr auf Mitteleuropa - in diesem verengten Sinne - konzentrieren.

Von den Träumen hingegen, die europäischen Mächte könnten sich aufrufen, aus eigenen Anstrengungen eine dritte Kraft zu werden, ist nicht viel zu halten. Das ist nicht einmal eine Utopie; es ist nur eine Illusion. Das bedeutet aber nicht, daß ein mit Hilfe Amerikas föderiertes Europa nicht eine bedeutende Eigenständigkeit gewinnen könnte.

Hätten die Amerikaner ein föderatives System ausgebaut, sähe es um die Stabilität der amerikanischen Politik besser aus. Das föderative Prinzip wäre geeignet, nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt eine tragfähige Struktur aufzubauen.

### **Kaiser**

Was halten Sie von Herrn Altmanns These, die europäische Einigung sei nur durch Amerika zu realisieren?

### **Stürmer**

Ich halte das für eine ausweglose These. Europa muß sich selbst einigen, sonst Gnade uns Gott! Die europäische Einigung ist in den 50er Jahren sicher unter dem Schutz Amerikas erfolgt, aber nicht durch die USA. Gleichzeitig aber hat dieser Schutz die europäische Einigung in entscheidenden Bereichen auch abgebremst, indem zum Beispiel im Sicherheitsbereich den Europäern der volle Ernst der Lage erspart blieb. Es ist da an das Schicksal der EVG zu erinnern.

### **Altmann**

Sie geben mir zu, daß in der Entstehungsphase ohne den Schutz Amerikas und ohne den Marshallplan nichts zustande gekommen wäre?

### **Stürmer**

Das steht außer Frage. Aber - und dieses "Aber" hat für die Gegenwart entscheidende Konsequenzen - Suez 1956 bedeutete einen Schock für Engländer wie für Franzosen, der bis heute nachwirkt. Unlängst ist im Britischen Unterhaus wieder das Stichwort Suez gefallen. Bis dahin hatten die Briten und die Franzosen noch den Sternenstaub ihres Empire festzuhalten versucht. Die Franzosen haben ihre "Sanctuaire" Theorie entwickelt; die Briten haben ihre halb-unabhängige Nuklearabschreckung aufgebaut, und wir haben an deutschen Hoffnungen festgehalten. Dies alles konnten wir uns in Europa erlauben, weil wir uns im letzten um die Sicherheit nicht sorgen mußten. Wir wußten ja: Die Amerikaner, die uns bei dem Einigungsprozeß beschützt hatten, beschützen uns jetzt auch vor der letzten Wahrheit, nämlich über den Ernstfall nachzudenken. Als Europäer brauchten wir dem Ernstfall nicht ins Auge zu sehen; da waren wir amerikanisches Protektorat. Das war ein Segen, aber er hatte seinen Preis.

### **Altmann**

Es war aber eben auch ein Segen.

### **Stürmer**

Ja, ohne jeden Zweifel und ohne jede Einschränkung. Die deutsche Frage spielte eine komplizierte Rolle. Da gab es das "double containment", in dem Deutschland sowohl als Objekt wie auch als Teil des Damms wichtig war. Die Amerikaner erhielten Hegemonie zu relativ kleinen Preisen, und wir bekamen Sicherheit zu relativ kleinen moralischen Preisen. So wichtig wie das alles war, Amerika war hier nicht der Fédérateur, sondern der Protekteur. Einen "Fédérateur" im Sinne de Gaulles hat es im

Grunde gar nicht gegeben. Die Franzosen waren hierfür zu schwach, und wir waren dazu moralisch gar nicht in der Lage. Heute stößt die Möglichkeit dieses amerikanischen Protektorats an seine Grenzen. Einmal in Amerika selbst, aus den bekannten innenpolitischen Gründen. Europa ist für Amerika nicht mehr die Nummer eins. Zum anderen, weil in Europa die amerikanische Protektion problematisch geworden ist. Das hängt mehr mit der Strategie als mit der Friedensbewegung und mit der Waffenentwicklung zusammen. Wir befinden uns zur Zeit in einer Situation, in der sich die Fragen von Anfang der 50er Jahre erneut stellen, aber die Antworten drängender geworden sind.

Ich würde gegen Herrn Altmann die These aufstellen: Entweder gibt es einen europäischen Fédérateur, oder es gibt kein Europa. Wenn es keinen europäischen Fédérateur gibt, wird es auch keine europäische Föderation geben. Vielleicht läßt sich eine Beziehung entwickeln, in der die Amerikaner den letzten Schutz übernehmen. Dabei bliebe immer das Problem, daß Amerika sich ungern in Dinge verwickeln läßt, in denen es nicht den "Supreme Allied Commander" stellt.

Die Einstellung in Frankreich war in dieser Hinsicht noch nie so positiv. Das aufgeklärte Selbstinteresse der Franzosen von Mitterrand bis Chirac weist heute auf eine enorme Bereitschaft hin, den Horizont der französischen Sicherheit zu erweitern. All die Illusionen der letzten drei Jahrzehnte, man könne den Weg allein gehen, ist man bereit, die Seine abwärts in den Atlantik treiben zu lassen. Diese Diskussion in Frankreich müßten wir durch ein Echo verstärken. Das bedeutet, den toten Punkt, an dem wir uns wegen der Raketenfrage befinden, zu überwinden.

### **Engert**

Die Bundesrepublik hat die Aufgabe, sowohl nach England wie nach Frankreich zu blicken und hier stärksten Einfluß auszuüben. Wer soll es denn sonst tun? Wir sind in gewisser Weise militärisch die Schwächsten. Deshalb - wie aus unserer geographischen Lage - haben wir das größte Sicherheitsbedürfnis. Gleichzeitig schaut man heute mit einer gewissen Sorge auf uns, was unsere innenpolitische Entwicklung angeht. Diese Sorge der Nachbarn und die Zwänge der Lage kann man und muß man fruchtbar machen.

Nach meiner Auffassung steht für diese Überwindung der gegenwärtigen Krise das deutsch-französische Verhältnis im Vordergrund, obwohl die anderen Beziehungen und natürlich die EG ebenfalls wichtig sind. Wir sollten uns darüber klar sein: Die Sicherheitsfrage ist neu gestellt, und von da aus müssen wir weiterkommen, oder wir werden uns in zehn Jahren in einer sehr viel schlechteren Lage befinden als heute.

Wenn ich mir vorstelle, Herr Ehmke, eine solche Diskussion, wie wir sie hier über Europa führen, würde in Ihrer Partei präsentiert, dann wüßten die Leute doch gar nicht, wovon wir eigentlich reden. Aber das ist doch ein relativ repräsentativer Ausschnitt unserer Bevölkerung. Das heißt, daß der Boden für eine solche Diskussion mit Ausblicken auf Europa heute in der Bundesrepublik nicht mehr vorhanden ist.

Hätte heute jemand aus der DDR dabeigesessen, er hätte sofort gefragt: "Wie haltet Ihr es denn mit der Verantwortungsgemeinschaft? Ihr macht jetzt erst einmal Westeuropa, mehr oder weniger gut, bis dahin bleiben wir also außen vor. Wie lange soll das dauern?" Das braucht lange Zeit, wurde hier gesagt, das sind Prozesse, die man nicht von heute auf morgen bewerkstelligen kann. Das ist natürlich eine Rückzugsposition.

### **Löwenthal**

Wir wollen doch gleichzeitig im Rahmen der KSZE Verbesserungen der menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte zu Osteuropa.

### **Stürmer**

In der Rhetorik ist das sicher eine Rückzugsposition, aber nicht in der Sache.

### **Holzer**

Herr Engert, welche Hoffnung hätten wir denn anzubieten außer Sprüchen?

### **Engert**

Das ist richtig.

### **Hoppe**

Ich stimme zu, daß wir die nationale deutsche Frage nur im europäischen Rahmen voranbringen können. Dann wird aber zugleich gesagt, der europäische Gedanke löse keine politische Faszination mehr aus. Dabei wird uns hier bestätigt, daß wir in Europa sehr vieles erreicht haben. Im internationalen Maßstab, bei der UNO oder anderswo, gelten wir als Europäer etwas. Da sieht man fast neidisch auf uns. Und dennoch diese Trostlosigkeit, mit der sich dieses Europa im Bewußtsein der europäischen Bevölkerung ausnimmt. Das ist doch ein eklatanter Widerspruch.

Ich kann nur hoffen, daß vor allem die Finanzen in der Gemeinschaft in Ordnung gebracht werden, damit dieses Europa wieder in Gleichschritt kommt. Ob die europäischen Wahlen hier das geeignete Medium sein werden, um das Bewußtsein der Europäer zu verändern, da bin ich zumindest skeptisch.

Herr Altmann fordert, wir sollten jetzt in den Mittelmeerraum aufbrechen; von dort - mit den Amerikanern als Blindenführern - werde Europa für uns alle zum sehenden Ereignis. Folgten wir dieser Empfehlung, könnte das in Europa wohl eher Erschrecken als Zustimmung auslösen.

### **Altmann**

Ich rede jetzt nicht über Europa unter dem Gesichtspunkt der europäischen Einigung, sondern darüber, welche Wirkung Europa auf den Osten haben kann. Ich gehe davon aus, daß das Interesse der osteuropäischen Völker, zu Europa zu gehören, sehr viel größer ist, als das bei uns zum Ausdruck gebracht wird, auch von der Bundesregierung. Das Interesse der DDR an einer deutsch-deutschen Annäherung mag begrenzt sein; das Interesse der DDR, in Europa dabeizusein - irgendwie;-, ist außerordentlich groß. Je mehr Europa gelingen würde, desto zwangsläufiger würde der Weg der DDR nach Europa über die Bundesrepublik führen.

Ich halte die Formulierung von Herrn Stürmer über das amerikanische Protektorat für sehr problematisch. Natürlich mußten die Engländer nach dem Zweiten Weltkrieg einsehen, daß ihre Position im Nahen Osten machtpolitisch nicht mehr zu halten war, und die Franzosen mußten einsehen, daß Algier und Vietnam nicht zu halten waren. Die amerikanische Weltmacht trat an ihre Stelle. Das darf aber nicht dazu führen, die Amerikaner dafür zu verketzern. Denken Sie daran, welche verheerende Wirkung es gehabt hat, als die Vereinigten Staaten, im Ersten Weltkrieg die entscheidende Siegermacht, sich danach politisch aus Europa zurückgezogen haben. Was haben denn die europäischen Politiker zustande gebracht?

### **Stürmer**

Damit wir uns nicht weiter mißverstehen: Ich habe den Begriff Protektorat wertfrei gemeint. Nicht im Sinne von Protektorat Böhmen und Mähren, sondern im Sinne von "Schutz gewähren". So wird dieser Begriff auch in der amerikanischen Literatur gebraucht, wenn von europäischer Einigung die Rede ist - ob das nun militärisch, politisch oder währungspolitisch gemeint ist.

### **Altmann**

Worum es mir geht, ist, ein amerikanisches Ja zur europäischen Einigung zu erstreiten. Kein Protektorat, wie immer, Herr Stürmer. Die Europäer, ohnmächtig wie sie sind, möchten den Amerikanern dauernd in den Arm fallen, weil sie Angst haben, daß die Amerikaner hier ihre Hegemonialsüchte austoben. Dabei sind es doch wir Deutsche, wir Europäer, die Sicherheit von den Vereinigten Staaten verlangen. Wir sollten doch nicht so tun, als wollten wir uns von den Franzosen schützen lassen.

Was ich für wichtig halte, ist, daß der amerikanische Präsident wieder einmal deutlich sagt: "Wir Amerikaner sind der Meinung, es wäre politisch ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung in der Welt, wenn die Europäer sich einigen. Die Vereinigten Staaten unterstützen dieses Ziel." Wir müssen den Amerikanern klarmachen, daß eine Weltmacht wie Amerika keine Chance hat, ihre nationalen Weltmachtinteressen in der Isolierung erfolgreich zu vertreten. Noch so moderne Machtsysteme genügen nicht. Man muß auch Räume politisch konsolidieren. Wir sollten auch nicht so arrogant sein, Herr Löwenthal, zu meinen, wir brauchten diese Weinbauern und Olivengärtner aus Südeuropa gar nicht.

### **Löwenthal**

Ich meinte nicht die Südeuropäer, sondern die Staaten auf der anderen Seite des Mittelmeeres.

### **Altmann**

Der einzige Politiker, der das einmal zu formulieren versucht hat, war Herr Brandt, der vor einigen Jahren eine Struktur entworfen hat. Aber das ist untergegangen. Statt dessen werden nur Sprüche geklopft: Wir begrüßen die Griechen, die uns dann einen Tritt vor das Schienbein geben; wir begrüßen die Spanier, wir begrüßen alle: kommt herein - und dann tun wir nichts. So lancieren wir die EG in eine chronische Krise.

Es wäre interessant, die europäische Politik einmal nicht nur im Hinblick auf die Reform der EG zu durchdenken, sondern ihr ein neues konkretes politisches Entwicklungsziel zu geben, unter dem sich die Menschen etwas vorstellen können.

### **Stürmer**

Ich bin realistisch genug, meine transatlantischen Neigungen mit der Sicht auf einen europäischen Fédérateur in Einklang zu bringen, der in der Tat Deutschland und Frankreich verbinden muß. All dies ist aber nur denkbar unter dem amerikanischen Schutz, wozu auch gehört, das amerikanische Mißtrauen herunterzuschlucken und auf das reale Maß zurückzuführen.

Es ist eine Sache, wenn der amerikanische Präsident in einer Rede sagt: Wir wollen, daß die Europäer auf eigenen Füßen stehen. Es ist eine andere Sache, die Konsequenzen dann auch hinzunehmen und gelegentlich einmal über den Schatten des amerikanischen Protektionismus zu springen. Auch einmal zu fragen, ob nicht die Europäer, wenn sie dann eine mächtigere Stimme haben, vielleicht auch mehr gehört werden müssen. Das ist eine Interpretation des "burden sharing", die ich gegenwärtig jedem, der es hören will in Amerika, verständlich zu machen suche. "Burden sharing" hat auch eine transatlantische Bedeutung und meint nicht nur, daß wir mehr tun müssen.

### **Löwenthal**

Bedeutet das dann auch "influence sharing"?

### **Stürmer**

Ja, das halte ich für notwendig.

Sie sagen, Herr Altmann, wir müßten mehr Einfluß nehmen auf Amerika. Mit freundlichen Reden ist da aber nichts getan. Der politische Prozeß in Amerika ist dermaßen auf sich selbst bezogen und so kompliziert, daß er selbst viele Amerikaner zur Verzweiflung bringt. Wo für bestimmte außenpolitische Fragen die Kompetenz liegt, dies heute festzustellen, ist schon überaus schwierig.

Hier hilft nicht gut zuzureden, und noch so viele gutgemeinte Leitartikel und Resolutionen sind umsonst. Hier hilft nur, daß 250 Millionen Europäer, zumindest aber Deutschland und Frankreich, mit einer Stimme sprechen. Natürlich werden wir auf jede absehbare Zeit das amerikanische Bündnis brauchen mit amerikanischer Führung in der NATO und allem, was an Letztentscheidung daraus folgt. Die politische Realität ist letztlich entscheidend. Sie auszubilden, dazu sind die Europäer aufgefordert.

### **Gräfin Dönhoff**

In der Zeit-Redaktion ruft mindestens alle vier Wochen irgendein Europäer aus Straßburg, Brüssel oder sonstwoher an und bittet, daß wir etwas zu Europa schreiben. Da es keine Langzeitperspektive, keine politische Vision für Europa gibt, weiß ich nicht, wie man das interessant machen soll. Solange wir in Europa in dieser Eiszeit leben, die uns alle frustriert, ist da wenig zu machen. Erst wenn sich das lösen würde, könnte man auch die Menschen, die man dafür braucht, mobilisieren. Um die Vorstellung anzuregen, wie Ost- und Westeuropa einander näher rücken können - was ja auch die Annäherung der beiden Deutschland bedeuten würde;-, braucht es Kontakte auf der obersten politischen Ebene. Solange diese geistige Abschottung zu den sozialistischen Ländern besteht, sehe ich nicht, wie man Europa interessant machen soll. Denn die großen Fragen, die uns alle angehen: Arbeitslosigkeit, Ökologie und so weiter kann man nur kooperativ lösen und nicht konfrontativ.

### **Kaiser**

Die Diskussion hat gezeigt, daß es lohnt, die deutsche Frage "neu zu stellen". Die Elemente von Kontinuität und Wandel sind hierbei deutlich geworden. Als erstes Ergebnis bleibt festzuhalten die bemerkenswerte Konstanz zentraler innen- wie außenpolitischer Rahmenbedingungen für die weitere Behandlung der deutschen Frage. Dies steht im Gegensatz zu weitverbreiteten Meinungen im befreundeten Ausland. Dort haben die gegen Kernwaffen gerichtete Protestbewegung und die in ihrem Bannkreis anzutreffende Diskussion über Äquidistanz, Neutralismus und Wiedervereinigung, aber auch die in offiziellen Verlautbarungen zu findende Belebung der deutschen Frage eine zwar

verständliche, aber in mancherlei Hinsicht doch aufgeregte und insbesondere in Paris überzogene Debatte ausgelöst. Diese konstatiert einen neuen gesamtdeutschen Nationalismus und einen erneuten Drang nach einem deutschen Sonderweg, von denen befürchtet wird, daß sie die gewachsene europäische Ordnung und ihre Stabilität zerstören könnten.

Unsere heutige Diskussion hat zwei in dieser Hinsicht relevante Elemente innenpolitischer Kontinuität herausgearbeitet. Erstens ist der gesellschaftliche Konsens zur ideellen wie materiellen Westbindung nicht wesentlich geändert. Die Kräfteverhältnisse haben sich nicht nennenswert verschoben. Wir sollten uns von den besagten Kritikern nicht einen Antiamerikanismus aufreden lassen, ist doch die Gesellschaft der Bundesrepublik zutiefst westlich, in diesem Sinne "amerikanisiert", einschließlich der Hunderttausende von Protestierenden, die mit westlichen Freiheiten aufgewachsen sind und diese mit größter Selbstverständlichkeit in Anspruch nehmen.

Auch die schon in den vierziger und fünfziger Jahren vollzogene Bevorzugung der Freiheit vor der nationalen Einheit hat sich nicht geändert. Daraus rührt die seit Anbeginn der Teilung Deutschlands unveränderte Asymmetrie der Motivationsstrukturen und Antriebskräfte zur Wiedervereinigung: Für die Westdeutschen ist eine die freiheitliche Ordnung in Frage stellende Wiedervereinigung uninteressant; für die Ostdeutschen bleibt sie der offenkundige Weg zur freiheitlichen Gesellschaft - wir sind vom Standpunkt der Wertbindung "amerikanisiert", die Ost-Deutschen eben nicht "russifiziert". Eine durch Eigeninteressen an Freiheit, Westbindung und Vorsicht eingegrenzte, letztlich eher altruistische Einstellung der Westdeutschen zur Wiedervereinigung ist eine ungleich zurückhaltendere Antriebskraft der Veränderung als eine die Vergrößerung des Freiheitsraums suchende Haltung der Ostdeutschen.

Ein zweiter innenpolitischer Faktor der Kontinuität verdient festgehalten zu werden: In der Bundesrepublik ist es nach wie vor die Meinung der überwältigenden Mehrheit, daß die Teilung Deutschlands die Grundlage der zwar mit schweren Nachteilen behafteten, aber dennoch Stabilität und Frieden garantierenden europäischen Nachkriegsordnung ist. Dies ist tatsächlich nationaler Konsens, denn die Deutschen in der DDR denken ähnlich. Wunsch und Politik der Überwindung der deutschen Teilung finden dort ihre Grenze, wo sie den Frieden gefährden könnten. Hier sind die Deutschen weitaus realistischer und geschichtsbewußter, als es einige Träumer im Inland und die meisten Kritiker im Ausland wahrhaben wollen. Die Kehrseite der Medaille muß jedoch auch gesehen werden: An der empfindlichsten Nahtstelle von Ost und West werden Spannungen besonders deutlich und lösen früher und stärker als anderswo Sorgen und Ängste aus.

Die Kontinuität auch der beiden zentralen außenpolitischen Rahmenbedingungen für jedes Handeln auf dem Gebiet der deutschen Frage ist in unserer Diskussion deutlich geworden: Erstens ist sinnvolle, das heißt auf Fortschritte zielende Politik nur innerhalb eines westeuropäischen und atlantischen Rahmens beziehungsweise in Kooperation mit den westlichen Mächten möglich. Es gibt außerhalb dieser Konstellation keinen Sonderweg, auch nicht aufgrund von Veränderungen der letzten Zeit.

Zweitens gilt nach wie vor, daß Fortschritte in der deutschen Frage nicht unabhängig von der internationalen Konstellation möglich sind. Konkreter ausgedrückt: Kooperation und Entspannung im Ost-West-Verhältnis bleiben die Voraussetzung für Verbesserungen im innerdeutschen Verhältnis und in der deutschen Frage generell. Aus dieser Grundgegebenheit rührt das von Außenstehenden so leicht - bis hin zur angeblichen Erpreßbarkeit - fehlinterpretierbare Interesse der Deutschen an Entspannung und Ost-West-Stabilisierung.

Die Einführung Richard von Weizsäckers und die Diskussion haben jedoch an zwei Punkten Entwicklungen aufgezeigt, die zwar ältere Ansatzpunkte aufgreifen, aber dennoch in ihrem wachsenden Gewicht neuartige Charakterzüge aufweisen: Erstens ist die westeuropäische Einigung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Funktion der Stärkung freiheitlicher Gesellschaften und ihrer außen- und sicherheitspolitischen Selbstbestimmung von zunehmender Bedeutung für die deutsche Frage. Dort liegen Voraussetzungen und Ansatzpunkte für operative Fortschritte. Dort liegt übrigens auch ungenügend genutztes Legitimationspotential für die EG. Zweitens ist das von Richard von Weizsäcker betonte Konzept der "Verantwortungsgemeinschaft" beider deutscher Staaten eine entwicklungsfähige Formel für weiterführende Politik. Ihr Ausgangspunkt ist die realistische Ausnutzung historisch gewachsener internationaler Bindungen, die nicht als unbequeme Begrenzung eigenen Handelns, sondern als verstärkendes Potential für eine Politik verstanden werden, die europäisch und internationalistisch ist und dadurch in der deutschen Frage weiterführen will.

Der besondere Dank dieser Runde gebührt abschließend Richard von Weizsäcker für seine Einführung und seine Diskussionsbeiträge. Indem sie klärend wirkten, Brücken zwischen unterschiedlichen politischen Positionen bauten und richtungweisend waren, prägten sie eine Diskussion, von der wir hoffen, daß sie für ein breiteres Publikum anregend und bereichernd sein wird.

## Körper

Zunächst möchte ich Herrn von Weizsäcker herzlich danken, daß er uns das Gästehaus des Berliner Senats für unsere Tagung zur Verfügung gestellt und uns durch seine Referatsvorgabe auch einen idealen Grundreiz für diese Diskussion gegeben hat. Die deutsche Frage ist neu gestellt - das haben unsere Gespräche gerade dann, wenn sie kontrovers wurden, deutlich gemacht.

Herr Kaiser, dem ich für seine Diskussionsführung danke, hat die wichtigsten Gesichtspunkte unseres Gespräches soeben zusammengefaßt. Mir geht es vor allem um den unveränderten Doppelaspekt der deutschen Frage, den auch Richard von Weizsäcker betont hat, indem er sagte: Wir sind sowohl der Osten des Westens als auch der Westen der Mitte. Diese Spannung können wir nicht auflösen, weil wir nicht in der Lage sind, die ihr zugrundeliegende politische Konstellation zu ändern, die entscheidend von der Sowjetunion abhängt. Richard Löwenthal hat es sogar so formuliert: Es kann keine Lösung der europäischen und der deutschen Frage geben, solange die Sowjetunion sich nicht aus Europa zurückzieht.

Die Bundesrepublik muß daran interessiert sein, gegenüber dem Osten sowohl Verteidigungs- als auch Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Sowohl die Westbindung als auch die Entspannungspolitik bleiben das Fundament für die Bundesrepublik. Wir wissen, daß es keine nur deutsche Antwort auf die deutsche Frage gibt.

Wie aber steht es um eine europäische Antwort auf die deutsche Frage? Zu Europa haben wir recht Divergierendes gehört. Die einen betonen mehr den trostlosen Zustand der Europäischen Gemeinschaft. Die anderen warnen davor, die Erfolge des bisherigen europäischen Einigungsprozesses zu gering zu veranschlagen. Aber die Konturen eines politisch/kulturellen Europas, das auch für ein Weiterkommen in der deutschen Frage neue Akzente setzen könnte, sind noch nicht sichtbar geworden. Hier fehlt es noch an einem Ideenumschlag.

Unsere Aussprache hat aber auch gezeigt, daß wir in der deutschen und europäischen Entwicklung an einem Punkt angekommen sind, der eine intensive wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dieser komplexen Thematik verlangt, um die Ideenarmut zu überwinden.

Ich denke, Sie sind mit mir darin einig, daß die Tagesdiskussion allein die notwendige Verdichtung dieser Thematik nicht zuwege bringt. Sie bleibt zu sehr an die vordergründige Aktualität gebunden. Was uns fehlt, sind Perspektiven mit weitem Horizont, die Verbindung unvoreingenommener Analysen mit initiativem Denken, in der richtigen Mischung von kühlem Realismus und Phantasie. Ich meine, es würde sich lohnen, dafür eine parteipolitisch unabhängige Basis zu schaffen, die den Ideenaustausch zwischen Ost und West fördert. Zur Bewältigung dieser Aufgabe schlage ich vor, in der nächsten Zeit eine Initiative zu starten, um das Feld der Deutschland- und Europapolitik neu zu vermessen. Denn es wird immer deutlicher, daß wir auf den ausgetretenen Pfaden nicht weiterkommen.